Ausgabe
in deutscher Sprache

Rechtsvorschriften

Inhalt

I Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte

- ★ **Verordnung (EG) Nr. 583/2004 des Rates vom 22. März 2004 zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 1782/2003 des Rates mit gemeinsamen Regeln für Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik und mit bestimmten Stützungsregelungen für Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe, (EG) Nr. 1786/2003 über die gemeinsame Marktorganisation für Trockenfutter und (EG) Nr. 1257/1999 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) infolge des Beitritts der Tschechischen Republik, Estlands, Zyperns, Lettlands, Litauens, Ungarns, Maltas, Polens, Sloweniens und der Slowakei zur Europäischen Union** 1
- Verordnung (EG) Nr. 584/2004 der Kommission vom 29. März 2004 zur Festlegung pauschaler Einfuhrwerte für die Bestimmung der im Sektor Obst und Gemüse geltenden Einfuhrpreise 15
- ★ **Verordnung (EG) Nr. 585/2004 der Kommission vom 26. März 2004 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 282/2004 zur Festlegung eines Dokuments für die Zollanmeldung und Veterinärkontrolle von aus Drittländern in die Gemeinschaft eingeführten Tieren ⁽¹⁾** 17
- Verordnung (EG) Nr. 586/2004 der Kommission vom 29. März 2004 über die Festsetzung des Umfangs, in dem die im März 2004 gestellten Anträge auf Einfuhrlizenzen für bestimmte Produkte des Sektors Geflügelfleisch entsprechend der Verordnung (EG) Nr. 2497/96 genehmigt werden können 21
- Verordnung (EG) Nr. 587/2004 der Kommission vom 29. März 2004 zur Festsetzung der gemeinschaftlichen Erzeugerpreise und Einfuhrpreise für Nelken und Rosen zur Anwendung der Einfuhrregelung für bestimmte Waren des Blumenhandels aus Zypern, Israel, Jordanien, Marokko, dem Westjordanland und dem Gazastreifen 23

- ★ **Richtlinie 2004/33/EG der Kommission vom 22. März 2004 zur Durchführung der Richtlinie 2002/98/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich bestimmter technischer Anforderungen für Blut und Blutbestandteile** (¹) 25
-

II Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte

Kommission

2004/285/EG:

- ★ **Entscheidung der Kommission vom 19. Juni 2002 gemäß Artikel 14 der Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 des Rates zur Festsetzung von Geldbußen gegen ein Unternehmen, das unrichtige und entstellte Angaben in einer Anmeldung zu einem Fusionskontrollverfahren gemacht hat (Fall COMP/M.2624 — BP/Erdölchemie)** (¹) (Bekannt gegeben unter Aktenzeichen K(2002) 2208) 40

2004/286/EG:

- ★ **Entscheidung der Kommission vom 23. Juli 2003 betreffend die Beihilfen für Forschung und Entwicklung im Bereich der Luftfahrt Spaniens an das Unternehmen Gamesa** (¹) (Bekannt gegeben unter Aktenzeichen K(2003) 2518) 49

2004/287/EG:

- ★ **Entscheidung der Kommission vom 24. März 2004 über das vorübergehende Inverkehrbringen von bestimmtem, den Anforderungen der Richtlinien 66/401/EWG bzw. 2002/57/EG des Rates nicht entsprechendem Saatgut der Arten *Vicia faba* und *Glycine max*** (¹) (Bekannt gegeben unter Aktenzeichen K(2004) 884) 56

2004/288/EG:

- ★ **Entscheidung der Kommission vom 26. März 2004 über den vorübergehenden Zugang Australiens und Neuseelands zu den MKS-Antigenreserven der Gemeinschaft** (¹) (Bekannt gegeben unter Aktenzeichen K(2004) 967) 58
-

Berichtigungen

- ★ **Berichtigung der Entscheidung 2004/161/EG des Rates vom 10. Februar 2004 zur Verlängerung der Geltungsdauer der Entscheidung 2000/185/EG zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, auf bestimmte arbeitsintensive Dienstleistungen einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz in Übereinstimmung mit dem Verfahren gemäß Artikel 28 Absatz 6 der Richtlinie 77/388/EWG anzuwenden (ABl. L 52 vom 21.2.2004)** 60

(¹) Text von Bedeutung für den EWR

I

(Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

VERORDNUNG (EG) Nr. 583/2004 DES RATES**vom 22. März 2004**

zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 1782/2003 des Rates mit gemeinsamen Regeln für Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik und mit bestimmten Stützungsregelungen für Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe, (EG) Nr. 1786/2003 über die gemeinsame Marktorganisation für Trockenfutter und (EG) Nr. 1257/1999 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) infolge des Beitritts der Tschechischen Republik, Estlands, Zyperns, Lettlands, Litauens, Ungarns, Maltas, Polens, Sloweniens und der Slowakei zur Europäischen Union

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf den am 16. April 2003 in Athen unterzeichneten Vertrag über den Beitritt der Tschechischen Republik, Estlands, Zyperns, Lettlands, Litauens, Ungarns, Maltas, Polens, Sloweniens und der Slowakei zur Europäischen Union ⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 2 Absatz 3,

gestützt auf die Akte über die Bedingungen des Beitritts der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik und die Anpassungen der die Europäische Union begründenden Verträge ⁽²⁾ (nachstehend „Beitrittsakte“ genannt), insbesondere auf Artikel 57 Absatz 2,

auf Vorschlag der Kommission,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Mit der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 des Rates vom 29. September 2003 ⁽³⁾ wurden gemeinsame Regeln für Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik eingeführt und bestimmte Stützungsregelungen für Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe festgelegt.
- (2) Diese gemeinsamen Regeln und Stützungsregelungen sind zu ändern, damit ihre Umsetzung in der Tschechischen Republik, Estland, Zypern, Lettland, Litauen, Ungarn, Malta, Polen, Slowenien und der Slowakei (nachstehend „neue Mitgliedstaaten“ genannt) möglich wird.
- (3) Im Hinblick auf die Einführung der Modulation in den neuen Mitgliedstaaten sollte die Kommission einzelstaatliche Obergrenzen für die zusätzlichen Beihilfebeträge für die neuen Mitgliedstaaten festlegen.

(4) Die Betriebsinhaber in den neuen Mitgliedstaaten werden Direktzahlungen nach einem abgestuften Verfahren erhalten. Im Interesse der Ausgewogenheit zwischen den verschiedenen Maßnahmen zur Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft bzw. der ländlichen Entwicklung sollte das System der Modulation in den neuen Mitgliedstaaten erst angewandt werden, wenn das Niveau der Direktzahlungen in den neuen Mitgliedstaaten mindestens dem Niveau der Gemeinschaft am 30. April 2004 entspricht.

(5) In Anbetracht der Höhe der Direktzahlungen, die während der Einführungsphase an die Betriebsinhaber in den neuen Mitgliedstaaten geleistet werden, sollte vorgesehen werden, dass im Rahmen der Anwendung des in Artikel 143a vorgesehenen Steigerungsstufenschemas an sämtliche in den neuen Mitgliedstaaten geleistete Direktzahlungen das Instrument der Haushaltsdisziplin in den neuen Mitgliedstaaten erst angewandt wird, wenn das Niveau der Direktzahlungen in den neuen Mitgliedstaaten mindestens dem Niveau der Gemeinschaft in ihrer Zusammensetzung am 30. April 2004 entspricht.

(6) Direktzahlungen im Rahmen der Betriebsprämienregelung werden auf der Grundlage von Referenzbeträgen für in der Vergangenheit erhaltene Direktzahlungen oder auf der Grundlage regionalisierter Hektarzahlungen gewährt. Die Betriebsinhaber in den neuen Mitgliedstaaten haben keine Direktzahlungen der Gemeinschaft erhalten und können keine historischen Referenzbeträge für die Kalenderjahre 2000, 2001 und 2002 vorweisen. Deshalb sollte die Betriebsprämienregelung in den neuen Mitgliedstaaten auf der Grundlage regionalisierter Hektarzahlungen gewährt und nach objektiven Kriterien zunächst auf die Regionen und dann auf alle Landwirte aufgeteilt werden, deren Betriebe in der betreffenden Region gelegen sind und die die Förderkriterien erfüllen.

(7) Die Höhe der Direktzahlungen, ausgedrückt in nationalen Obergrenzen, die in den neuen Mitgliedstaaten nach der Betriebsprämienregelung gewährt werden sollen, sollte auf den bei den Beitrittsverhandlungen vereinbarten Quoten, Obergrenzen und Höchstmengen basieren, die mit den einschlägigen Beihilfebeträgen pro Hektar, Tier oder Tonne multipliziert werden.

⁽¹⁾ ABl. L 236 vom 23.9.2003, S. 17.

⁽²⁾ ABl. L 236 vom 23.9.2003, S. 33.

⁽³⁾ ABl. L 270 vom 21.10.2003, S. 1.

- (8) Ab 1. April 2005 wird die in der Verordnung (EG) Nr. 1786/2003 des Rates vom 29. September 2003 über die gemeinsame Marktorganisation für Trockenfutter⁽¹⁾ vorgesehene Marktregelung zur Förderung der Erzeugung von Trockenfutter geändert. Von jenem Zeitpunkt an wird die Marktstützung teilweise in Direktzahlungen umgewandelt, die an die Landwirte geleistet werden. Um im Jahre 2005 einen Rückgang der Gesamtförderung für die neuen Mitgliedstaaten zu vermeiden, ist es angezeigt, zum allgemeinen Grundsatz der stufenweisen Einführung von Direktzahlungen eine Ausnahmeregelung vorzusehen. Deshalb sollte die Trockenfutterkomponente der im Rahmen der Betriebsprämienregelung festgelegten nationalen Obergrenze nicht nach dem Einstiegssatz, sondern nach dem Beihilfesatz von 100 % berechnet werden.
- (9) Dank der Möglichkeit für die regionale Durchführung der Betriebsprämienregelung sollten die neuen Mitgliedstaaten die Möglichkeit haben, die Hektarprämie nach objektiven Kriterien anzupassen, um die Gleichbehandlung der Betriebsinhaber zu gewährleisten und Marktverzerrungen zu vermeiden.
- (10) Die neuen Mitgliedstaaten sollten die Möglichkeit haben, die Betriebsprämienregelung nur teilweise umzusetzen und/oder bestimmte Sektoren aus dieser Regelung auszuklammern.
- (11) Die sektoralen Obergrenzen für die partielle Durchführung und/oder der Ausschluss bestimmter Sektoren von der Betriebsprämienregelung sollten auf den bei den Beitrittsverhandlungen vereinbarten Quoten, Obergrenzen und Höchstmengen basieren.
- (12) Der Übergang von der einheitlichen Flächenzahlung zur einheitlichen Betriebsprämie und anderen Beihilferegelungen kann zu Anpassungsschwierigkeiten führen, die nicht Gegenstand dieser Verordnung sind. Für diesen Fall ist in die Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 eine allgemeine Bestimmung aufzunehmen, mit der der Kommission die Möglichkeit gegeben wird, die für einen bestimmten Zeitraum erforderlichen Übergangsmaßnahmen zu erlassen.
- (13) Angesichts der Kürze des Programmplanungszeitraums wurde mit der Beitrittsakte die Möglichkeit eingeführt, in die großen Programme eine „Maßnahme der Kategorie LEADER+ (Gemeinschaftsinitiative für die Entwicklung des ländlichen Raums)“ zu integrieren, anstatt eine eigene LEADER+-Programmplanung durchzuführen. Deshalb wird sich die in der Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 des Rates vom 17. Mai 1999 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL)⁽²⁾ eingeführte Maßnahme „Verwaltung integrierter Strategien zur Entwicklung des ländlichen Raums durch örtliche Partnerschaften“ für die neuen Mitgliedstaaten erübrigen, weil sie durch die Maßnahme der Kategorie LEADER+ bereits abgedeckt ist.

- (14) Die Verordnungen (EG) Nr. 1782/2003, (EG) Nr. 1786/2003 und (EG) Nr. 1257/1999 sind daher entsprechend zu ändern —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 wird wie folgt geändert:

1. Dem Artikel 5 Absatz 2 Unterabsatz 1 wird folgender Satz angefügt:

„Die neuen Mitgliedstaaten stellen sicher, dass Flächen, die zum 1. Mai 2004 als Dauergrünland genutzt wurden, als Dauergrünland erhalten bleiben.“

2. Dem Artikel 12 wird folgender Absatz angefügt:

„(5) Für die neuen Mitgliedstaaten werden die Obergrenzen gemäß Absatz 2 von der Kommission nach dem in Artikel 144 Absatz 2 genannten Verfahren festgesetzt.“

3. Nach Artikel 12 wird folgender Artikel eingefügt:

„Artikel 12a

Gültigkeit für die neuen Mitgliedstaaten

(1) Die Artikel 10 und 12 gelten für die neuen Mitgliedstaaten erst ab dem Beginn des Kalenderjahrs, in dem das Niveau der Direktzahlungen in den neuen Mitgliedstaaten mindestens dem Niveau dieser Zahlungen in der Gemeinschaft in ihrer Zusammensetzung am 30. April 2004 entspricht.

(2) Im Rahmen der Anwendung des in Artikel 143a vorgesehenen Steigerungsstufenschemas auf sämtliche in den neuen Mitgliedstaaten geleistete Direktzahlungen gilt Artikel 11 für die neuen Mitgliedstaaten erst ab dem Beginn des Kalenderjahrs, in dem das Niveau der Direktzahlungen in den neuen Mitgliedstaaten mindestens dem Niveau dieser Zahlungen in der Gemeinschaft in ihrer Zusammensetzung am 30. April 2004 entspricht.“

4. Dem Artikel 54 Absatz 2 Unterabsatz 1 wird folgender Satz angefügt:

„Für die neuen Mitgliedstaaten gelten Bezugnahmen auf den Termin für die Anträge auf Flächenzahlungen für 2003 als Bezugnahmen auf den 30. Juni 2003.“

⁽¹⁾ ABL L 270 vom 21.10.2003, S. 114.

⁽²⁾ ABL L 160 vom 26.6.1999, S. 80. Zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1783/2003 (ABL L 270 vom 21.10.2003, S. 70).

5. Dem Titel III wird folgendes Kapitel angefügt:

„KAPITEL 6

UMSETZUNG IN DEN NEUEN MITGLIEDSTAATEN

Artikel 71a

(1) Sofern in diesem Kapitel nichts anderes vorgesehen ist, finden die Bestimmungen dieses Titels in den neuen Mitgliedstaaten Anwendung.

Die Artikel 33, 34, 37, 38, 39, Artikel 40 Absätze 1, 2, 3 und 5, die Artikel 41, 42, 43, 47 bis 50, 53 und 58 bis 63 finden keine Anwendung.

(2) Jeder neue Mitgliedstaat, der die Regelung für die einheitliche Flächenzahlung anwendet, trifft die Entscheidungen gemäß Artikel 64 Absatz 1 und Artikel 71 Absatz 1 bis zum 1. August des Jahres, das dem Jahr vorausgeht, für das der Mitgliedstaat die Betriebsprämienregelung erstmals anwenden wird.

Artikel 71b

Anträge auf Fördermittel

(1) Der Antrag auf Fördermittel im Rahmen der Betriebsprämienregelung ist von den Betriebsinhabern bis zu einem Zeitpunkt einzureichen, den die neuen Mitgliedstaaten festlegen, spätestens jedoch bis zum 15. Mai.

(2) Außer in Fällen höherer Gewalt und außergewöhnlicher Umstände im Sinne des Artikels 40 Absatz 4 werden Betriebsinhabern keine Zahlungsansprüche zugewiesen, wenn sie die einheitliche Betriebsprämie nicht bis zum 15. Mai des ersten Jahres der Anwendung der Betriebsprämienregelung beantragen.

(3) Die den nicht zugewiesenen Zahlungsansprüchen entsprechenden Beträge fließen in die nationale Reserve gemäß Artikel 71d zurück und können erneut zugewiesen werden.

Artikel 71c

Obergrenze

Die einzelstaatlichen Obergrenzen für die neuen Mitgliedstaaten sind im Anhang VIIIa festgelegt.

Artikel 71d

Nationale Reserve

(1) Zur Bildung einer nationalen Reserve nimmt jeder der neuen Mitgliedstaaten eine lineare prozentuale Kürzung seiner nationalen Obergrenze vor. Die Kürzung darf unbeschadet der Anwendung von Artikel 71b Absatz 3 nicht mehr als 3 % betragen.

(2) Die neuen Mitgliedstaaten verwenden die nationale Reserve, um nach objektiven Kriterien unter Gewährleistung der Gleichbehandlung der Betriebsinhaber und unter

Vermeidung von Markt- und Wettbewerbsverzerrungen denjenigen Betriebsinhabern Zahlungsansprüche zuzuteilen, die sich in einer besonderen Lage befinden, die von der Kommission nach dem in Artikel 144 Absatz 2 genannten Verfahren zu definieren ist.

(3) Im ersten Jahr der Anwendung der Betriebsprämienregelung dürfen die neuen Mitgliedstaaten die nationale Reserve verwenden, um nach objektiven Kriterien unter Gewährleistung der Gleichbehandlung der Betriebsinhaber und unter Vermeidung von Markt- und Wettbewerbsverzerrungen denjenigen Betriebsinhabern in bestimmten Sektoren Zahlungsansprüche zuzuteilen, die sich infolge des Übergangs zur Betriebsprämienregelung in einer besonderen Lage befinden. Die Verteilung solcher Zahlungsansprüche erfolgt nach Regeln, die von der Kommission nach dem in Artikel 144 Absatz 2 genannten Verfahren festzulegen sind.

(4) In Anwendung der Absätze 2 und 3 können die neuen Mitgliedstaaten den Wert der Ansprüche pro Einheit innerhalb der Obergrenze von 5 000 EUR und/oder die Zahl der Ansprüche, die den Betriebsinhabern zugewiesen werden, erhöhen.

(5) Die neuen Mitgliedstaaten nehmen lineare Kürzungen der Ansprüche vor, wenn ihre nationale Reserve nicht ausreicht, um die in den Absätzen 2 und 3 genannten Fälle zu berücksichtigen.

(6) Außer im Falle der Übertragung durch Vererbung oder vorweggenommene Erbfolge und abweichend von Artikel 46 werden die anhand der nationalen Reserve festgelegten Ansprüche für einen Zeitraum von fünf Jahren, der mit ihrer Zuweisung beginnt, nicht übertragen.

Abweichend von Artikel 45 Absatz 1 wird ein Anspruch, der in keinem Jahr des Fünfjahreszeitraums genutzt worden ist, unmittelbar der nationalen Reserve zugeschlagen.

Artikel 71e

Zuteilung der Obergrenze gemäß Artikel 71c auf regionaler Ebene

(1) Die neuen Mitgliedstaaten wenden die Betriebsprämienregelung auf regionaler Ebene an.

(2) Die neuen Mitgliedstaaten legen die Regionen nach objektiven Kriterien fest.

Neue Mitgliedstaaten mit einer beihilfefähigen Fläche von weniger als drei Millionen Hektar können als eine einzige Region angesehen werden.

(3) Jeder neue Mitgliedstaat teilt seine nationale Obergrenze gemäß Artikel 71c nach erfolgter Kürzung gemäß Artikel 71d nach objektiven Kriterien auf die Regionen auf.

*Artikel 71f***Regionale Anwendung der Betriebsprämienregelung**

(1) Allen Betriebsinhabern, deren Betriebe sich in einer bestimmten Region befinden, werden Ansprüche zugeteilt, wobei der Wert pro Einheit der den Betriebsinhabern zustehenden Ansprüche berechnet wird, indem die gemäß Artikel 71e festgelegte regionale Obergrenze durch die auf regionaler Ebene bestimmte beihilfefähige Hektarzahl im Sinne von Artikel 44 Absatz 2 geteilt wird.

(2) Die Anzahl der Ansprüche je Betriebsinhaber entspricht der Hektarzahl, die er gemäß Artikel 44 Absatz 2 im ersten Jahr der Anwendung der Betriebsprämienregelung angemeldet hat, außer im Fall höherer Gewalt oder außergewöhnlicher Umstände im Sinne des Artikels 40 Absatz 4.

(3) Sofern nichts anderes vorgesehen ist, werden die Zahlungsansprüche pro Hektar nicht geändert.

*Artikel 71g***Flächennutzung**

(1) Die Betriebsinhaber können abweichend von Artikel 51 nach Maßgabe des vorliegenden Artikels auch die gemäß Artikel 44 Absatz 3 angemeldeten Parzellen für die Produktion von Erzeugnissen im Sinne des Artikels 1 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 2200/96 (*) und des Artikels 1 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 2201/96 (**) sowie von anderen Kartoffeln als den Kartoffeln nutzen, die für die Herstellung von Kartoffelstärke bestimmt sind, für die die Beihilfe gemäß Artikel 93 gewährt wird; sie dürfen diese Parzellen jedoch nicht für Dauerkulturen nutzen.

(2) Die neuen Mitgliedstaaten legen die Hektarzahl fest, die gemäß Absatz 1 genutzt werden kann, indem sie anhand objektiver Kriterien die durchschnittliche Hektarzahl, die für die Produktion der in Absatz 1 genannten Erzeugnisse auf nationaler Ebene im Dreijahreszeitraum 2000 bis 2002 genutzt wurde, auf die gemäß Artikel 71e Absatz 2 festgelegten Regionen aufteilen. Die durchschnittliche Hektarzahl auf nationaler Ebene und die Hektarzahl auf regionaler Ebene werden von der Kommission nach dem in Artikel 144 Absatz 2 genannten Verfahren auf der Grundlage der von dem neuen Mitgliedstaat mitgeteilten Daten festgelegt.

(3) Im Rahmen der für die betreffende Region gemäß Absatz 2 festgelegten Obergrenze wird einem Betriebsinhaber gestattet, die Möglichkeit des Absatzes 1 wie folgt in Anspruch zu nehmen:

a) innerhalb der Obergrenze der Hektarzahl, die er für die Produktion der in Absatz 1 genannten Erzeugnisse im Jahr 2003 genutzt hat;

b) abweichend von Artikel 71a Absatz 1 Unterabsatz 2 im Falle der entsprechenden Anwendung von Artikel 40 und Artikel 42 Absatz 4 innerhalb der Obergrenze der Hektarzahl, die nach objektiven Kriterien unter Gewährleistung der Gleichbehandlung der Betriebsinhaber und unter Vermeidung von Markt- und Wettbewerbsverzerrungen festzulegen ist.

(4) Innerhalb der Obergrenze der Hektarzahl, die nach Anwendung des Absatzes 3 verbleibt, wird den Betriebsinhabern gestattet, die in Absatz 1 genannten Erzeugnisse auf einer anderen Hektarfläche als der Hektarfläche im Sinne des Absatzes 3 innerhalb der Obergrenze einer Hektarzahl zu produzieren, die 2004 und/oder 2005 für die Produktion der in Absatz 1 genannten Erzeugnisse genutzt wurde, wobei den Betriebsinhabern Vorrang eingeräumt wird, die die Erzeugnisse bereits 2004 innerhalb der Obergrenze der 2004 genutzten Hektarzahl produziert haben.

Im Falle der Anwendung des Artikels 71 oder des Artikels 143b werden die Jahre 2004 und 2005 jeweils durch das dem Jahr der Anwendung der Betriebsprämienregelung vorausgehende Jahr und das Anwendungsjahr selbst ersetzt.

(5) Für die Festlegung der individuellen Obergrenzen im Sinne der Absätze 3 und 4 verwenden die neuen Mitgliedstaaten die individuellen Daten des Betriebsinhabers — soweit vorhanden — oder sonstige Angaben des Betriebsinhabers, die sie als hinreichenden Beleg ansehen.

(6) Die Hektarzahl, für die die Genehmigung gemäß den Absätzen 3 und 4 erteilt wurde, darf in keinem Fall die beihilfefähige Hektarzahl im Sinne des Artikels 44 Absatz 2 übersteigen, die im ersten Jahr der Anwendung der Betriebsprämienregelung angegeben wird.

(7) Die Genehmigung wird innerhalb der betreffenden Region zusammen mit dem entsprechenden Zahlungsanspruch verwendet.

(8) Der Bericht nach Artikel 60 betrifft auch die Durchführung in den neuen Mitgliedstaaten.

*Artikel 71h***Grünland**

Die neuen Mitgliedstaaten können zudem innerhalb der regionalen Obergrenze oder eines Teils davon für die Ansprüche, die den Betriebsinhabern nach Artikel 71f Absatz 1 für am 30. Juni 2003 ausgewiesene Grünland-Hektarflächen und sonstige förderfähige Hektarflächen oder alternativ für am 30. Juni 2003 ausgewiesene Dauergrünland-Hektarflächen und sonstige förderfähige Hektarflächen zuzuteilen sind, nach objektiven Kriterien unterschiedliche Werte pro Einheit festsetzen.

*Artikel 71i***Milchprämien und Ergänzungszahlungen**

Ab 2007 werden die 2007 zu gewährenden Beträge für Milchprämien und Ergänzungszahlungen gemäß den Artikeln 95 und 96 in die Betriebsprämienregelung einbezogen.

Die neuen Mitgliedstaaten können jedoch beschließen, dass die Beträge für Milchprämien und Ergänzungszahlungen gemäß den Artikeln 95 und 96 ab 2005 ganz oder teilweise in die Betriebsprämienregelung einbezogen werden. Die nach diesem Absatz ermittelten Ansprüche werden entsprechend geändert.

Der bei der Ermittlung von Ansprüchen auf diese Zahlungen zugrunde gelegte Betrag entspricht den gemäß den Artikeln 95 und 96 zu gewährenden Beträgen, die auf der Grundlage der einzelbetrieblichen Referenzmenge für Milch, die dem Betrieb am 31. März des Jahres, in dem diese Zahlungen ganz oder teilweise in die Betriebsprämienregelung einbezogen werden, zur Verfügung steht, berechnet werden.

Abweichend von Artikel 71a Absatz 1 gelten die Artikel 48, 49 und 50 entsprechend.

*Artikel 71j***Zahlungsansprüche bei Flächenstilllegung**

(1) Die Betriebsinhaber erhalten einen Teil ihrer Zahlungsansprüche in Form von Zahlungsansprüchen bei Flächenstilllegung.

(2) Die Zahl der Zahlungsansprüche bei Flächenstilllegungen wird festgelegt, indem die im ersten Jahr der Anwendung der Betriebsprämienregelung ausgewiesene beihilfefähige Fläche des Betriebsinhabers im Sinne des Artikels 54 Absatz 2 mit dem geltenden Flächenstilllegungssatz multipliziert wird.

Der Flächenstilllegungssatz wird berechnet, indem der Basissatz für die obligatorische Flächenstilllegung von 10 % mit dem Verhältnis multipliziert wird, das in der betreffenden Region zwischen der regionalen Grundfläche oder den regionalen Grundflächen nach Artikel 101 Absatz 3 und der beihilfefähigen Fläche im Sinne des Artikels 54 Absatz 2 besteht.

(3) Der Wert der Zahlungsansprüche bei Flächenstilllegungen entspricht dem regionalen Wert für Zahlungsansprüche, wie er gemäß Artikel 71f Absatz 1 festgelegt wird.

(4) Die Absätze 1 bis 3 gelten nicht für Betriebsinhaber, die weniger als die Hektarzahl im Sinne des Artikels 54 Absatz 2 angeben, die erforderlich wäre, um 92 Tonnen Getreideäquivalent gemäß Anhang IX auf der Basis der Referenzerträge gemäß Anhang XIb zu produzieren, die in dem betreffenden Mitgliedstaat gelten, in dem der Betrieb sich befindet, wobei diese Hektarzahl durch das in Absatz 2 Unterabsatz 2 genannte Verhältnis geteilt wird.

*Artikel 71k***Voraussetzungen für die Ansprüche**

(1) Abweichend von Artikel 46 Absatz 1 dürfen die nach diesem Kapitel festgesetzten Ansprüche nur innerhalb derselben Region oder zwischen Regionen mit gleichen Zahlungsansprüchen pro Hektar übertragen werden.

(2) Die neuen Mitgliedstaaten können zudem bis spätestens 1. August des Jahres, das dem Jahr der erstmaligen Anwendung der Betriebsprämienregelung vorausgeht, unter Beachtung der allgemeinen Grundsätze des Gemeinschaftsrechts beschließen, dass die nach diesem Kapitel festgesetzten Ansprüche in vorgegebenen Schritten und nach objektiven Kriterien nach und nach geändert werden.

*Artikel 71l***Fakultative Anwendung**

(1) Kapitel 5 Abschnitte 2, 3 und 4 gilt für die neuen Mitgliedstaaten unter den in diesem Artikel festgelegten Bedingungen. Abschnitt 4 gilt jedoch nicht für neue Mitgliedstaaten, die die Regelung für die einheitliche Flächenzahlung gemäß Artikel 143b anwenden.

(2) Wird in den Abschnitten 2 und 3 des Kapitels 5 — insbesondere hinsichtlich der einzelstaatlichen Obergrenze(n) — auf Artikel 41 Bezug genommen, gilt dies als Bezugnahme auf Artikel 71c.

(3) Der Bericht nach Artikel 64 Absatz 3 berücksichtigt die in diesem Kapitel vorgesehenen Optionen.

(*) ABl. L 297 vom 21.11.1996, S. 1.

(**) ABl. L 297 vom 21.11.1996, S. 29.“

6. Artikel 74 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Die Beihilfe wird in den traditionellen Anbaugebieten nach Anhang X im Rahmen nationaler Grundflächen gewährt.“

Die Grundflächen betragen:

Griechenland	617 000 ha
Spanien	594 000 ha
Frankreich	208 000 ha
Italien	1 646 000 ha
Zypern	6 183 ha
Ungarn	2 500 ha
Österreich	7 000 ha
Portugal	118 000 ha“

7. Artikel 78 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Die Beihilfe wird im Rahmen einer Garantiehöchstfläche von 1 600 000 Hektar gewährt.“

8. Artikel 80 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Die Beihilfe wird nach den Erträgen in den betreffenden Mitgliedstaaten wie folgt festgesetzt:

	Wirtschaftsjahr 2004/2005 und bei Anwendung des Artikels 71 (EUR/ha)	Wirtschaftsjahr 2005/2006 und folgende Jahre (EUR/ha)
Griechenland	1 323,96	561,00
Spanien	1 123,95	476,25
Frankreich:		
— Mutterland	971,73	411,75
— Französisch-Guayana	1 329,27	563,25
Italien	1 069,08	453,00
Ungarn	548,70	232,50
Portugal	1 070,85	453,75“

9. Artikel 81 erhält folgende Fassung:

„Artikel 81

Beihilfeflächen

Für jeden Erzeugermitgliedstaat wird eine nationale Grundfläche festgesetzt. Für Frankreich werden jedoch zwei Grundflächen festgesetzt. Die Grundflächen sind folgende:

Griechenland	20 333 ha
Spanien	104 973 ha
Frankreich:	
— Mutterland	19 050 ha
— Französisch-Guayana	4 190 ha
Italien	219 588 ha
Ungarn	3 222 ha
Portugal	24 667 ha

Jeder Mitgliedstaat kann seine Grundfläche bzw. Grundflächen nach objektiven Kriterien in Teilgrundflächen unterteilen.“

10. Artikel 84 erhält folgende Fassung:

„Artikel 84

Beihilfeflächen

(1) Ein Mitgliedstaat gewährt die Gemeinschaftsbeihilfe bis zu einer Höchstgrenze, die sich durch Multiplikation der Hektarzahl seiner nationalen Garantiefäche nach Absatz 3 mit dem Durchschnittsbeihilfebetrug von 120,75 EUR errechnet.

(2) Es wird eine Garantiehöchstfläche von 812 400 Hektar festgelegt.

(3) Die Garantiehöchstfläche nach Absatz 2 unterteilt sich in folgende nationale Garantiefächen:

Nationale Garantiefäche

Belgien	100 ha
Deutschland	1 500 ha
Griechenland	41 100 ha
Spanien	568 200 ha
Frankreich	17 300 ha
Italien	130 100 ha
Zypern	5 100 ha
Luxemburg	100 ha
Ungarn	2 900 ha
Niederlande	100 ha
Österreich	100 ha
Polen	1 000 ha
Portugal	41 300 ha
Slowenien	300 ha
Slowakei	3 100 ha
Vereinigtes Königreich	100 ha

(4) Ein Mitgliedstaat kann seine nationale Garantiefäche nach objektiven Kriterien in Teilflächen, insbesondere nach Regionen oder Erzeugnissen, unterteilen.“

11. Artikel 90 erhält folgende Fassung:

„Artikel 90

Beihilfevoraussetzungen

Die Beihilfe wird nur für Flächen gewährt, deren Produktion Gegenstand eines Vertrags zwischen dem Betriebsinhaber und der Verarbeitungsindustrie ist, ausgenommen in Fällen der Verarbeitung durch den Betriebsinhaber im eigenen Betrieb.

Flächen, für die die Anwendung der Energiepflanzenregelung beantragt wurde, können bei der in Artikel 6 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1251/1999 und in Artikel 54 Absatz 2, Artikel 63 Absatz 2, Artikel 71j und Artikel 107 Absatz 1 der vorliegenden Verordnung genannten Stilllegungsquote nicht als stillgelegte Flächen berücksichtigt werden.“

12. Artikel 94 erhält folgende Fassung:

„Artikel 94

Voraussetzungen

Die Beihilfe wird nur für die Kartoffelmenge gewährt, für die der Kartoffelerzeuger und der Stärkehersteller im Rahmen des diesem zugeteilten Kontingents nach Artikel 2 Absatz 2 oder Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 1868/94 einen Anbauvertrag geschlossen haben.“

13. Artikel 99 Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Der Betrag der beantragten Beihilfe darf eine von der Kommission gemäß Artikel 64 Absatz 2 festgesetzte Obergrenze, die dem Anteil der Saatgutbeihilfe für die betreffenden Arten an der in Artikel 41 genannten Obergrenze entspricht, nicht überschreiten. Für die neuen Mitgliedstaaten entspricht diese Obergrenze jedoch den in Anhang XIa genannten Beträgen.

Überschreitet der Gesamtbetrag der beantragten Beihilfen die festgesetzte Obergrenze, so wird die Beihilfe je Betriebsinhaber in diesem Jahr anteilmäßig gekürzt.“

14. In Artikel 101 wird nach Absatz 2 folgender Absatz eingefügt:

„Die regionale Grundfläche bzw. die regionalen Grundflächen in den neuen Mitgliedstaaten wird bzw. werden jedoch von der Kommission innerhalb der Grenzen der nationalen Grundflächen gemäß Anhang XIb nach dem in Artikel 144 Absatz 2 genannten Verfahren festgesetzt.“

15. In Artikel 103 wird nach Absatz 1 folgender Absatz eingefügt:

„Alternativ dazu gilt für neue Mitgliedstaaten, die im Jahre 2004 die Regelung für die einheitliche Flächenzahlung gemäß Artikel 143b anwenden und sich für die Anwendung des Artikels 66 entscheiden, dass der Regionalisierungsplan spätestens zum 1. August des letzten Jahres, in dem die Regelung für die einheitliche Flächenzahlung angewandt wird, nach objektiven Kriterien zu erstellen ist. In diesen Fällen dürfen die gesamten regionalen Grundflächen und die gewichteten durchschnittlichen Referenzerträge in den Regionen die in Anhang XIb festgelegten Höchstwerte für die nationalen Grundflächen und Referenzerträge nicht überschreiten.“

16. Artikel 105 erhält folgende Fassung:

„Artikel 105

Hartweizenzuschlag

(1) Für die mit Hartweizen bestellten Flächen in den in Anhang X aufgeführten traditionellen Anbaugebieten wird auf die Flächenzahlung ein Zuschlag gewährt von

— 291 EUR/ha im Wirtschaftsjahr 2005/2006 und von

— 285 EUR/ha ab dem Wirtschaftsjahr 2006/2007;

dabei sind folgende Höchstgrenzen einzuhalten:

Griechenland	617 000 ha
Spanien	594 000 ha
Frankreich	208 000 ha
Italien	1 646 000 ha
Zypern	6 183 ha
Ungarn	2 500 ha
Österreich	7 000 ha
Portugal	118 000 ha.

(2) Überschreitet in einem Wirtschaftsjahr die Summe der Flächen, für die ein Zuschlag zur Flächenzahlung beantragt wird, die in Absatz 1 genannte Höchstgrenze, so wird die zuschlagsfähige Fläche je Betriebsinhaber anteilmäßig verringert.

Unter Einhaltung der in Absatz 1 für die einzelnen Mitgliedstaaten festgelegten Höchstgrenzen können die Mitgliedstaaten jedoch die dort angegebenen Flächen nach dem jeweiligen Anteil des Hartweizenanbaus in den Jahren 1993 bis 1997 auf die in Anhang X genannten Anbaugebiete oder, sofern die betreffenden Mitgliedstaaten bereits am 30. April 2004 Mitgliedstaaten der Gemeinschaft waren, gegebenenfalls auf die Erzeugungsregionen des Regionalisierungsplans übertragen. Übersteigt danach in einem Wirtschaftsjahr innerhalb einer Region die Summe der Flächen, für die ein Zuschlag zur Flächenzahlung beantragt wird, die entsprechende regionale Höchstgrenze, so wird die zuschlagsfähige Fläche je Betriebsinhaber in der betreffenden Erzeugungsregion anteilmäßig verringert. Diese Verringerung wird vorgenommen, wenn in einem Mitgliedstaat die Flächen der Regionen, die ihre regionalen Obergrenzen nicht ausgeschöpft haben, den Regionen, in denen die Höchstgrenzen überschritten wurden, zugerechnet worden sind.

(3) In Regionen, in denen der Hartweizenanbau üblich ist und die nicht in Anhang X aufgeführt sind, wird für das Wirtschaftsjahr 2005/2006 unter Einhaltung der nachstehenden Hektarzahlen eine Sonderbeihilfe von 46 EUR je Hektar gewährt.

Deutschland	10 000 ha
Spanien	4 000 ha
Frankreich	50 000 ha
Italien	4 000 ha
Ungarn	4 305 ha
Slowakei	4 717 ha
Vereinigtes Königreich	5 000 ha.“

17. Artikel 108 erhält folgende Fassung:

„Artikel 108

Einen Zahlungsanspruch begründende Flächen

Anträge auf Zahlungen können nicht für Flächen gestellt werden, die zu dem Zeitpunkt, der für Flächenbeihilfeanträge vorgesehen ist, als Dauergrünland, Dauerkulturen oder Wälder genutzt wurden oder nichtlandwirtschaftlichen Zwecken dienen.

Für die neuen Mitgliedstaaten können Anträge auf Zahlungen nicht für Flächen gestellt werden, die am 30. Juni 2003 als Dauergrünland, Dauerkulturen oder Wälder genutzt wurden oder nichtlandwirtschaftlichen Zwecken dienen.

Die Mitgliedstaaten können nach Modalitäten, die nach dem in Artikel 144 Absatz 2 genannten Verfahren festzulegen sind, von Absatz 1 oder 2 des vorliegenden Artikels abweichen, sofern sie die erforderlichen Maßnahmen treffen, um zu vermeiden, dass diese Abweichungen zu einer nennenswerten Ausweitung der Agrarfläche führen, für die insgesamt Anspruch auf Zahlung besteht.“

18. Artikel 116 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die Summe der in ihrem Hoheitsgebiet verfügbaren Prämienansprüche die in Absatz 4 festgesetzten nationalen Höchstgrenzen nicht überschreitet und die nationalen Reserven gemäß Artikel 118 erhalten bleiben können.

Außer in Fällen, in denen Artikel 143b zur Anwendung kommt, setzen die neuen Mitgliedstaaten individuelle Höchstgrenzen für die Betriebsinhaber fest und richten von der Gesamtmenge der für jeden dieser neuen Mitgliedstaaten gemäß Artikel 4 bereitgestellten Prämienansprüche bis spätestens ein Jahr nach dem Datum des Beitritts die nationale Reserve ein.

Nach Ablauf der Antragsfrist für die Regelung für die einheitliche Flächenzahlung nach Artikel 143b und sofern Artikel 67 Anwendung findet, erfolgen die Zuweisung der individuellen Höchstgrenzen an die Erzeuger und die in Unterabsatz 2 genannte Bildung der nationalen Reserve spätestens bis zum Ende des ersten Anwendungsjahres der Betriebsprämienregelung.“

19. Artikel 116 Absatz 4 erhält folgende Fassung:

„(4) Die folgenden Obergrenzen finden Anwendung:

Mitgliedstaat	Ansprüche (× 1 000)
Belgien	70
Tschechische Republik	66,733
Dänemark	104
Deutschland	2 432
Estland	48
Griechenland	11 023
Spanien	19 580
Frankreich	7 842
Irland	4 956
Italien	9 575
Zypern	472,401
Lettland	18,437
Litauen	17,304
Luxemburg	4
Ungarn	1 146
Malta	8,485
Niederlande	930
Österreich	206
Polen	335,88
Portugal (*)	2 690
Slowenien	84,909
Slowakei	305,756
Finnland	80
Schweden	180
Vereinigtes Königreich	19 492
Insgesamt	81 667,905

(*) Nach Ablauf der Geltungsdauer der Verordnung (EG) Nr. 1017/94 anzupassen.“

20. Artikel 119 Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Die folgenden Gesamtbeträge finden Anwendung:

(in Tausend EUR)

Belgien	64
Tschechische Republik	71
Dänemark	79
Deutschland	1 793
Estland	51
Griechenland	8 767
Spanien	18 827
Frankreich	7 083
Irland	4 875
Italien	6 920
Zypern	441
Lettland	19
Litauen	18
Luxemburg	4
Ungarn	1 212
Malta	9
Niederlande	743
Österreich	185
Polen	355
Portugal	2 275
Slowenien	86
Slowakei	323
Finnland	61
Schweden	162
Vereinigtes Königreich	20 162“

21. Dem Artikel 119 wird folgender Absatz angefügt:

„(4) In den neuen Mitgliedstaaten werden die Gesamtbeträge im Einklang mit dem Steigerungsstufenschema gemäß Artikel 143a angewandt.“

22. Artikel 123 Absatz 8 erhält folgende Fassung:

„(8) Die folgenden regionalen Obergrenzen finden Anwendung:

Belgien	235 149
Tschechische Republik	244 349
Dänemark	277 110
Deutschland	1 782 700
Estland	18 800
Griechenland	143 134
Spanien	713 999 (*)
Frankreich	1 754 732 (**)
Irland	1 077 458
Italien	598 746
Zypern	12 000
Lettland	70 200
Litauen	150 000
Luxemburg	18 962
Ungarn	94 620
Malta	3 201
Niederlande	157 932
Österreich	373 400
Polen	926 000
Portugal	175 075 (***) (****)
Slowenien	92 276
Slowakei	78 348
Finnland	250 000
Schweden	250 000
Vereinigtes Königreich	1 419 811 (*****)

(*) Unbeschadet der besonderen Vorschriften der Verordnung (EG) Nr. 1454/2001.

(**) Unbeschadet der besonderen Vorschriften der Verordnung (EG) Nr. 1452/2001.

(***) Unbeschadet der besonderen Vorschriften der Verordnung (EG) Nr. 1453/2001.

(****) Nach Ablauf der Geltungsdauer der Verordnung (EG) Nr. 1017/94 anzupassen.

(*****) Diese Obergrenze wird vorübergehend um 100 000 auf 1 519 811 angehoben, bis lebende Tiere unter sechs Monaten ausgeführt werden dürfen.“

23. Artikel 126 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Betriebsinhabern, die in ihrem Betrieb Mutterkühe halten, wird im Rahmen der nach Artikel 7 der Verordnung (EG) Nr. 1254/1999 oder nach Absatz 2 Unterabsatz 2 festgesetzten individuellen Höchstgrenzen eine Beihilfe gewährt.“

24. Artikel 126 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Die Mitgliedstaaten treffen geeignete Vorkehrungen, um sicherzustellen, dass die Summe der für ihr Hoheitsgebiet geltenden Prämienansprüche die in Absatz 5 festgesetzten nationalen Obergrenzen nicht überschreitet und die nationalen Reserven gemäß Artikel 128 erhalten werden können.“

Außer in Fällen, in denen Artikel 143b zur Anwendung kommt, setzen die neuen Mitgliedstaaten individuelle Höchstgrenzen für die Betriebsinhaber fest und richten von der Gesamtmenge der für jeden dieser Mitgliedstaaten gemäß Artikel 5 bereitgestellten Prämienansprüche bis spätestens ein Jahr nach dem Datum des Beitritts die nationale Reserve ein.

Nach Ablauf der Antragsfrist für die Regelung für die einheitliche Flächenzahlung nach Artikel 143b und sofern Artikel 68 Absatz 2 Buchstabe a) Ziffer i) Anwendung findet, erfolgen die Zuweisung der individuellen Höchstgrenzen an die Erzeuger und die in Unterabsatz 2 genannte Bildung der nationalen Reserve spätestens bis zum Ende des ersten Anwendungsjahres der Betriebsprämienregelung.“

25. Artikel 126 Absatz 5 erhält folgende Fassung:

„(5) Die folgenden nationalen Obergrenzen finden Anwendung:

Belgien	394 253
Tschechische Republik (*)	90 300
Dänemark	112 932
Deutschland	639 535
Estland (*)	13 416
Griechenland	138 005
Spanien (**)	1 441 539
Frankreich (***)	3 779 866
Irland	1 102 620
Italien	621 611
Zypern (*)	500
Lettland (*)	19 368
Litauen (*)	47 232
Luxemburg	18 537
Ungarn (*)	117 000
Malta (*)	454
Niederlande	63 236
Österreich	375 000
Polen (*)	325 581
Portugal (****) (*****)	416 539
Slowenien (*)	86 384
Slowakei (*)	28 080
Finnland	55 000
Schweden	155 000
Vereinigtes Königreich	1 699 511

(*) Diese Obergrenzen gelten ab dem Beitrittsdatum.

(**) Unbeschadet der besonderen Vorschriften der Verordnung (EG) Nr. 1454/2001.

(***) Unbeschadet der besonderen Vorschriften der Verordnung (EG) Nr. 1452/2001.

(****) Unbeschadet der besonderen Vorschriften der Verordnung (EG) Nr. 1453/2001.

(*****) Ist nach Ablauf der Geltungsdauer der Verordnung (EG) Nr. 1017/94 um die aus deren Anwendung in den Jahren 2003 und 2004 resultierenden Prämien anzuheben.“

26. Dem Artikel 130 Absatz 3 wird folgender Unterabsatz angefügt:

„Für die neuen Mitgliedstaaten gelten die in der folgenden Tabelle angegebenen nationalen Obergrenzen:

	Für Bullen, Ochsen, Kühe und Färsen	Für Kälber im Alter von mehr als einem und weniger als 8 Monaten mit einem Schlachtkörpergewicht von bis zu 185 kg
Tschechische Republik	483 382	27 380
Estland	107 813	30 000
Zypern	21 000	—
Lettland	124 320	53 280
Litauen	367 484	244 200
Ungarn	141 559	94 439
Malta	6 002	17
Polen	1 815 430	839 518
Slowenien	161 137	35 852
Slowakei	204 062	62 841“

27. Artikel 133 Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Die folgenden Gesamtbeträge finden Anwendung:

(in Mio. EUR)

Belgien	39,4
Tschechische Republik	8,776017
Dänemark	11,8
Deutschland	88,4
Estland	1,13451
Griechenland	3,8
Spanien	33,1
Frankreich	93,4
Irland	31,4
Italien	65,6
Zypern	0,308945
Lettland	1,33068
Litauen	4,942267
Luxemburg	3,4
Ungarn	2,936076
Malta	0,0637
Niederlande	25,3
Österreich	12,0
Polen	27,3
Portugal	6,2
Slowenien	2,964780
Slowakei	4,500535
Finnland	6,2
Schweden	9,2
Vereinigtes Königreich	63,8“

28. Dem Artikel 135 Absatz 1 Unterabsatz 1 wird folgender Gedankenstrich angefügt:

„— für die neuen Mitgliedstaaten: die der Obergrenze gemäß Artikel 123 Absatz 8 oder der durchschnittlichen Zahl von geschlachteten männlichen Rindern in den Jahren 2001, 2002 und 2003 entspricht, wobei Eurostat-Daten für diese Jahre oder andere für diese Jahre veröffentlichte und von der Kommission anerkannte offizielle statistische Daten zugrunde gelegt werden.“

29. Dem Artikel 135 Absatz 4 wird folgender Satz angefügt:

„Für die neuen Mitgliedstaaten sind die Bezugsjahre die Jahre 2001, 2002 und 2003.“

30. Dem Artikel 136 Absatz 2 Unterabsatz 2 wird folgender Satz angefügt:

„Für die neuen Mitgliedstaaten sind die Bezugsjahre die Jahre 1999, 2000 und 2001.“

31. Nach Artikel 136 wird folgender Artikel eingefügt:

„Artikel 136a

Voraussetzungen für die Anwendung in den neuen Mitgliedstaaten

In den neuen Mitgliedstaaten werden die Gesamtbeträge gemäß Artikel 133 Absatz 3 und die flächenbezogenen Ergänzungsbeträge je Hektar in Höhe von 350 EUR gemäß Artikel 136 Absatz 3 im Einklang mit dem Steigerungsstufenschema gemäß Artikel 143a angewandt.“

32. Dem Artikel 139 Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:

„Für die neuen Mitgliedstaaten entspricht jedoch die von der Kommission gemäß Artikel 64 Absatz 2 festgesetzte Obergrenze dem Anteil der einzelnen Direktzahlungen an der in Artikel 71c genannten Obergrenze.“

33. Artikel 143 erhält folgende Fassung:

„Artikel 143

Obergrenze

Die Summe der beantragten Beihilfen darf die von der Kommission gemäß Artikel 64 Absatz 2 festgesetzte Obergrenze, die dem Anteil der in Anhang VI genannten Körnerleguminosen-Flächenzahlungen an der in Artikel 41 genannten nationalen Obergrenze entspricht, nicht übersteigen. Für die neuen Mitgliedstaaten entspricht jedoch die von der Kommission gemäß Artikel 64 Absatz 2 festgesetzte Obergrenze dem Anteil der in Anhang VI genannten Körnerleguminosen-Flächenzahlungen an der in Artikel 71c genannten nationalen Obergrenze.

Übersteigt der Gesamtbetrag der beantragten Beihilfen die festgesetzte Obergrenze, so wird die Beihilfe je Betriebsinhaber in diesem Jahr anteilmäßig gekürzt.“

34. Artikel 145 Buchstabe d) erhält folgende Fassung:

„d) bezüglich der einheitlichen Betriebsprämie umfassende Bestimmungen insbesondere über die Festlegung der nationalen Reserve, die Übertragung von Ansprüchen, die Begriffsbestimmung von Dauerkulturen, Dauergrünland, landwirtschaftliche Flächen und Grünland, die Optionen nach Titel III Kapitel 5 und 6 und die Liste der auf stillgelegten Flächen zulässigen Kulturen sowie umfassende Bestimmungen über die Einhaltung des mit Beschluss 93/355/EWG (*) angenommenen erläuternden Vermerks der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Vereinigten Staaten von Amerika über bestimmte Ölsaaten im Rahmen des GATT;

(*) ABl. L 147 vom 18.6.1993, S. 25.“

35. Artikel 145 Buchstabe i) erhält folgende Fassung:

„i) etwa notwendige Änderungen der Anhänge II, VI, VII, IX, X und XI, insbesondere unter Berücksichtigung neuer Gemeinschaftsvorschriften und, sofern die Anhänge VIII und VIIIa betroffen sind, im Falle der Anwendung von Artikel 62 bzw. Artikel 71i und gegebenenfalls je nach Angaben der Mitgliedstaaten in Bezug auf den Anteil der Referenzbeträge, der den Zahlungen für landwirtschaftliche Kulturpflanzen entspricht, sowie die Höchstbeträge als solche, die nach Maßgabe der Differenz zwischen der derzeit ausgewiesenen Fläche und der Fläche, für die in den Jahren 2000 und 2001 Prämien für landwirtschaftliche Kulturpflanzen gezahlt wurden (nach Artikel 9 Absätze 2 und 3 der Verordnung (EWG) Nr. 3887/92 der Kommission (**)), innerhalb der Obergrenzen der Grundflächen (oder Garantiehöchstflächen für Hartweizen) unter Berücksichtigung der für die Berechnung gemäß Anhang VIII herangezogenen nationalen Durchschnittserträge anzuheben sind;

(**) ABl. L 327 vom 12.12.2001, S. 11.“

36. Artikel 145 Buchstabe q) erhält folgende Fassung:

„q) Maßnahmen, die zur Regelung bestimmter praktischer Probleme, insbesondere bei der Anwendung von Titel II Kapitel 4 und Titel III Kapitel 5 und 6 im Notfall erforderlich sind und entsprechend begründet werden müssen. Solche Maßnahmen können von bestimmten Teilen dieser Verordnung abweichen, aber nur so weit und so lange dies unbedingt erforderlich ist.“

37. Artikel 146 erhält folgende Fassung:

„Artikel 146

Mitteilungen an die Kommission

Die Mitgliedstaaten unterrichten die Kommission im Einzelnen über die zur Durchführung dieser Verordnung getroffenen Maßnahmen, insbesondere über die Maßnahmen in Bezug auf Artikel 5, 13, 42, 58, 71d und 71e.“

38. Nach Artikel 154 wird folgender Artikel eingefügt:

„Artikel 154a

Übergangsregelung für neue Mitgliedstaaten

(1) Sind Übergangsmaßnahmen erforderlich, um für die neuen Mitgliedstaaten den Übergang von der Regelung der einheitlichen Flächenzahlung zur Betriebsprämienregelung und anderen Beihilferegelungen gemäß Titel III und IV zu erleichtern, so sind sie nach dem in Artikel 144 Absatz 2 genannten Verfahren zu erlassen.

(2) Die in Absatz 1 genannten Maßnahmen können in einem Zeitraum getroffen werden, der am 1. Mai 2004 beginnt und am 30. Juni 2009 abläuft, wobei ihre Anwendung auf diesen Zeitraum begrenzt ist. Auf Vorschlag der Kommission kann der Rat diesen Zeitraum mit qualifizierter Mehrheit verlängern.“

39. Nach Anhang VIII wird folgender Anhang angefügt:

„ANHANG VIIIA

Nationale Obergrenzen gemäß Artikel 71c

Die Obergrenzen wurden entsprechend dem Steigerungsstufenschema gemäß Artikel 143a berechnet und bedürfen daher keiner Kürzung.

(in Mio. EUR)

Kalenderjahr	Tschechische Republik	Estland	Zypern	Lettland	Litauen	Ungarn	Malta	Polen	Slowenien	Slowakei
2005	227,9	23,4	8,9	33,9	92,0	350,8	0,67	724,3	35,5	97,6
2006	265,7	27,3	10,4	39,6	107,3	408,7	0,78	845,0	41,4	113,6
2007	342,4	40,4	13,9	55,6	146,9	495,1	1,59	1 098,8	55,5	144,5
2008	427,8	50,5	17,4	69,5	183,6	618,5	1,99	1 373,4	69,4	180,5
2009	513,2	60,5	20,9	83,4	220,3	741,9	2,38	1 648,0	83,3	216,6
2010	598,5	70,6	24,4	97,3	257,0	865,2	2,78	1 922,5	97,2	252,6
2011	683,9	80,7	27,8	111,2	293,7	988,6	3,18	2 197,1	111,0	288,6
2012	769,3	90,8	31,3	125,1	330,4	1 111,9	3,57	2 471,7	124,9	324,6
folgende Jahre	854,6	100,9	34,8	139,0	367,1	1 235,3	3,97	2 746,3	138,8	360,6“

40. Anhang X wird durch folgende Angaben ergänzt:

„ZYPERN

UNGARN

Regionen

Dél Dunamenti síkság

Dél-Dunántúl

Közép-Alföld

Mezőföld

Berettyo-Kőrös-Maros vidéke

Györi medence

Hajúság“

41. Folgende Anhänge werden nach Anhang XI eingefügt:

„ANHANG XIA

Obergrenzen der Saatgutbeihilfe für die neuen Mitgliedstaaten gemäß Artikel 99 Absatz 3

(in Mio. EUR)

Kalenderjahr	Tschechische Republik	Estland	Zypern	Lettland	Litauen	Ungarn	Malta	Polen	Slowenien	Slowakei
2005	0,87	0,04	0,03	0,10	0,10	0,78	0,03	0,56	0,08	0,04
2006	1,02	0,04	0,03	0,12	0,12	0,90	0,03	0,65	0,10	0,04
2007	1,17	0,05	0,04	0,14	0,14	1,03	0,04	0,74	0,11	0,05
2008	1,46	0,06	0,05	0,17	0,17	1,29	0,05	0,93	0,14	0,06
2009	1,75	0,07	0,06	0,21	0,21	1,55	0,06	1,11	0,17	0,07
2010	2,04	0,08	0,07	0,24	0,24	1,81	0,07	1,30	0,19	0,08
2011	2,33	0,10	0,08	0,28	0,28	2,07	0,08	1,48	0,22	0,09
2012	2,62	0,11	0,09	0,31	0,31	2,33	0,09	1,67	0,25	0,11
folgende Jahre	2,91	0,12	0,10	0,35	0,35	2,59	0,10	1,85	0,28	0,12

ANHANG XIB

Nationale Grundflächen für landwirtschaftliche Kulturpflanzen und Referenzerträge in den neuen Mitgliedstaaten gemäß den Artikeln 101 und 103

	Grundfläche (Hektar)	Referenzerträge (t/ha)
Tschechische Republik	2 253 598	4,20
Estland	362 827	2,40
Zypern	79 004	2,30
Lettland	443 580	2,50
Litauen	1 146 633	2,70
Ungarn	3 487 792	4,73
Malta	4 565	2,02
Polen	9 454 671	3,00
Slowenien	125 171	5,27
Slowakei	1 003 453	4,06“

Artikel 2

Artikel 5 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1786/2003 erhält folgende Fassung:

„(2) Die in Absatz 1 genannte garantierte Höchstmenge wird folgendermaßen auf die Mitgliedstaaten aufgeteilt:

Garantierte einzelstaatliche Mengen (in Tonnen)

Belgisch-luxemburgische Wirtschaftsunion (BLWU)	8 000
Tschechische Republik	27 942
Dänemark	334 000
Deutschland	421 000
Griechenland	37 500
Spanien	1 325 000
Frankreich	1 605 000
Irland	5 000
Italien	685 000
Litauen	650
Ungarn	49 593
Niederlande	285 000
Österreich	4 400
Polen	13 538
Portugal	30 000
Slowakei	13 100
Finnland	3 000
Schweden	11 000
Vereinigtes Königreich	102 000“

Artikel 3

Dem Artikel 33 der Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 wird folgender Absatz angefügt:

„Die in Absatz 2 letzter Gedankenstrich vorgesehene Maßnahme gilt nicht für die Tschechische Republik, Estland, Zypern, Lettland, Litauen, Ungarn, Malta, Polen, Slowenien und die Slowakei.“

Artikel 4

Diese Verordnung tritt — vorbehaltlich des Inkrafttretens des Vertrags über den Beitritt der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik zur Europäischen Union — am 1. Mai 2004 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Brüssel am 22. März 2004.

Im Namen des Rates

Der Präsident

B. COWEN

VERORDNUNG (EG) Nr. 584/2004 DER KOMMISSION
vom 29. März 2004
zur Festlegung pauschaler Einfuhrwerte für die Bestimmung der im Sektor Obst und Gemüse geltenden Einfuhrpreise

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 3223/94 der Kommission vom 21. Dezember 1994 mit Durchführungsbestimmungen zur Einfuhrregelung für Obst und Gemüse ⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 4 Absatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die in Anwendung der Ergebnisse der multilateralen Handelsverhandlungen der Uruguay-Runde von der Kommission festzulegenden, zur Bestimmung der pauschalen Einfuhrwerte zu berücksichtigenden Kriterien sind in der Verordnung (EG) Nr. 3223/94 für die in ihrem Anhang angeführten Erzeugnisse und Zeiträume festgelegt.

- (2) In Anwendung der genannten Kriterien sind die im Anhang zur vorliegenden Verordnung ausgewiesenen pauschalen Einfuhrwerte zu berücksichtigen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die in Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 3223/94 genannten pauschalen Einfuhrwerte sind in der Tabelle im Anhang zur vorliegenden Verordnung festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 30. März 2004 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedsstaat.

Brüssel, den 29. März 2004

Für die Kommission
J. M. SILVA RODRÍGUEZ
Generaldirektor für Landwirtschaft

⁽¹⁾ ABl. L 337 vom 24.12.1994, S. 66. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1947/2002 (AbL. L 299 vom 1.11.2002, S. 17).

ANHANG

zu der Verordnung der Kommission vom 29. März 2004 zur Festlegung pauschaler Einfuhrwerte für die Bestimmung der im Sektor Obst und Gemüse geltenden Einfuhrpreise

(EUR/100 kg)

KN-Code	Drittland-Code ⁽¹⁾	Pauschaler Einfuhrpreis
0702 00 00	052	105,5
	204	41,2
	212	119,6
	624	124,8
	999	97,8
0707 00 05	052	114,0
	068	105,0
	096	80,6
	204	19,6
	220	135,1
0709 90 70	052	113,8
	204	80,8
	999	97,3
0805 10 10, 0805 10 30, 0805 10 50	052	49,7
	204	44,5
	212	57,6
	220	45,4
	400	44,9
	624	61,4
	999	50,6
0805 50 10	052	47,5
	400	51,0
	999	49,3
0808 10 20, 0808 10 50, 0808 10 90	060	27,3
	388	84,4
	400	119,7
	404	99,5
	508	74,6
	512	78,0
	524	78,9
	528	78,1
	720	83,8
	804	144,6
	999	86,9
	0808 20 50	388
512		66,9
528		66,6
999		68,7

⁽¹⁾ Nomenklatur der Länder gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2081/2003 der Kommission (ABl. L 313 vom 28.11.2003, S. 11). Der Code „999“ steht für „Verschiedenes“.

VERORDNUNG (EG) Nr. 585/2004 DER KOMMISSION
vom 26. März 2004
zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 282/2004 zur Festlegung eines Dokuments für die Zollan-
meldung und Veterinärkontrolle von aus Drittländern in die Gemeinschaft eingeführten Tieren
(Text von Bedeutung für den EWR)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Richtlinie 91/496/EWG des Rates vom 15. Juli 1991 zur Festlegung von Grundregeln für die Veterinärkontrollen von aus Drittländern in die Gemeinschaft eingeführten Tieren und zur Änderung der Richtlinien 89/662/EWG, 90/425/EWG und 90/675/ ⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 3 Absatz 2 und Artikel 7 Absatz 2,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) In Artikel 8 der Verordnung (EG) Nr. 282/2004 zur Festlegung eines Dokuments für die Zollanmeldung und Veterinärkontrolle von aus Drittländern in die Gemeinschaft eingeführten Tieren ⁽²⁾ sind die Übergangsbestimmungen für die zum Zeitpunkt des Beitritts abzuschaffenden Grenzkontrollstellen zwischen den derzeitigen Mitgliedstaaten und den neuen Mitgliedstaaten nicht deutlich genug formuliert. Die Formulierung ist zu ändern, um jede Unklarheit auszuräumen.
- (2) Das in der Verordnung (EG) Nr. 282/2004 festgelegte Gemeinsame Veterinärdokument für die Einfuhr ist in Bezug auf die Erklärungen der für die Sendung verantwortlichen Person in Feld 25 bzw. des amtlichen Tierarztes in Feld 42 zu ungenau formuliert und muss daher geändert werden.

(3) Die Verordnung (EG) Nr. 282/2004 muss entsprechend geändert werden.

(4) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Ausschusses für die Lebensmittelkette und Tiergesundheit —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die Verordnung (EG) Nr. 282/2004 wird wie folgt geändert:

1. Artikel 8 erhält folgende Fassung:

„Artikel 8

Diese Verordnung gilt bis zum 1. Mai 2004 nicht für die in Anhang II genannten Grenzkontrollstellen, die mit dem Beitritt Polens, der Slowakei, Sloweniens, der Tschechischen Republik und Ungarns abzuschaffen sind.“

2. Das Muster des Gemeinsamen Veterinärdokuments für die Einfuhr gemäß Anhang I wird durch das Muster im Anhang der vorliegenden Verordnung ersetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 31. März 2004 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 26. März 2004

Für die Kommission

David BYRNE

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. L 268 vom 24.9.1991, S. 56. Richtlinie zuletzt geändert durch die Richtlinie 96/43/EG (AbL. L 162 vom 1.7.1996, S. 1).

⁽²⁾ ABl. L 49 vom 19.2.2004, S. 11.

ANHANG

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Gemeinsames Veterinärdocument für die Einfuhr (GVDE Tiere)

Teil 1: Angaben zur gestellten Partie	1. Versender/Ausführer ☐ Name Anschrift Land + ISO-Code		2. GVDE-Bezugsnr. Grenzkontrollstelle Nummer der Einheit	
	3. Empfänger Name Anschrift Postleitzahl Land + ISO-Code		4. Für die Sendung verantwortliche Person Name Anschrift	
	7. Einführer Name Anschrift Postleitzahl Land + ISO-Code		5. Herkunftsland + ISO-Code	
	9. Voraussichtliche Ankunft an der Grenzkontrollstelle (Datum und Uhrzeit) Datum Uhrzeit		6. Herkunftsregion Code	
	11. Transportmittel Flugzeug ☐ Schiff ☐ Waggon ☐ Straßenfahrzeug ☐ Andere ☐ Kenzeichnung Bezugsdokumente		8. Bestimmungsort Name Zulassungsnummer Anschrift Postleitzahl Land + ISO-Code	
	12. Tierart, Rasse		10. Veterinärdocumente Nummer Ausstellungsdatum Begleitpapier(e) Nummer(n)	
	16. Tiere zertifiziert für folgenden Zweck: Zucht/Nutzung ☐ Mast ☐ Quarantäne ☐ Schlachtung ☐ eingetragene Equiden ☐ zugelassene Einrichtungen ☐ Umsetzung ☐ Heimtiere ☐ Zirkus/Ausstellung ☐ Andere ☐		13. Erzeugniscode (KN-Code)	
	17. Plomben- und Containernummer		14. Anzahl Tiere	
	18. Bei Umladung Grenzkontrollstelle der EU Nummer der Einheit Drittland ISO-Code Drittland		15. Anzahl Packstücke	
	20. Bei Einfuhr oder zeitweiliger Zulassung endgültige Einfuhr ☐ Wiedereinfuhr von Pferden nach vorübergehender Ausfuhr ☐ zeitweilige Zulassung von Pferden ☐ Abgangsdatum Ausgangsort		19. Bei Durchfuhr in Drittländer nach Drittland + ISO-Code Ausgangsgrenzkontrollstelle Nummer der Einheit	
22. Transportmittel nach Grenzkontrollstelle Waggon ☐ Registernummer Flugzeug ☐ Flugnummer Schiff ☐ Name Straßenfahrzeug ☐ amtliches Kennzeichen Andere ☐		21. Durchfuhrmitgliedstaaten Mitgliedstaat + ISO-Code Mitgliedstaat + ISO-Code Mitgliedstaat + ISO-Code		
25. Erklärung Der Unterzeichnete bestätigt in seiner Funktion als für die vorstehend beschriebene Sendung verantwortliche Person nach bestem Wissen und Gewissen, dass die Angaben in Teil I dieses Dokuments korrekt und vollständig sind und verpflichtet sich den Vorschriften der Richtlinie 91/496/EWG und insbesondere den Vorschriften hinsichtlich der Finanzierung der Veterinärkontrollen, einer etwaigen Rücksendung der Partien, Quarantänisierung, Absonderung oder Euthanasierung von Tieren und Beseitigung der Tierkörper nachzukommen.		23. Transportunternehmen Name Zulassungsnummer Anschrift Postleitzahl Land		
		24. Transportplan Ja ☐ Nein ☐		
		Ort und Datum der Erklärung Name des Unterzeichneten Unterschrift		

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Gemeinsames Veterinärdocument für die Einfuhr (GVDE Tiere)

Teil 2: Entscheidung über die Sendung	26. Dokumentenprüfung ☐ EU-Norm zufriedenstellend ☐ nicht zufriedenstellend ☐ Zusätzliche Garantien zufriedenstellend ☐ nicht zufriedenstellend ☐ Nationale Vorschriften zufriedenstellend ☐ nicht zufriedenstellend ☐	27. GVDE: Bezugsnummer
	29. Körperliche Kontrolle Abweichung ☐ Anzahl kontrollierter Tiere ☐ zufriedenstellend ☐ nicht zufriedenstellend ☐	28. Nämlichkeitskontrolle Abweichung ☐ zufriedenstellend ☐ nicht zufriedenstellend ☐
	31. Kontrolle des Befindens der Abweichung ☐ bei der Ankunft zufriedenstellend ☐ nicht zufriedenstellend ☐	30. Laboranalysen Nein ☐ Ja ☐ Test zum Nachweis von: anhand von Zufallsstichproben ☐ bei Verdacht ☐ Befunde: stehen noch aus ☐ zufriedenstellend ☐ nicht zufriedenstellend ☐
	33. ZULÄSSIG zur Umladung ☐ Grenzkontrollstelle der EU ☐ Nummer der Einheit Drittland ☐ ISO-Code Drittland	32. Auswirkungen des Transports auf die Tiere Anzahl verendeter Tiere ☐ Schätzung ☐ Anzahl transportunfähiger Tiere ☐ Schätzung ☐ Anzahl Tiere, die niedergekommen sind oder abortiert haben ☐
	35. ZULÄSSIG für den Binnenmarkt ☐ mit kontrollierter Bestimmung Schlachtung ☐ zugelassene Einrichtungen ☐ Quarantäne ☐	34. ZULÄSSIG zur Durchfuhr ☐ nach Drittland + ISO-Code Ausgangsgrenzkontrollstelle Nummer der Einheit
	38. NICHT ZULÄSSIG ☐ 1. Rücksendung ☐ 2. Schlachtung ☐ 3. Euthanasie ☐	36. ZULÄSSIG zur zeitweiligen Zulassung ☐ äußerster Termin
	39. Angaben zur kontrollierten Bestimmung (35, 36, 38) (ggf.) Zulassungsnummer Anschrift Postleitzahl	37. Gründe für die Ablehnung 1. Keine/ungültige Bescheinigung ☐ 2. Nichtkonforme Dokumente ☐ 3. Nicht zugelassenes Land ☐ 4. Nicht zugelassene Region ☐ 5. Verbotene Tierart ☐ 6. Keine zusätzlichen Garantien ☐ 7. Schutzklausel ☐ 8. Kranke oder krankheitsverdächtige Tiere ☐ 9. Unbefriedigende Laborbefunde ☐ 10. Unfähig zur Weiterbeförderung ☐ 11. Keine nationalen Vorschriften ☐ 12. Verstoß gegen internationale Transportvorschriften ☐ 13. Keine oder vorschriftswidrige Kennzeichnung ☐ 14. Andere ☐
	40. Sendung neu verplombt Nummer der neuen Plombe	42. Amtlicher Tierarzt Der Unterzeichnete, amtlicher Tierarzt der Grenzkontrollstelle, bestätigt, dass die Sendung den gemeinschaftsrechtlich und ggf. den vom Bestimmungsmitgliedstaat vorgeschriebenen Veterinärkontrollen unterzogen wurde. Name (in Großbuchstaben): Datum: Unterschrift:
	41. Vollständige Angaben zur Grenkontrollstelle und Amtssiegel Grenzkontrollstelle der EU ☐ Stempel Nummer der Einheit	
	43. Bezugs-Nr. des Zolldokuments	
Teil 3: Kontrolle	44. Angaben zur Rücksendung Nummer des Transportmittels Waggon ☐ Flugzeug ☐ Schiff ☐ Straßenfahrzeug ☐ Bestimmungsland + ISO-Code Datum:	
	45. Weitere Abwicklung Ausgangsgrenzkontrollstelle ☐ GKS Endbestimmung ☐ Örtliches Veterinäramt ☐ Ankunft der Partie Ja ☐ Nein ☐ Übereinstimmung der Partie Ja ☐ Nein ☐	
	46. Amtlicher Tierarzt Name (in Großbuchstaben): Anschrift Datum: Stempel Nummer der Einheit Unterschrift:	

VERORDNUNG (EG) Nr. 586/2004 DER KOMMISSION
vom 29. März 2004

über die Festsetzung des Umfangs, in dem die im März 2004 gestellten Anträge auf Einfuhrlicenzen für bestimmte Produkte des Sektors Geflügelfleisch entsprechend der Verordnung (EG) Nr. 2497/96 genehmigt werden können

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 2497/96 der Kommission vom 18. Dezember 1996 mit Durchführungsbestimmungen für die im Assoziationsabkommen und im Interimsabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Staat Israel vorgesehene Regelung im Sektor Geflügelfleisch⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 4 Absatz 5,

in Erwägung nachstehenden Grundes:

Die Mengen, für die für den Zeitraum vom 1. Januar bis 30. April 2004 Einfuhrlicenzanträge gestellt wurden, sind größer als die verfügbaren Mengen, so dass die betreffenden Anträge, zur Gewährleistung einer gerechten Aufteilung, um einen fixen Prozentsatz verringert werden müssen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

(1) Den Anträgen auf Einfuhrlicenzen, die gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2497/96 für den Zeitraum vom 1. Januar bis 30. April 2004 gestellt wurden, wird entsprechend Anhang I stattgegeben.

(2) In den ersten sieben Tagen des Zeitraums vom 1. Mai bis 30. Juni 2004 dürfen Anträge auf Einfuhrlicenzen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2497/96 für insgesamt die Mengen gestellt werden, die in Anhang II ausgewiesen sind.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 30. März 2004 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 29. März 2004

Für die Kommission
J. M. SILVA RODRÍGUEZ
Generaldirektor für Landwirtschaft

⁽¹⁾ ABl. L 338 vom 28.12.1996, S. 48. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 361/2004 (ABl. 63 vom 28.2.2004, S. 15).

ANHANG I

Nummer der Gruppe	Prozentsatz der Genehmigung der gestellten Lizenzanträge für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 30. April 2004
IL1	4,08
IL2	—

ANHANG II

(in t)

Nummer der Gruppe	Verfügbare Menge
IL1	245,14
IL2	87,55

VERORDNUNG (EG) Nr. 587/2004 DER KOMMISSION
vom 29. März 2004

zur Festsetzung der gemeinschaftlichen Erzeugerpreise und Einfuhrpreise für Nelken und Rosen
zur Anwendung der Einfuhrregelung für bestimmte Waren des Blumenhandels aus Zypern, Israel,
Jordanien, Marokko, dem Westjordanland und dem Gazastreifen

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 4088/87 des Rates vom 21. Dezember 1987 zur Festlegung der Bedingungen für die Anwendung von Präferenzzöllen bei der Einfuhr bestimmter Waren des Blumenhandels aus Israel, Jordanien, Marokko, Zypern, dem Westjordanland und dem Gazastreifen⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe a),

in Erwägung nachstehenden Grundes:

Gemäß Artikel 2 Absatz 2 und Artikel 3 der Verordnung (EWG) Nr. 4088/87 werden jede zweite Woche die gemeinschaftlichen Einfuhrpreise und Erzeugerpreise für einblütige (Standard) Nelken und mehrblütige (Spray) Nelken, großblütige und kleinblütige Rosen festgesetzt. Diese Preise werden gemäß Artikel 1b der Verordnung (EWG) Nr. 700/88 der Kommission vom 17. März 1988 zur Durchführung der Regelung bei der Einfuhr bestimmter Waren des Blumenhandels mit Ursprung in Zypern, Israel, Jordanien und Marokko sowie im Westjordanland und im Gazastreifen in die Gemeinschaft⁽²⁾ unter

Zugrundelegung der von den Mitgliedstaaten übermittelten gewichteten Angaben für den Zeitraum von zwei Wochen festgesetzt. Es ist vorzusehen, dass diese Preise schnellstmöglich festzusetzen sind, damit die anwendbaren Einfuhrzölle bestimmt werden können. Die vorliegende Verordnung ist deshalb unverzüglich in Kraft zu setzen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die gemeinschaftlichen Erzeugerpreise und Einfuhrpreise, die in einem Zeitraum von zwei Wochen auf einblütige (Standard) Nelken, mehrblütige (Spray) Nelken, großblütige Rosen und kleinblütige Rosen gemäß Artikel 1b der Verordnung (EWG) Nr. 700/88 anwendbar sind, werden im Anhang festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 30. März 2004 in Kraft.

Sie gilt vom 31. März bis 13. April 2004.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 29. März 2004

Für die Kommission

J. M. SILVA RODRÍGUEZ

Generaldirektor für Landwirtschaft

⁽¹⁾ ABl. L 382 vom 31.12.1987, S. 22. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1300/97 (ABl. L 177 vom 5.7.1997, S. 1).

⁽²⁾ ABl. L 72 vom 18.3.1988, S. 16. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2062/97 (ABl. L 289 vom 22.10.1997, S. 1).

ANHANG

der Verordnung der Kommission vom 29. März 2004 zur Festsetzung der gemeinschaftlichen Erzeugerpreise und Einfuhrpreise für Nelken und Rosen zur Anwendung der Einfuhrregelung für bestimmte Waren des Blumenhandels aus Zypern, Israel, Jordanien, Marokko, dem Westjordanland und dem Gazastreifen

(in EUR/100 Stück)

Zeitraum: 31. März bis 13. April 2004

Gemeinschaftlicher Erzeugerpreis	Einblütige Nelken (Standard)	Mehrblütige Nelken (Spray)	Großblütige Rosen	Kleinblütige Rosen
	12,44	11,99	28,13	14,41
Gemeinschaftlicher Einfuhrpreis	Einblütige Nelken (Standard)	Mehrblütige Nelken (Spray)	Großblütige Rosen	Kleinblütige Rosen
Israel	—	—	—	—
Marokko	—	—	—	—
Zypern	—	—	—	—
Jordanien	—	—	—	—
Westjordanland und Gazastreifen	7,97	—	—	—

RICHTLINIE 2004/33/EG DER KOMMISSION

vom 22. März 2004

zur Durchführung der Richtlinie 2002/98/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich bestimmter technischer Anforderungen für Blut und Blutbestandteile

(Text von Bedeutung für den EWR)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Richtlinie 2002/98/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Januar 2003 zur Festlegung von Qualitäts- und Sicherheitsstandards für die Gewinnung, Testung, Verarbeitung, Lagerung und Verteilung von menschlichem Blut und Blutbestandteilen und zur Änderung der Richtlinie 2001/83/EG⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 29 Absatz 2 Buchstaben b) bis g),

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Richtlinie 2002/98/EG legt Qualitäts- und Sicherheitsstandards für die Gewinnung und Testung von menschlichem Blut und Blutbestandteilen unabhängig von ihrem Bestimmungszweck fest sowie für ihre Verarbeitung, Lagerung und Verteilung, sofern sie zu Transfusionszwecken bestimmt sind, damit ein hohes Gesundheitsschutzniveau gewährleistet ist.
- (2) Um die Übertragung von Krankheiten durch Blut und Blutbestandteile zu verhindern und ein gleichwertiges Niveau an Qualität und Sicherheit zu gewährleisten, schreibt die Richtlinie 2002/98/EG vor, dass spezifische technische Anforderungen auszuarbeiten sind.
- (3) Die vorliegende Richtlinie legt diese technischen Anforderungen fest, wobei die Empfehlung 98/463/EG des Rates vom 29. Juni 1998 über die Eignung von Blut- und Plasmaspendern und das Screening von Blutspendern in der Europäischen Gemeinschaft⁽²⁾, bestimmte Empfehlungen des Europarats, die Stellungnahme des Wissenschaftlichen Ausschusses „Arzneimittel und Medizinprodukte“, die Monografien des Europäischen Arzneibuchs, insbesondere hinsichtlich der Verwendung von Blut oder Blutbestandteilen als Ausgangsmaterial für die Herstellung von Arzneimitteln, Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) sowie einschlägige internationale Erfahrungen berücksichtigt werden.
- (4) Aus Drittländern eingeführtes Blut und eingeführte Blutbestandteile, auch solche, die als Ausgangs- oder Rohmaterial für die Herstellung von Arzneimitteln aus menschlichem Blut und menschlichem Plasma verwendet werden, sollten die in dieser Richtlinie enthaltenen Qualitäts- und Sicherheitsanforderungen erfüllen.
- (5) Was Blut und Blutbestandteile anbelangt, die ausschließlich zur Verwendung bei Eigenbluttransfusionen (so genannte Eigenblutspende) bestimmt sind, sollten gemäß Artikel 2 Absatz 2 der Richtlinie 2002/98/EG spezifische technische Anforderungen festgelegt werden. Solche Spenden sollten klar gekennzeichnet und von anderen Spenden getrennt gehalten werden, um sicherzustellen, dass sie nicht für Transfusionen für andere Patienten verwendet werden.

(6) Für die Fachterminologie sind einheitliche Definitionen festzulegen, damit die einheitliche Durchführung der Richtlinie 2002/98/EG gewährleistet ist.

(7) Die in dieser Richtlinie vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des durch die Richtlinie 2002/98/EG eingesetzten Ausschusses —

HAT FOLGENDE RICHTLINIE ERLASSEN:

*Artikel 1***Definitionen**

Für die Zwecke dieser Richtlinie gelten die Definitionen in Anhang I.

*Artikel 2***Potenziellen Spendern zu erteilende Informationen**

Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Blutspendeeinrichtungen potenziellen Spendern von Blut oder Blutbestandteilen die in Anhang II Teil A aufgeführten Informationen erteilen.

*Artikel 3***Bei den Spendern einzuholende Informationen**

Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass Spender nach der Einwilligung in die Spende von Blut oder Blutbestandteilen der Blutspendeeinrichtung die in Anhang II Teil B aufgeführten Angaben machen.

*Artikel 4***Spendereignung**

Die Blutspendeeinrichtungen stellen sicher, dass Spender von Vollblut und Blutbestandteilen die in Anhang III aufgeführten Eignungskriterien erfüllen.

*Artikel 5***Bedingungen für Lagerung, Transport und Verteilung von Blut und Blutbestandteilen**

Die Blutspendeeinrichtungen stellen sicher, dass die Bedingungen für Lagerung, Transport und Verteilung von Blut und Blutbestandteilen die in Anhang IV aufgeführten Anforderungen erfüllen.

⁽¹⁾ ABl. L 33 vom 8.2.2003, S. 30.⁽²⁾ ABl. L 203 vom 21.7.1998, S. 14.

*Artikel 6***Qualitäts- und Sicherheitsanforderungen an Blut und Blutbestandteile**

Die Blutspendeeinrichtungen stellen sicher, dass die Qualitäts- und Sicherheitsanforderungen an Blut und Blutbestandteile die in Anhang V aufgeführten Anforderungen erfüllen.

*Artikel 7***Eigenblutspenden**

(1) Die Blutspendeeinrichtungen stellen sicher, dass Eigenblutspenden die in der Richtlinie 2002/98/EG aufgeführten Anforderungen und die in der vorliegenden Richtlinie aufgeführten spezifischen Anforderungen erfüllen.

(2) Eigenblutspenden sind eindeutig als solche zu kennzeichnen und getrennt von Fremdblutspenden zu handhaben.

*Artikel 8***Validierung**

Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass alle in den Anhängen II bis V genannten Tests und Verfahren validiert werden.

*Artikel 9***Umsetzung**

(1) Unbeschadet des Artikels 7 der Richtlinie 2002/98/EG erlassen die Mitgliedstaaten die erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften, um dieser Richtlinie spätestens am 8. Februar 2005 nachzukommen. Sie teilen der Kommission

unverzüglich den Wortlaut dieser Rechtsvorschriften mit und fügen eine Korrelationstabelle dieser Rechtsvorschriften und der vorliegenden Richtlinie bei.

Bei Erlass dieser Vorschriften nehmen die Mitgliedstaaten in den Vorschriften selbst oder durch einen Hinweis bei der amtlichen Veröffentlichung auf diese Richtlinie Bezug. Die Mitgliedstaaten regeln die Einzelheiten dieser Bezugnahme.

(2) Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission den Wortlaut der wichtigsten innerstaatlichen Rechtsvorschriften mit, die sie auf dem unter diese Richtlinie fallenden Gebiet erlassen.

*Artikel 10***Inkrafttreten**

Diese Richtlinie tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

*Artikel 11***Adressaten**

Diese Richtlinie ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.

Brüssel, den 22. März 2004

Für die Kommission

David BYRNE

Mitglied der Kommission

ANHANG I

DEFINITIONEN

(Artikel 1)

1. „Eigenblutspende“: Blut und Blutbestandteile, die von einer Person gewonnen wurden und ausschließlich zur späteren Eigenbluttransfusion oder sonstigen Verwendung beim Menschen bei der gleichen Person bestimmt sind.
2. „Fremdspende“: Blut und Blutbestandteile, die von einer Person gewonnen wurden und zur Transfusion bei einer anderen Person, zur Verwendung in Medizinprodukten oder als Ausgangs- oder Rohmaterial für die Herstellung von Arzneimitteln bestimmt sind.
3. „Validierung“: der dokumentierte und objektive Nachweis, dass die besonderen Anforderungen für einen spezifischen geplanten Verwendungszweck durchweg erfüllt werden können.
4. „Vollblut“: eine Einzelblutspende.
5. „Kryokonservierung“: Verlängerung der Haltbarkeit von Blutbestandteilen durch Tiefgefrieren.
6. „Plasma“: flüssiger Bestandteil von Blut, in dem die Zellen suspendiert sind. Es kann vom Zellanteil einer Vollblutspende zu therapeutischen Zwecken als gefrorenes Frischplasma oder zur weiteren Verarbeitung zu Kryopräzipitat und kryopräzipitatarmem Plasma für Transfusionszwecke abgetrennt werden. Es kann zur Herstellung von aus menschlichem Blut und menschlichem Plasma gewonnenen Arzneimitteln oder zur Herstellung von Pool-Thrombozyten oder leukozytendepletierten Pool-Thrombozyten verwendet werden. Es kann außerdem zur erneuten Suspension von Erythrozytenzubereitungen für Austauschtransfusionen oder Transfusionen um den Geburtszeitpunkt verwendet werden.
7. „Kryopräzipitat“: ein aus gefrorenem Frischplasma durch eine Gefrier-Auftau-Ausfällung von Proteinen und anschließender Konzentration und Resuspension der ausgefällten Proteine in einem kleinen Volumen des Plasmas gewonnener Plasmabestandteil.
8. „Gewaschen“: die Entfernung von Plasma oder Lagermedium von Zellprodukten durch Zentrifugierung, Dekantieren der überstehenden Flüssigkeit von den Zellen und Zugabe einer isotonischen Suspensionsflüssigkeit, die wiederum üblicherweise nach weiterer Zentrifugierung der Suspension entfernt und ersetzt wird. Der Vorgang des Zentrifugierens, Dekantierens, Ersetzens kann mehrere Male wiederholt werden.
9. „Erythrozyten“: die Erythrozyten aus einer einzelnen Vollblutspende, aus der ein großer Teil des Plasmas der Spende entfernt wurde.
10. „Erythrozyten, buffy-coat-frei“: die Erythrozyten aus einer einzelnen Vollblutspende, der ein großer Teil des Plasmas der Spende entfernt wurde. Der Buffy-coat, der einen großen Teil der Thrombozyten und Leukozyten der gespendeten Einheit enthält, wird entfernt.
11. „Erythrozyten, leukozytendepletiert“: die Erythrozyten aus einer einzelnen Vollblutspende, wenn ein großer Teil des Plasmas der Spende und die Leukozyten entfernt werden.
12. „Erythrozyten in Additivlösung“: die Erythrozyten aus einer einzelnen Vollblutspende, wenn ein großer Teil des Plasmas der Spende entfernt ist. Eine Nähr-/Konservierungslösung wird zugefügt.
13. „Additivlösung“: eine speziell formulierte Lösung, durch die die positiven Eigenschaften von Zellbestandteilen bei der Lagerung erhalten bleiben.
14. „Erythrozyten, buffy-coat-frei, in Additivlösung“: die Erythrozyten aus einer einzelnen Vollblutspende, wenn ein großer Teil des Plasmas der Spende entfernt ist. Der Buffy-coat, der einen großen Anteil der Thrombozyten und Leukozyten der gespendeten Einheit enthält, wird entfernt. Eine Nähr-/Konservierungslösung wird zugefügt.
15. „Buffy coat“: ein durch Zentrifugation einer Vollbluteinheit gewonnener Blutbestandteil, der einen beträchtlichen Teil der Leukozyten und der Thrombozyten enthält.
16. „Erythrozyten, leukozytendepletiert, in Additivlösung“: die Erythrozyten aus einer einzelnen Vollblutspende, wenn ein großer Teil des Plasmas der Spende entfernt ist und die Leukozyten entfernt werden. Eine Nähr-/Konservierungslösung wird zugefügt.
17. „Apherese-Erythrozyten“: die Erythrozyten aus einer Apherese-Erythrozytenspende.
18. „Apherese“: Verfahren, bei dem ein oder mehrere Blutbestandteile durch maschinelle Verarbeitung von Vollblut gewonnen werden, wobei dem Spender die übrigen Blutbestandteile während oder am Ende des Vorgangs wieder zugeführt werden.
19. „Apherese-Thrombozyten“: eine konzentrierte Thrombozytensuspension, die durch Apherese gewonnen wird.
20. „Apherese-Thrombozyten, leukozytendepletiert“: eine konzentrierte, durch Apherese gewonnene Thrombozytensuspension, aus der die Leukozyten entfernt werden.

21. „Pool-Thrombozyten, rückgewonnen“: eine konzentrierte Thrombozytensuspension, die durch die Verarbeitung von Vollblutspenden und das Poolen der Thrombozyten aus den Einheiten während oder nach der Abtrennung gewonnen wird.
 22. „Pool-Thrombozyten, rückgewonnen, leukozytendepletiert“: eine konzentrierte Thrombozytensuspension, die durch die Verarbeitung von Vollbluteinheiten und das Poolen der Thrombozyten aus den Einheiten während oder nach der Abtrennung gewonnen wird und von der die Leukozyten entfernt werden.
 23. „Thrombozyten, rückgewonnen, Einzelspende“: eine konzentrierte Thrombozytensuspension, die durch die Verarbeitung einer einzelnen Vollblutspende gewonnen wird.
 24. „Thrombozyten, rückgewonnen, Einzelspende, leukozytendepletiert“: eine konzentrierte Thrombozytensuspension, die durch die Verarbeitung einer einzelnen Vollblutspende gewonnen wird, von der die Leukozyten entfernt werden.
 25. „Gefrorenes Frischplasma“: der Plasmaüberstand einer Vollblutspende oder durch Apherese gewonnenes Plasma, das tiefgefroren und gelagert wird.
 26. „Plasma, kryopräzipitatarm, für Transfusionszwecke“: ein Plasmabestandteil, der aus einer Einheit gefrorenen Frischplasmas hergestellt wird. Es enthält den restlichen Anteil, nach dem das Kryopräzipitat entfernt wurde.
 27. „Apherese-Granulozyten“: eine konzentrierte, durch Apherese gewonnene Granulozytensuspension.
 28. „Statistische Prozessüberwachung“: ein Qualitätskontrollverfahren für ein Produkt oder einen Prozess, das auf einem System zur Analyse einer ausreichenden Probenanzahl beruht, wobei nicht jedes einzelne Produkt im Prozess gemessen werden muss.
-

ANHANG II

VORSCHRIFTEN ÜBER DIE INFORMATION

(Artikel 2 und 3)

TEIL A

Informationen, die potenziellen Spendern von Blut und Blutbestandteilen zu erteilen sind

1. Korrektes, der breiten Öffentlichkeit verständliches Aufklärungsmaterial über die Natur des Blutes, den Blutspendevorgang, die aus Vollblut- und Apheresespenden gewonnenen Bestandteile und den großen Nutzen für die Empfänger.
2. Sowohl für Fremd- als auch für Eigenblutspenden: Begründung, warum eine körperliche Untersuchung, eine Anamnese und die Testung der Spenden verlangt wird, und die Bedeutung des „Einverständnisses nach vorheriger Aufklärung“.

Bei Fremdblutspenden: Selbstausschluss sowie Rückstellung und Ausschluss und die Gründe, warum jemand kein Blut oder keine Blutbestandteile spenden darf, wenn ein Risiko für den Empfänger bestehen könnte.

Bei Eigenblutspenden: Möglichkeit der Rückstellung und die Gründe, warum das Spendeverfahren bei Vorliegen eines Gesundheitsrisikos für die betreffende Person als Spender oder Empfänger der eigenen Spende von Blut oder Blutbestandteilen nicht durchgeführt würde.
3. Informationen über den Schutz der persönlichen Daten: keine unerlaubte Bekanntgabe der Spenderidentität, der Informationen über den Gesundheitszustand des Spenders und der Ergebnisse der durchgeführten Tests.
4. Begründung, warum jemandem von einer Spende, die für die eigene Gesundheit schädlich sein könnte, abgeraten wird.
5. Spezifische Informationen über die Art der einzelnen Schritte sowohl des Fremd- als auch des Eigenblutspendeverfahrens und die jeweils damit zusammenhängenden Risiken. Bei Eigenblutspenden die Möglichkeit, dass das gespendete Blut oder die gespendeten Blutbestandteile für die geplanten Transfusionszwecke nicht ausreichen.
6. Information über die Möglichkeit, dass der Spender vor dem weiteren Vorgehen die Meinung ändern und sich gegen eine Spende entscheiden oder sich während des Spendeverfahrens jederzeit selbst ausschließen oder zurücktreten kann, ohne dass dies peinlich wäre oder unangenehme Folgen hätte.
7. Begründung, warum es wichtig ist, dass die Spender die Blutspendeeinrichtung über alle nachfolgenden Ereignisse informieren, die eine Spende für die Transfusion ungeeignet machen könnten.
8. Mitteilung, dass die Blutspendeeinrichtung verpflichtet ist, den Spender über ein geeignetes Verfahren in Kenntnis zu setzen, sofern die Testergebnisse auf für seine Gesundheit bedeutende Abweichungen hindeuten.
9. Informationen darüber, warum nicht verwendetes Eigenblut und nicht verwendete Eigenblutbestandteile verworfen und nicht anderen Patienten transfundiert werden.
10. Informationen darüber, dass Testergebnisse, bei denen Marker für Viren, wie zum Beispiel HIV, HBV, HCV oder anderer durch Blut übertragbarer mikrobiologischer Krankheitserreger festgestellt werden, zur Rückstellung des Spenders und Vernichtung der gespendeten Einheit führen.
11. Mitteilung, dass der Spender jederzeit die Möglichkeit hat, Fragen zu stellen.

TEIL B

Von den Spendern durch die Blutspendeeinrichtung bei jeder Spende einzuholende Informationen1. *Spenderidentifizierung*

Angaben zur Person des Spenders, die ohne die Gefahr einer Verwechslung eine eindeutige Identifizierung ermöglichen, und Angaben zur Kontaktaufnahme.

2. *Erfassung von Gesundheitszustand und Vorerkrankungen des Spenders*

Erfassung von Gesundheitszustand und Vorerkrankungen mittels eines Fragebogens und einer persönlichen Befragung durch einen qualifizierten Angehörigen eines Gesundheitsberufs; sie enthält relevante Faktoren, die zur Identifizierung und zum Ausschluss von Personen beitragen können, deren Spende mit einem Gesundheitsrisiko für sie selbst oder mit dem Risiko einer Krankheitsübertragung für andere verbunden sein könnte.

3. *Unterschrift des Spenders*

Unterschrift des Spenders auf dem Spenderfragebogen, gegengezeichnet von dem Angehörigen eines Gesundheitsberufs, der für die Erfassung von Gesundheitszustand und Vorerkrankungen verantwortlich ist und bestätigt, dass der Spender

- a) das zur Verfügung gestellte Aufklärungsmaterial gelesen und verstanden hat,
 - b) Gelegenheit hatte, Fragen zu stellen,
 - c) zufrieden stellende Antworten auf alle gestellten Fragen erhalten hat,
 - d) nach vorheriger Aufklärung eingewilligt hat, dass der Spendeprozess fortgesetzt wird,
 - e) im Fall einer Eigenblutspende darüber informiert wurde, dass das gespendete Blut oder die gespendeten Blutbestandteile für den geplanten Transfusionszweck möglicherweise nicht ausreichen, und
 - f) bestätigt hat, dass er alle Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht hat.
-

ANHANG III

EIGNUNGSKRITERIEN FÜR DIE SPENDER VON VOLLBLUT UND BLUTBESTANDTEILEN

(Artikel 4)

1. ZULASSUNGSKRITERIEN FÜR SPENDER VON VOLLBLUT UND BLUTBESTANDTEILEN

Unter außergewöhnlichen Umständen können von einem qualifizierten Angehörigen eines Gesundheitsberufs in der Blutspendeinrichtung einzelne Spenden von Spendern zugelassen werden, die die folgenden Kriterien nicht erfüllen. Solche Fälle sind eindeutig zu dokumentieren und unterliegen dem Qualitätsmanagement der Artikel 11, 12 und 13 der Richtlinie 2002/98/EG.

Die folgenden Kriterien gelten nicht für Eigenblutspenden:

1.1. Alter und Körpergewicht des Spenders

Alter	18 bis 65 Jahre	
	17 bis 18 Jahre	— Sofern rechtlich nicht minderjährig, andernfalls gesetzlich vorgeschriebene schriftliche Zustimmung der Erziehungsberechtigten
	Erstspender über 60 Jahre	— Nach dem Ermessen des Arztes in der Blutspendeinrichtung
	Über 65 Jahre	— Mit jährlich neu zu erteilender Genehmigung des Arztes in der Blutspendeinrichtung
Körpergewicht	≥ 50 kg für Spender von Vollblut oder Apherese-Blutbestandteilen	

1.2. Hämoglobinspiegel im Spenderblut

Hämoglobin	Frauen ≥ 125 g/l	Männer ≥ 135 g/l	Gilt für Fremdspenden von Vollblut und Zellbestandteilen
-------------------	---------------------	---------------------	--

1.3. Proteinspiegel im Spenderblut

Protein	≥ 60 g/l	Die Proteinuntersuchung für Aphereseplasmaspenden ist mindestens einmal jährlich durchzuführen
----------------	----------	--

1.4. Thrombozytenspiegel im Spenderblut

Thrombozyten	Thrombozytenzahl ≥ 150 × 10 ⁹ /l	Für Spender von Apherese-Thrombozyten vorgeschriebener Spiegel
---------------------	---	--

2. AUSSCHLUSSKRITERIEN FÜR SPENDER VON VOLLBLUT UND BLUTBESTANDTEILEN

Die mit Sternchen () gekennzeichneten Tests und Rückstellungszeiten sind nicht erforderlich, wenn die Spende ausschließlich für Plasma zur Fraktionierung verwendet wird.*

2.1. Ausschlusskriterien für Fremdblutspender

Herz- und Gefäßkrankheiten	Potenzielle Spender, die an schweren Herz- und Gefäßkrankheiten litten oder leiden, außer völlig ausgeheilte angeborene Anomalien
Erkrankungen des Zentralnervensystems	Schwere Erkrankungen des Zentralnervensystems in der Anamnese
Tendenz zu abnormen Blutungen	Potenzielle Spender mit Blutgerinnungsstörungen in der Anamnese

Wiederholte Ohnmachtsanfälle (Synkope) oder Krämpfe	Andere Krämpfe als Krämpfe in der Kindheit oder wenn zumindest drei Jahre nach der letzten Einnahme eines Antikonvulsivums ohne erneutes Auftreten der Krämpfe vergangen sind
Erkrankungen des gastrointestinalen, urogenitalen, hämatologischen, immunologischen, metabolischen, renalen, oder respiratorischen Systems	Potenzielle Spender mit schweren aktiven, chronischen oder wiederkehrenden Krankheiten
Diabetes	Sofern mit Insulin behandelt
Infektionskrankheiten	Hepatitis B, außer HBsAg-negative Personen, deren Immunität nachgewiesen wurde
	Hepatitis C
	HIV-1/2
	HTLV I/II
	Babesiose(*)
	Kala Azar (viszerale Leishmaniose)(*)
	Trypanosomiasis cruzi (Chagas-Krankheit)(*)
Maligne Erkrankungen	Außer Carcinoma in situ nach vollständiger Heilung
Transmissible spongiforme Enzephalopathien (TSE, z. B. Creutzfeldt-Jakob-Krankheit, neue Variante der Creutzfeldt-Jakob-Krankheit)	Personen mit einer familiären Vorgeschichte, bei der ein Risiko für TSE besteht, oder Personen, die ein Hornhaut- oder Dura-Mater-Transplantat erhalten haben oder die mit aus menschlichen Hypophysen gewonnenen Arzneimitteln behandelt wurden. Bei einer neuen Variante der Creutzfeldt-Jacob-Krankheit können weitere Vorsichtsmaßnahmen empfohlen werden
Intravenöser (IV) oder intramuskulärer (IM) Drogenkonsum	Jeglicher nicht verschriebener Drogenkonsum (IV oder IM) in der Anamnese einschließlich der Verwendung von Steroiden oder Hormonen zum Muskelaufbau
Empfänger von Xenotransplantaten	
Sexualverhalten	Personen, deren Sexualverhalten ein hohes Übertragungsrisiko für durch Blut übertragbare schwere Infektionskrankheiten birgt

2.2. Rückstellungskriterien für Fremdblutspender

2.2.1. Infektionen

Rückstellungsdauer

Nach einer Infektionskrankheit sind potenzielle Spender mindestens zwei Wochen nach vollständiger klinischer Genesung zurückzustellen.

Für die in der Tabelle aufgeführten Infektionen gilt folgende Rückstellungsdauer:

Brucellose(*)	2 Jahre nach dem Datum der vollständigen Genesung
Osteomyelitis	2 Jahre nach bestätigter Heilung
Q-Fieber(*)	2 Jahre nach dem Datum der bestätigten Heilung
Syphilis(*)	1 Jahr nach dem Datum der bestätigten Heilung
Toxoplasmose(*)	6 Monate nach dem Datum der klinischen Genesung
Tuberkulose	2 Jahre nach dem Datum der bestätigten Heilung

Rheumatisches Fieber	2 Jahre nach dem Datum des Verschwindens der Symptome, außer bei Anhaltspunkten für eine chronische Herzerkrankung
Fieber > 38 °C	2 Wochen nach dem Datum des Verschwindens der Symptome
Grippeähnliche Erkrankung	2 Wochen nach Verschwinden der Symptome
Malaria(*)	
— Personen, die in den ersten fünf Lebensjahren in einem Malaria-Gebiet gelebt haben	3 Jahre nach Rückkehr vom letzten Aufenthalt im endemischen Gebiet, sofern die Person symptomfrei bleibt Kann auf 4 Monate verkürzt werden, wenn ein immunologischer oder molekularbiologischer Test bei jeder Spende negativ ausfällt
— Personen mit Malaria in der Anamnese	3 Jahre nach Ende der Behandlung und Symptomfreiheit Zulassung danach nur, wenn ein immunologischer oder molekularbiologischer Test negativ ausfällt
— Symptomfreie Personen, die in endemische Gebiete gereist sind	6 Monate nach Verlassen des endemischen Gebiets, sofern nicht ein immunologischer oder molekularbiologischer Test negativ ausfällt
— Personen mit einer anamnestisch nicht diagnostizierten fieberhaften Erkrankung während oder innerhalb von sechs Monaten nach dem Besuch eines endemischen Gebiets	3 Jahre nach Rückbildung der Symptome Kann auf 4 Monate reduziert werden, wenn ein immunologischer oder molekularer Test negativ ausfällt
West-Nil-Virus(*)	28 Tage nach Verlassen eines Gebiets mit fortlaufender Transmission des WN-Virus auf Menschen

2.2.2. Exposition gegenüber dem Risiko, an einer durch Transfusionen übertragbaren Infektion zu erkranken

<ul style="list-style-type: none"> — Endoskopische Untersuchung mit Hilfe flexibler Instrumente — Schleimhautkontakt mit Blut oder Nadelstich-Verletzung — Transfusion von Blutbestandteilen — Gewebe- oder Zelltransplantat menschlichen Ursprungs — Schwere Operation — Tätowierung oder Körperpiercing — Akupunktur, außer wenn sie von qualifiziertem Fachpersonal mit sterilen Einweg-Nadeln durchgeführt wurde — Aufgrund engen Kontakts mit Personen, die an Hepatitis B leiden, gefährdete Personen 	Rückstellung 6 Monate bzw. 4 Monate, sofern ein NAT-Test auf Hepatitis C negativ ausfällt
Personen mit einem Verhalten oder einer Tätigkeit, das/die ein hohes Risiko für durch Blut übertragene Infektionskrankheiten birgt	Rückstellung nach Beendigung des Risikoverhaltens für einen Zeitraum, der je nach Krankheit und Verfügbarkeit geeigneter Tests festgelegt wird

2.2.3. *Impfung*

Abgeschwächte Viren oder Bakterien	4 Wochen
Inaktivierte/abgetötete Viren, Bakterien oder Rickettsiae	Keine Rückstellung, sofern der Patient sich wohlfühlt
Toxoide	Keine Rückstellung, sofern der Patient sich wohlfühlt
Hepatitis A- oder Hepatitis B-Impfstoffe	Keine Rückstellung, sofern der Patient sich wohlfühlt und sofern keine Exposition
Tollwut	Keine Rückstellung, sofern der Patient sich wohlfühlt und sofern keine Exposition Wird nach Exposition geimpft, Rückstellung ein Jahr
Durch Zecken verursachte Enzephalitis	Keine Rückstellung, sofern der Patient sich wohlfühlt und sofern keine Exposition

2.2.4. *Sonstige Rückstellungen*

Schwangerschaft	6 Monate nach Geburt oder Abbruch, außer in Ausnahmefällen und im Ermessen eines Arztes
Kleine Operation	1 Woche
Zahnbehandlung	Kleinere Behandlung durch den Zahnarzt oder Zahnhygieniker, Rückstellung bis zum folgenden Tag (Anmerkung: Zahnziehen, Wurzelfüllung und ähnliche Behandlungen gelten als kleine Operation)
Verabreichung von Arzneimitteln	Gemäß der Art des verschriebenen Mittels, seiner Wirkungsweise und der behandelten Krankheit

2.3. **Rückstellung in besonderen epidemiologischen Situationen**

Besondere epidemiologische Situationen (z. B. Ausbruch von Seuchen)	Rückstellung entsprechend der epidemiologischen Situation (diese Rückstellungen sollte die zuständige Behörde der Kommission mit Blick auf ein Tätigwerden der Gemeinschaft melden)
---	---

2.4. **Ausschlusskriterien für Eigenblutspender**

Schwere Herzerkrankungen	Je nach klinischem Kontext der Blutentnahme
Personen, die an folgenden Krankheiten litten oder leiden: — Hepatitis B, außer HBsAg-negative Personen, die nachgewiesenerweise immun sind — Hepatitis C — HIV-1/2 — HTLV I/II	Die Mitgliedstaaten können jedoch spezifische Bestimmungen für Eigenblutspenden durch solche Personen festlegen
Aktive bakterielle Infektionen	

ANHANG IV

BEDINGUNGEN FÜR LAGERUNG, TRANSPORT UND VERTEILUNG VON BLUT UND BLUTBESTANDTEILEN

(Artikel 5)

1. LAGERUNG

1.1. Flüssiglagerung

Bestandteil	Lagertemperatur	Höchstdauer der Lagerung
Erythrozytenzubereitungen und Vollblut (sofern für Transfusionen als Vollblut verwendet)	+ 2 bis + 6 °C	28-49 Tage je nach den für Entnahme, Verarbeitung und Lagerung verwendeten Verfahren
Thrombozytenzubereitungen	+ 20 bis + 24 °C	5 Tage; in Zusammenhang mit der Feststellung oder Verringerung der bakteriellen Kontamination 7 Tage
Granulozyten	+ 20 bis + 24 °C	24 Stunden

1.2. Kryopräservation

Bestandteil	Lagerbedingungen und -dauer
Erythrozyten	Bis 30 Jahre je nach den für Entnahme, Verarbeitung und Lagerung verwendeten Verfahren
Thrombozyten	Bis 24 Monate je nach den für Entnahme, Verarbeitung und Lagerung verwendeten Verfahren
Plasma und Kryopräzipitat	Bis 36 Monate je nach den für Entnahme, Verarbeitung und Lagerung verwendeten Verfahren

Kryopräservierte Erythrozyten und Thrombozyten sind nach dem Auftauen in einem geeigneten Medium zu formulieren. Die zulässige Lagerdauer nach dem Auftauen richtet sich nach dem angewandten Verfahren.

2. TRANSPORT UND VERTEILUNG

Der Transport von Blut und Blutbestandteilen erfolgt auf allen Stufen der Transfusionskette unter validierten Bedingungen, damit die Integrität des Produkts erhalten bleibt.

3. ZUSÄTZLICHE ANFORDERUNGEN AN EIGENBLUTSPENDEN

- 3.1. Eigenblut und Eigenblutbestandteile müssen eindeutig als solche gekennzeichnet sowie getrennt von Fremdblut und Fremdblutbestandteilen gelagert, transportiert und verteilt werden.
- 3.2. Eigenblut und Eigenblutbestandteile sind gemäß der Richtlinie 2002/98/EG zu etikettieren, außerdem muss auf dem Etikett die Spenderidentifikation und der Warnhinweis „NUR ZUR EIGENBLUTTRANSFUSION“ angebracht sein.

ANHANG V

QUALITÄTS- UND SICHERHEITSANFORDERUNGEN AN BLUT UND BLUTBESTANDTEILE

(Artikel 6)

1. BLUTBESTANDTEILE

1. Erythrozytenzubereitungen	Die unter 1.1 bis 1.8 aufgeführten Blutbestandteile können in Blutspendeeinrichtungen weiterverarbeitet werden und sind entsprechend zu kennzeichnen.
1.1	Erythrozyten
1.2	Erythrozyten, buffy-coat-frei
1.3	Erythrozyten, leukozytendepletiert
1.4	Erythrozyten, in Additivlösung
1.5	Erythrozyten, buffy-coat-frei, in Additivlösung
1.6	Erythrozyten, leukozytendepletiert, in Additivlösung
1.7	Apherese-Erythrozyten
1.8	Vollblut
2. Thrombozubereitungen	Die unter 2.1 bis 2.6 aufgeführten Bestandteile können in Blutspendeeinrichtungen weiterverarbeitet werden und sind entsprechend zu kennzeichnen.
2.1	Apherese-Thrombozyten
2.2	Apherese-Thrombozyten, leukozytendepletiert
2.3	Pool-Thrombozyten, rückgewonnen
2.4	Pool-Thrombozyten, rückgewonnen, leukozytendepletiert
2.5	Thrombozyten, rückgewonnen, Einzelspende
2.6	Thrombozyten, rückgewonnen, Einzelspende, leukozytendepletiert
3. Plasmazubereitungen	Die unter 3.1 bis 3.3 aufgeführten Bestandteile können in Blutspendeeinrichtungen weiterverarbeitet werden und sind entsprechend zu kennzeichnen.
3.1	Gefrorenes Frischplasma
3.2	Gefrorenes Frischplasma, kryopräzipitatarm
3.3	Kryopräzipitat
4.	Apherese-Granulozyten
5. Neue Bestandteile	Die Qualitäts- und Sicherheitsanforderungen an neue Blutbestandteile sind von der zuständigen nationalen Behörde zu regeln. Die neuen Bestandteile sind bei der Europäischen Kommission im Hinblick auf ein Tätigwerden der Gemeinschaft zu melden.

2. QUALITÄTSKONTROLLMERKMALE FÜR BLUT UND BLUTBESTANDTEILE

- 2.1. Blut und Blutbestandteile müssen die folgenden technischen Qualitätsmessungen und die annehmbaren Ergebnisse erfüllen.
- 2.2. Der Entnahme- und Herstellungsprozess ist angemessen bakteriologisch zu überwachen.
- 2.3. Die Mitgliedstaaten sorgen durch die notwendigen Maßnahmen dafür, dass alle Einfuhren von Blut und Blutbestandteilen aus Drittländern — einschließlich solcher, die als Ausgangs-/Rohmaterial für die Herstellung von Arzneimitteln aus menschlichem Blut oder menschlichem Plasma verwendet werden — mit den in dieser Richtlinie festgelegten gleichwertige Qualitäts- und Sicherheitsstandards erfüllen.

2.4. Bei Eigenblutspenden werden die mit einem Sternchen (*) gekennzeichneten Messungen nur empfohlen.

Bestandteil	Qualitätsmessungen erforderlich <i>Die erforderliche Probenahmehäufigkeit für alle Messungen ist anhand der statistischen Prozessüberwachung zu bestimmen</i>	Annehmbare Ergebnisse bei der Qualitätsmessung
Erythrozyten	Volumen	Entsprechend den Lagermerkmalen, um das Produkt innerhalb der Spezifikationen für Hämoglobin und Hämolyse zu halten
	Hämoglobin (*)	Mindestens 45 g je Einheit
	Hämolyse	Weniger als 0,8 % der Erythrozytenmasse am Ende der Haltbarkeit
Erythrozyten, buffy-coat-frei	Volumen	Entsprechend den Lagermerkmalen, um das Produkt innerhalb der Spezifikationen für Hämoglobin und Hämolyse zu halten
	Hämoglobin (*)	Mindestens 43 g je Einheit
	Hämolyse	Weniger als 0,8 % der Erythrozytenmasse am Ende der Haltbarkeit
Erythrozyten, leukozytendepletiert	Volumen	Entsprechend den Lagermerkmalen, um das Produkt innerhalb der Spezifikationen für Hämoglobin und Hämolyse zu halten
	Hämoglobin (*)	Mindestens 40 g je Einheit
	Leukozytengehalt	$< 1 \times 10^6$ /Einheit
	Hämolyse	Weniger als 0,8 % der Erythrozytenmasse am Ende der Haltbarkeit
Erythrozyten in Additivlösung	Volumen	Entsprechend den Lagermerkmalen, um das Produkt innerhalb der Spezifikationen für Hämoglobin und Hämolyse zu halten
	Hämoglobin (*)	Mindestens 45 g je Einheit
	Hämolyse	Weniger als 0,8 % der Erythrozytenmasse am Ende der Haltbarkeit
Erythrozyten, buffy-coat-frei, in Additivlösung	Volumen	Entsprechend den Lagermerkmalen, um das Produkt innerhalb der Spezifikationen für Hämoglobin und Hämolyse zu halten
	Hämoglobin (*)	Mindestens 43 g je Einheit
	Hämolyse	Weniger als 0,8 % der Erythrozytenmasse am Ende der Haltbarkeit
Erythrozyten, leukozytendepletiert, in Additivlösung	Volumen	Entsprechend den Lagermerkmalen, um das Produkt innerhalb der Spezifikationen für Hämoglobin und Hämolyse zu halten
	Hämoglobin (*)	Mindestens 40 g je Einheit
	Leukozytengehalt	$< 1 \times 10^6$ /Einheit
	Hämolyse	Weniger als 0,8 % der Erythrozytenmasse am Ende der Haltbarkeit

Bestandteil	Qualitätsmessungen erforderlich <i>Die erforderliche Probenahmehäufigkeit für alle Messungen ist anhand der statistischen Prozessüberwachung zu bestimmen</i>	Annehmbare Ergebnisse bei der Qualitätsmessung
Apherese-Erythrozyten	Volumen	Entsprechend den Lagermerkmalen, um das Produkt innerhalb der Spezifikationen für Hämoglobin und Hämolyse zu halten
	Hämoglobin (*)	Mindestens 40 g je Einheit
	Hämolyse	Weniger als 0,8 % der Erythrozytenmasse am Ende der Haltbarkeit
Vollblut	Volumen	Entsprechend den Lagermerkmalen, um das Produkt innerhalb der Spezifikationen für Hämoglobin und Hämolyse zu halten 450 ml +/- 50 ml Bei pädiatrischen autologen Vollblutentnahmen — höchstens 10,5 ml je kg Körpergewicht
	Hämoglobin (*)	Mindestens 45 g je Einheit
	Hämolyse	Weniger als 0,8 % der Erythrozytenmasse am Ende der Haltbarkeit
Apherese-Thrombozyten	Volumen	Entsprechend den Lagermerkmalen, um das Produkt innerhalb der Spezifikationen für den pH-Wert zu halten
	Thrombozytenzahl	Schwankungen bei der Thrombozytenzahl je Einzelspende sind innerhalb der Grenzen zulässig, die validierten Verarbeitungs- und Konservierungsbedingungen entsprechen
	pH	6,4 – 7,4 bereinigt für 22 °C bei Ablauf der Haltbarkeit
Apherese-Thrombozyten, leukozytendepletiert	Volumen	Entsprechend den Lagermerkmalen, um das Produkt innerhalb der Spezifikationen für den pH-Wert zu halten
	Thrombozytenzahl	Schwankungen bei der Thrombozytenzahl je Einzelspende sind innerhalb der Grenzen zulässig, die validierten Verarbeitungs- und Konservierungsbedingungen entsprechen
	Leukozytengehalt	< 1 × 10 ⁶ /Einheit
	pH	6,4 – 7,4 bereinigt für 22 °C bei Ablauf der Haltbarkeit
Pool-Thrombozyten, rückgewonnen	Volumen	Entsprechend den Lagermerkmalen, um das Produkt innerhalb der Spezifikationen für den pH-Wert zu halten
	Thrombozytenzahl	Schwankungen bei der Thrombozytenzahl je Einzelspende sind innerhalb der Grenzen zulässig, die validierten Verarbeitungs- und Konservierungsbedingungen entsprechen
	Leukozytengehalt	< 0,2 × 10 ⁹ /Einzelspende (PRP-Methode) < 0,05 × 10 ⁹ /Einzelspende (Buffy-Coat-Methode)
	pH	6,4 – 7,4 bereinigt für 22 °C bei Ablauf der Haltbarkeit

Bestandteil	Qualitätsmessungen erforderlich <i>Die erforderliche Probenahmehäufigkeit für alle Messungen ist anhand der statistischen Prozessüberwachung zu bestimmen</i>	Annehmbare Ergebnisse bei der Qualitätsmessung
Pool-Thrombozyten, rückgewonnen, leukozytendepletiert	Volumen	Entsprechend den Lagermerkmalen, um das Produkt innerhalb der Spezifikationen für den pH-Wert zu halten
	Thrombozytenzahl	Schwankungen bei der Thrombozytenzahl je Einzelspende sind innerhalb der Grenzen zulässig, die validierten Verarbeitungs- und Konservierungsbedingungen entsprechen
	Leukozytengehalt	< 1×10^6 /Pool
	pH	6,4 – 7,4 bereinigt für 22 °C bei Ablauf der Haltbarkeit
Thrombozyten, rückgewonnen, Einzelspende	Volumen	Entsprechend den Lagermerkmalen, um das Produkt innerhalb der Spezifikationen für den pH-Wert zu halten
	Thrombozytenzahl	Schwankungen bei der Thrombozytenzahl je Einzelspende sind innerhalb der Grenzen zulässig, die validierten Verarbeitungs- und Konservierungsbedingungen entsprechen
	Leukozytengehalt	< $0,2 \times 10^9$ /Einzelspende (PRP-Methode) < $0,05 \times 10^9$ /Einzelspende (Buffy-Coat-Methode)
	pH	6,4 – 7,4 bereinigt für 22 °C bei Ablauf der Haltbarkeit
Thrombozyten, rückgewonnen, Einzelspende, leukozytendepletiert	Volumen	Entsprechend den Lagermerkmalen, um das Produkt innerhalb der Spezifikationen für den pH-Wert zu halten
	Thrombozytenzahl	Schwankungen bei der Thrombozytenzahl je Einzelspende sind innerhalb der Grenzen zulässig, die validierten Verarbeitungs- und Konservierungsbedingungen entsprechen
	Leukozytengehalt	< 1×10^6 /Einheit
	pH	6,4 – 7,4 bereinigt für 22 °C bei Ablauf der Haltbarkeit
Gefrorenes Frischplasma	Volumen	Angegebenes Volumen +/- 10 %
	Faktor VIIIc (*)	Durchschnitt (nach Tiefgefrieren und Auftauen): mindestens 70 % des Wertes der frisch entnommenen Plasmaeinheit
	Gesamtprotein (*)	Mindestens 50 g/l
	Restliche Zellen (*)	Erythrozyten: < $6,0 \times 10^9$ /l Leukozyten: < $0,1 \times 10^9$ /l Thrombozyten: < 50×10^9 /l
Gefrorenes Frischplasma, kryopräzipitatarm	Volumen	Angegebenes Volumen +/- 10 %
	Restliche Zellen (*)	Erythrozyten: < $6,0 \times 10^9$ /l Leukozyten: < $0,1 \times 10^9$ /l Thrombozyten: < 50×10^9 /l
Kryopräzipitat	Fibrinogengehalt (*)	≥ 140 mg je Einheit
	Gehalt an Faktor VIIIc (*)	≥ 70 internationale Einheiten/Einheit
Apherese-Granulozyten	Volumen	< 500 ml
	Granulozytenzahl	> 1×10^{10} Granulozyten je Einheit

II

(Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

KOMMISSION

ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION

vom 19. Juni 2002

gemäß Artikel 14 der Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 des Rates zur Festsetzung von Geldbußen gegen ein Unternehmen, das unrichtige und entstellte Angaben in einer Anmeldung zu einem Fusionskontrollverfahren gemacht hat

(Fall COMP/M.2624 — BP/Erdölchemie)

(Bekannt gegeben unter Aktenzeichen K(2002) 2208)

(Nur der englische Text ist verbindlich)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(2004/285/EG)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 des Rates vom 21. Dezember 1989 über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1310/97⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 14 Absatz 1 Buchstabe b),

nachdem den betreffenden Unternehmen Gelegenheit gegeben wurde, sich zu den Beschwerdepunkten der Kommission zu äußern,

nach Anhörung des Beratenden Ausschusses für Unternehmenszusammenschlüsse⁽³⁾,

gestützt auf den Abschlussbericht des Anhörungsbeauftragten in dieser Sache⁽³⁾,

in Erwägung nachstehender Gründe:

I. DIE PARTEIEN UND IHR VORHABEN

- (1) Am 23. Februar 2001 erhielt die Kommission von der Deutschen BP AG (Deutsche BP) eine Anmeldung nach Artikel 4 der Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 Fusionskontrollverordnung eines vorgesehenen Zusammenschlusses in der Chemieindustrie (Sache COMP/M.2345 — BP/Erdölchemie), mit dem die Deutsche BP AG die

alleinige Kontrolle über das Unternehmen Erdölchemie GmbH (EC) im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 b) der Fusionskontrollverordnung erwirbt⁽⁴⁾.

- (2) Die Deutsche BP ist die deutsche Tochtergesellschaft der BP plc (BP), der Holdinggesellschaft einer multinationalen Unternehmensgruppe, die in den Bereichen Erkundung von Lagerstätten, Erdöl und Petrochemie tätig ist. EC fertigt und verkauft petrochemische Erzeugnisse; es unterhält Herstellungsanlagen in Köln, die ursprünglich als ein gemeinsam von Bayer AG und BP über Deutsche BP kontrolliertes Gemeinschaftsunternehmen gegründet wurden. Das Vorhaben bestand somit aus dem Übergang von der gemeinsamen zur alleinigen Kontrolle.

II. VERFAHREN

- (3) Acrylnitril (ACN) ist eines der Erzeugnisse, bei dem es laut Anmeldung zwischen den Parteien zu horizontalen Überschneidungen in einem betroffenen Markt kommen würde. Wegen fehlender Angaben zu der Lizenzvergabe für die ACN-Technik, den ACN-Katalysatoren, der Angebots-/Nachfragelage bei ACN sowie den weltweiten Handelsströmen wurde die Anmeldung am 21. März 2001 für unvollständig erklärt. Nachdem die Parteien gemäß den Abschnitten 4, 7 und 8 des Formblattes CO zusätzliche Angaben über die ACN-Technik nebst Kata-

⁽¹⁾ ABl. L 395 vom 30.12.1989, S. 1; Berichtigung: ABl. L 257 vom 21.9.1990, S. 13.

⁽²⁾ ABl. L 180 vom 9.7.1997, S. 1.

⁽³⁾ ABl. C 79 vom 30.3.2004.

⁽⁴⁾ ABl. C 71 vom 3.3.2001, S. 22.

lysatoren sowie die angeforderten Angaben zum ACN-Markt erteilt hatten, wurde die Anmeldung am 22. März 2001 für vollständig erklärt. Am 26. April 2001 erklärte die Kommission gemäß Artikel 6 Absatz 1 b) der Fusionskontrollverordnung⁽¹⁾ den Zusammenschluss für mit dem Gemeinsamen Markt und der Funktionsweise des EWR-Abkommens vereinbar.

- (4) Es wurde jedoch deutlich, dass die Anmeldung der Deutschen BP entstellte und unrichtige Angaben zu drei Gesichtspunkten des Produkts ACN enthielt, nämlich: i) die Vereinbarungen zwischen BP und ACN-Wettbewerbern [...] (*), ii) die Tätigkeiten von BP bei der Vergabe von Lizenzen für die ACN-Technik und iii) die Tätigkeiten von BP bei ACN-Katalysatoren. In ihren Beschwerdepunkten vom 23. November 2001 legte die Kommission ihre vorläufige Auffassung dar, dass Deutsche BP fahrlässig unrichtige und entstellte Angaben in einer Anmeldung gemäß Artikel 4 der Fusionskontrollverordnung gemacht hatte, und dass eine Geldbuße gemäß Artikel 14 Absatz 1 Buchstabe b) und Artikel 14 Absatz 3 dieser Verordnung gegen sie festgesetzt werden sollte. Deutsche BP legte ihre Bemerkungen zu den Beschwerdepunkten am 7. März 2002 vor.

III. SACHVERHALT

1. Angaben zu den Kooperationsvereinbarungen zwischen BP und [...] Wettbewerbern

a) Die Angaben in der Anmeldung

- (5) Unter der Überschrift „Kooperationsvereinbarungen“ im Formblatt CO, worin die in einem Fusionsverfahren gemäß Artikel 3 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 447/98 der Kommission vom 1. März 1998 über die Anmeldungen, über die Fristen sowie über die Anhörung nach der Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 des Rates über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen⁽²⁾ zu erteilenden Angaben aufgeführt sind, steht in Abschnitt 8.11 die folgende Frage: „In welchem Umfang gibt es in den betroffenen Märkten (horizontale oder vertikale) Kooperationsvereinbarungen?“. Die Parteien haben auf Seite 51 ihrer Anmeldung folgende Antwort in Bezug auf ACN erteilt:

„Den Parteien sind keine erheblichen Kooperationsvereinbarungen betreffend Acrylnitril im EWR bekannt. Auf horizontaler Ebene tauschen verschiedene Hersteller zuweilen jedoch Acrylnitril aus räumlichen Erwägungen aus, um die Vertriebskosten zu verringern (z. B. tauscht Erdölchemie gegenwärtig rd. [...] kt (Kilotonnen) Acrylnitril jährlich mit BP innerhalb des EWR aus). Die einzigen erheblichen vertikalen Vorkehrungen sind die Eigenbedarfsmengen für Propylen und die in Abschnitt 7.8 dargelegte vorgelagerte Integration.“

- (6) In Abschnitt 8.12 des Formblatts CO wird folgende Frage gestellt: „Machen Sie Angaben zu den wichtigsten Kooperationsvereinbarungen, die von den Beteiligten in den betroffenen Märkten geschlossen wurden, z. B.

Vereinbarungen über Forschung und Entwicklung, Lizenzen, die gemeinsame Herstellung, Spezialisierung, den Vertrieb, die langfristige Lieferung und den Informationsaustausch.“ Die Parteien gaben in ihrer Anmeldung hierauf folgende Antwort in Bezug auf ACN (S. 52):

„Nicht zutreffend.“

- (7) Auch in den anderen Abschnitten des Formblattes CO haben die Parteien keine Angaben über Kooperationsvereinbarungen mit Wettbewerbern bei ACN gemacht. Unter Abschnitt 6 zur Definition des räumlich relevanten Marktes (S. 19) haben sie Folgendes angegeben: „Die Parteien sind der Auffassung, dass die angemessene Definition des räumlichen Marktes für Acrylnitril der Weltmarkt ist, ...“.

b) Ergebnis der Untersuchung

- (8) In Erwiderung auf die allgemeine Frage in dem Schreiben nach Artikel 11 der Fusionskontrollverordnung, worin nach den „Auswirkungen des Vorhabens auf den Markt“ gefragt wurde, teilte ein Wettbewerber der Kommission mit, dass BP und Sterling Chemicals Inc. („Sterling“), ein anderer großer amerikanischer Hersteller (die ACN-Werke von BP befinden sich in den Vereinigten Staaten), ein Gemeinschaftsunternehmen zur Ausfuhr von ACN betreiben, das den Namen Anexco führt. Daraufhin versandten die Dienststellen der Kommission am 8. März um 17.49 Uhr eine E-Mail an die Anwälte von BP und Deutsche BP („die Anwälte von BP“) folgenden Inhalts: „Wir haben Kenntnis von einer gemeinsamen Ausfuhrgesellschaft für Acrylnitril (Anexco) zwischen BP und seinem Partner Sterling, einem anderen wichtigen amerikanischen ACN-Hersteller. Dieses Unternehmen wurde nach unserer Kenntnis in dem Formblatt CO nicht aufgeführt. Bitte liefern Sie vollständige Angaben zu diesem Unternehmen, der Bedeutung von Sterling im Markt und alle sonstigen Informationen, die sich auf die Bewertung der Auswirkungen des Zusammenschlusses durch die Kommission auswirken können“.

- (9) Das Bestehen dieses Gemeinschaftsunternehmens mit Sterling wurde von den Anwälten von BP mit Fax vom 12. März 2001 bestätigt. Demnach verkauft dieses Gemeinschaftsunternehmen ACN von BP und Sterling in Regionen außerhalb Nordamerikas und Europas und ist deshalb nicht in Europa tätig. Es wurde hinzugefügt, dass BP außerdem eine nicht ausschließliche Vertriebsvereinbarung mit Sterling getroffen hat, in deren Rahmen es bis zu [...] kt ACN jährlich nach Europa und in die Türkei liefert. In ihren Ausführungen wiesen die Anwälte von BP darauf hin, dass dieser Sachverhalt der Kommission bereits mitgeteilt worden sei. Die Vereinbarungen mit Sterling waren der Kommission im Rahmen der Kartellvorschriften gemäß dem Formblatt A/B im April 1998 gemeldet worden (Sache IV/E-2/37.035 — BP-Sterling). Die Kommission hatte mit Schreiben vom 1. Juni 1999 ein Negativattest hierzu erteilt.

⁽¹⁾ ABl. C 174 vom 19.6.2001, S. 5.

^(*) Vertrauliche Informationen wurden gestrichen; die betreffenden Textstellen sind in eckige Klammern gesetzt und mit einem Sternchen gekennzeichnet.

⁽²⁾ ABl. L 61 vom 2.3.1998, S. 1.

- (10) In einer Telefonkonferenz am 15. März erbat die Kommission von den Anwälten von BP Angaben zu Verbindungen mit anderen [...] Anbiestern. In ihrer schriftlichen Antwort auf diese Frage vom 16. März erklärten die Anwälte von BP auf Seite 6, dass BP

„keine Gemeinschaftsunternehmen und/oder Vertriebsvereinbarungen mit [anderen Herstellern]* unterhält mit Ausnahme der Verbindungen mit Sterling, die in dem Telefax von BP vom 12. März erwähnt sind. [...] BP [hat jedoch eine Vereinbarung mit einem anderen Hersteller, die die Ausfuhren nach Europa berührt]*.“

- (11) Am 19. März forderte die Kommission (um 16.56 Uhr) telefonisch und über E-Mail weitere Angaben über die betreffenden Mengen und die Dauer der Vereinbarung mit [...] an. In ihrer Erwiderung auf diese Fragen vom 19. März erklärten die Anwälte von BP, dass [Bestimmungen der Vorkehrung die Hersteller in ihrer Fähigkeit einschränken, ACN unabhängig nach Europa auszuführen]*.

- (12) Gemäß dieser [Vereinbarung, ...]*.

- (13) Die Möglichkeit, dass [...] Hersteller ACN nach Europa liefern, war ein wichtiger Bestandteil der Bewertung der Wettbewerbsstellung von BP auf dem ACN-Markt. Die Vereinigten Staaten sind die wichtigste Ausführungsregion für ACN, da dort erhebliche Überschusskapazitäten bezogen auf die inländische Nachfrage bestehen. Der ACN-Absatz von BP in Europa besteht ausschließlich aus Einfuhren von seinen Produktionsstätten in den Vereinigten Staaten. [Sterling zählt zu den größten Anbietern auf dem amerikanischen Handelsmarkt, die mit einem Marktanteil von rund 20 % an zweiter Stelle nach dem Marktführer BP mit 35 % stehen. Es ist deshalb ein wichtiger potenzieller Wettbewerber von BP bei den ACN-Verkäufen in Europa. Die Vereinbarung schränkt sein Potenzial spürbar ein, mit BP in Europa einen aktiven Wettbewerb aufzunehmen. Die gesamten Ausfuhren des von Sterling hergestellten ACN liefen über die Vereinbarung, d. h. wurden von BP auf den Markt gebracht mit Ausnahme von Kleinmengen von weniger als 5 kt, die Sterling selbst in Europa verkaufte]*. Die [Vereinbarung mit ...]* verschafft BP eine umfassende Kontrolle über die Ausfuhren von [...] nach Europa. [...]*

- (14) Es gibt somit zwei wichtige [Kooperationsvereinbarungen]* für ACN zwischen BP und [ACN-Herstellern]*. In dem Formblatt CO wurde auf diese [Vereinbarungen]* nicht Bezug genommen.

2. Angaben zu den Tätigkeiten von BP bei der Vergabe von Lizenzen für die ACN-Technik

a) Angaben in der Anmeldung

- (15) Gemäß Abschnitt 6.1 des Formblatts CO müssen die Parteien jeden betroffenen Markt angeben, und gemäß den Abschnitten 7 und 8 eingehende Angaben zu diesen Märkten machen. Gemäß Abschnitt 6 III (b) sind vertikal

betroffene Märkte relevante Produktmärkte, wenn „ein oder mehrere an dem Zusammenschluss Beteiligte in einem Produktmarkt tätig sind, der einem anderen Produktmarkt vor- oder nachgelagert ist, in dem andere Beteiligte tätig sind und ihr Marktanteil einzeln oder gemeinsam 25 % oder mehr beträgt [...]“.

- (16) Gemäß Abschnitt 8.9 des Formblatts CO müssen die Parteien die verschiedenen den Markteintritt beeinflussenden Faktoren beschreiben. Gemäß Punkt (d) dieses Abschnitts ist anzugeben, „in welchem Ausmaß die an dem Zusammenschluss Beteiligten Lizenznehmer oder -geber von Patenten, Know-how und sonstigen Schutzrechten in den relevanten Märkten sind“.

- (17) Die Stellung von BP als Lizenzgeber der ACN-Herstellungstechnik, die als den ACN-Produktionstätigkeiten vorgelagert anzusehen ist, wird weder in der Anmeldung als betroffener Markt, noch in Abschnitt 8.9, noch an anderer Stelle erläutert. In den Ausführungen der Deutschen BP zu Abschnitt 8.9 wird die Technik als ein relevanter Zutrittsfaktor genannt und erklärt, dass

„die erforderliche Technik leicht über Lizenzen bei verschiedenen ACN-Herstellern (z. B. Asahi, BP, Solutia, DuPont, verschiedene chinesische Lizenzgeber und andere) beschafft werden kann. Diese Lizenzgeber führen aktive Lizenzprogramme, weshalb ein Eintritt in den ACN-Markt keinen Beschränkungen bei der Verfügbarkeit von Technik und geistigen Eigentumsrechten unterliegt.“

b) Ergebnis der Untersuchung

- (18) In Erwiderung auf ein Schreiben nach Artikel 11 teilte ein Wettbewerber der Kommission mit, dass BP der wichtigste Anbieter der Produktionstechnik für ACN sei. Nachdem dieser Punkt auf einer Telefonkonferenz mit den Anwälten von BP am 13. März 2001 angesprochen wurde, legten sie hierzu einen Vermerk mit Datum vom 14. März 2001 vor, wonach

„von der gesamten gegenwärtig installierten ACN-Kapazität 85-90 % der zugrunde liegenden Technik auf BP-Lizenzen zurückgeht.“

- (19) Aus weiteren Ausführungen der Anwälte von BP auch zu den Abschnitten 4, 7 und 8 des Formblattes CO hinsichtlich der Vergabe von ACN-Technik, und aus den Untersuchungen der Kommission geht hervor, dass BP bis zum Jahr 1994 ein Monopol bei der Erteilung der ACN-Technik hielt. Nach diesem Datum wurden drei für den Weltmarkt bestimmte ACN-Produktionsanlagen von Solutia, Tae Kwang und Formosa Plastic errichtet. Auch Formosa baute sein Werk mit einer BP-Lizenz. Solutia entwickelte seine eigene Produktionstechnik und errichtete sein Werk mit dieser Technik, ohne auf eine Lizenz zurückgreifen zu müssen. [BP bot seine Technik Tae Kwang nicht an]*. Außerdem [...] eine zuvor

von BP an Formosa am 10.6.1987 erteilt Lizenz [...]*. Mit seiner Lizenz für den südafrikanischen Hersteller Sasol erhielt BP die Erstopption zum Bezug der Ausfuhren von Sasol, und brachte Ausfuhrmengen von Sasol eines Umfangs von [...]* auf den Markt, bis die Produktion in dem Sasol-Werk eingestellt wurde.

- (20) Zu den Lizenztätigkeiten der anderen von der Deutschen BP als Lizenzgeber der ACN-Technik genannten Unternehmen ergab die Untersuchung Folgendes: Zum Zeitpunkt der Untersuchung vergab DuPont keine Lizenzen an Dritte und hielt jegliche Angaben zu diesem Punkt in seiner Erwiderung auf das Schreiben der Kommission nach Artikel 11 für ein Geschäftsgeheimnis. Asahi hatte bisher Lizenzen für seine Technik lediglich seinen Gemeinschafts- oder Tochtergesellschaftsunternehmen sowie an Sinopec (China) für drei kleine Werke erteilt, von denen nur noch eines derzeit in Betrieb ist. Außerdem waren die Lizenzen von Asahi in China Bestandteil einer Kooperationsvereinbarung zwischen BP und Asahi zur gemeinsamen Lizenzvergabe für die Acrylnitriltechnik in China. Die in dem Formblatt genannten „chinesischen Lizenzgeber“ beziehen sich auf Sinopec, das seine ACN-Technik auf seiner Website zwar anbietet, aber noch keine einzige Lizenz erteilt hatte. Sinopec ist außerdem ein GU-Partner von BP bei einer möglichen Lizenz für ein neues Werk in China, und hält Lizenzen von Asahi für die drei kleinen Werke.
- (21) Somit fehlten in der Anmeldung wichtige Angaben, außerdem wurde die Stellung von BP bei der Lizenzvergabe für die ACN-Technik nicht genau beschrieben.

3. Angaben zu den Tätigkeiten von BP bei dem ACN-Katalysator

- (22) Der Katalysator ist ein wesentlicher Einsatzstoff für die Herstellung von ACN, der gewährleistet, dass aus den Ausgangsstoffen Propylen und Ammoniak ACN entsteht. Katalysatoren werden im Markt gehandelt und bilden einen getrennten Produktmarkt.

a) Angaben in der Anmeldung

- (23) Der ACN-Katalysator wurde in dem Formblatt CO nicht als ein vertikal betroffener Markt im Sinne von Abschnitt 6 III (b) angegeben. Die Tätigkeiten von BP im Bereich der ACN-Katalysatoren wurden darin überhaupt nicht erwähnt. Die einzige Bezugnahme in der Anmeldung auf ACN-Katalysatoren findet sich in Abschnitt 8.10 (Bedeutung von Forschung und Entwicklung), wonach

„Forschung und Entwicklung weder für den Eintritt noch den Fortbestand in den Acrylnitrilmärkten unabdingbar sind. Außerdem gibt es zahlreiche Anbieter von Katalysatorentechnik wie z. B. Nitto, Asahi, DuPont, Solutia usw. ...“

b) Ergebnis der Untersuchung

- (24) Wiederum in Erwiderung einer allgemeinen Frage in einem Schreiben nach Artikel 11 teilte ein Wettbewerber der Kommission mit, dass BP ein führender Anbieter von Katalysatoren ist. Nachdem diese Frage mit den Anwälten von BP in einer Telefonkonferenz am 13. März 2001 angesprochen wurde, legten die Anwälte von BP am 14. März 2001 ein Schreiben vor, wonach

„... die Katalysatoren für neue ACN-Werke in der Regel anfänglich von dem Erteiler der Techniklizenz bezogen werden ... BP schätzt, dass gegenwärtig lediglich [55-65]* % aller ACN-Produktionsstätten in der Welt ... noch BP-Katalysatoren verwenden.“

- (25) In ihren zusätzlichen Ausführungen zu den Abschnitten 4, 7 und 8 des Formblatts CO betreffend ACN-Katalysatoren, die vorgelegt wurden, nachdem die Anmeldung von der Kommission als unvollständig erklärt worden war, erläutern die Parteien, dass im Jahr 1997 auf BP [65-75]* % des weltweiten Handelsmarktes für ACN-Katalysator entfiel und dass der Anteil von BP im Jahr 2001 schätzungsweise [70-80]* % betrug. Diese Zahlen wurden durch die Marktuntersuchung der Kommission weitgehend bestätigt. Zu den Wettbewerbern von BP ergab die Untersuchung Folgendes: DuPont bietet seinen eigenen Katalysatortyp nicht an und ist lediglich bei der Rückgewinnung gebrauchter Katalysatoren tätig. Nach Auffassung der Kunden erlauben rückgewonnene Katalysatoren nicht die gleichen Werksleistungen wie das neue Produkt. Nach den Aussagen von Marktteilnehmern arbeitet Solutia nur mit seiner eigenen Technik und einem radioaktiven Katalysator. Asahi trat erst Anfang 2001 in den Handelsmarkt ein. Bis 31. Dezember 2000 hatte BP das ausschließliche Recht, den Katalysator von Asahi weltweit zu verkaufen (mit Ausnahme der Lizenznehmer für Asahi-Technik und der Märkte Japan, Taiwan, Korea und China, für die eine Zustimmung von Asahi erforderlich war). Für die Laufzeit der Vereinbarung hatte BP auch das Recht, sämtliche von Asahi über Katalysatoren weitergegebenen Informationen auch betreffend die Entwicklungen bei den neuen Katalysatoren zu erhalten, die nunmehr von Asahi allein auf den Markt gebracht werden. Außerdem besteht gegenwärtig eine Kooperationsvereinbarung zwischen BP und Asahi über den Katalysatorabsatz in China. Sinopec hat seinen Katalysator bisher nur in China verkauft. Der wichtigste Wettbewerber von BP ist Mitsubishi (vormals unter dem Namen Nitto bekannt). [...]*. Nur die Katalysatoren von Mitsubishi und Asahi sind mit der BP-Technik vollständig kompatibel, d. h. sie können als [Auswechsel-/Ersatz-]katalysator verwendet werden, selbst wenn ein Werk ursprünglich auf der Grundlage eines BP-Katalysators errichtet und betrieben wurde.

- (26) Somit wurde in der Anmeldung weder auf die Stellung von BP im Katalysatorenmarkt Bezug genommen, noch die Marktlage angemessen beschrieben.

IV. BEWERTUNG GEMÄß ARTIKEL 14 DER FUSIONS-KONTROLLVERORDNUNG

- (27) Gemäß Artikel 14 Absatz 1 Buchstabe b) der Fusionskontrollverordnung kann die Kommission mit Entscheidung Geldbußen von 1 000 bis 50 000 EUR festsetzen, wenn ein Unternehmen vorsätzlich oder fahrlässig ungenaue oder entstellte Angaben in einer Anmeldung nach Artikel 4 macht.

1. Ungenaue Angaben zu Kooperationsvereinbarungen

- (28) Die Möglichkeit, dass Wettbewerber ACN ausführen, ist ein wichtiger Bestandteil bei der Ermittlung des räumlichen Erfassungsbereichs der relevanten Märkte durch die Kommission und der Bewertung der wettbewerblichen Auswirkungen eines Vorhabens im Gemeinsamen Markt. Deutsche BP hat in dem Formblatt CO angegeben, dass keine Kooperationsvereinbarungen betreffend ACN bestünden. Dies stellte sich als unrichtig heraus, da BP die in den Ziffern (8) bis (13) beschriebenen Vereinbarungen mit [...] eingegangen war, die deren Fähigkeit beeinträchtigten, ACN nach Europa und anderen Bestimmungsorten auszuführen und dort den Wettbewerb mit BP aufzunehmen. Da Deutsche BP geltend gemacht hatte, dass der räumlich relevante Markt für ACN der Weltmarkt sei, hätten in der Anmeldung alle Vereinbarungen für sämtliche Teile der Welt [...] angegeben werden müssen. Hieraus ist zu schließen, dass die Angaben zu Kooperationsvereinbarungen betreffend ACN in dem Formblatt CO unrichtig waren.

2. Unrichtige oder zumindest entstellte Angaben zur ACN-Lizenzvergabe

- (29) Die Möglichkeit zur Kontrolle der vorgelagerten Märkte wie z. B. des Markts für ACN-Prozesstechnik, ist ein wichtiger Gesichtspunkt bei der Bewertung der Stellung einer Partei in einem relevanten Markt. Die starke Stellung von BP bei der ACN-Lizenzvergabe wurde in dem Formblatt CO überhaupt nicht erwähnt. Die Parteien haben es versäumt, die Vergabe von ACN-Techniklizenzen als einen vertikal betroffenen Markt auszuweisen und die entsprechenden Angaben in dem Formblatt CO zu machen. Die wenigen Angaben über die ACN-Lizenzerteilung ergaben ein entstelltes Bild des wirklichen Sachverhalts, da sie den Eindruck vermittelten, dass BP mit einem Marktanteil von weniger als 25 % unter anderen gut eingeführten und höchst aktiven Wettbewerbern (in Abschnitt 8.9 bezieht sich BP auf „aktive Lizenzvergabeprogramme“) im Markt der Erteilung von ACN-Lizenzen tätig sei. Dies ergab ein unrichtiges oder zumindest entstelltes Bild. BP war und ist weiterhin der Weltmarktführer bei der Erteilung von

ACN-Lizenzen. DuPont war in der Vergabe dieser Lizenzen nicht tätig. Deutsche BP hat ausgeführt, dass es davon ausgehen musste, dass DuPont ein aktiver Lizenzgeber sei, weil gemäß einem Artikel in der Fachzeitschrift „Chemicals Week“ vom Juni 1998 ein Vertreter von DuPont ankündigte, dass DuPont seine 25 Spezialchemikaliengeschäfte für die Lizenzvergabe u. a. den ACN-Prozess öffnen würde. Aus diesem Artikel können keine Schlussfolgerungen hinsichtlich des tatsächlichen Standes des ACN-Lizenzgeschäftes von DuPont zum Zeitpunkt der Anmeldung gezogen werden. Ein zweieinhalb Jahre vor der Anmeldung veröffentlichter Artikel, in dem lediglich die Absichten und Geschäftspläne eines Unternehmens veröffentlicht werden, kann nicht die Feststellung in einer Anmeldung untermauern, dass die ACN-Technik von DuPont im Markt ohne weiteres verfügbar sei. Außerdem gab es nicht wie in der Anmeldung ausgeführt „verschiedene chinesische Lizenzgeber“, sondern lediglich einen theoretischen, nämlich Sinopec, der zu jenem Zeitpunkt noch keine Lizenz erteilt hatte. Das Nichterwähnen der Beschränkung der Tätigkeiten von Asahi auf seine eigenen Werke in China und der Tatsache, dass es eine Kooperationsvereinbarung mit BP für China eingegangen ist, ist zumindest als entstellend anzusehen, da es den Eindruck vermittelt, dass Asahi ohne räumliche Beschränkungen und vollständig unabhängig von BP tätig sei. Hieraus ist zu schließen, dass die Angaben im Formblatt CO betreffend die ACN-Technik unrichtig oder wenigstens entstellte waren.

3. Unrichtige oder zumindest entstellte Angaben betreffend den ACN-Katalysator

- (30) Der Katalysatormarkt ist als ein den ACN-Produktivitäten von BP vorgelagerter Markt anzusehen, der für die Bewertung der Stellung von BP auf diesem Markt wichtig ist. In der Anmeldung wurde nicht erwähnt, dass BP auf dem ACN-Katalysatormarkt tätig ist. Damit haben es die Parteien wiederum versäumt, einen vertikal betroffenen Markt auszuweisen. Die beschränkten Angaben zum ACN-Katalysator vermittelten den Eindruck, dass BP in diesem Bereich nicht tätig ist und dass mehrere andere, gut eingeführte und unabhängige Wettbewerber auf dem Katalysatormarkt vorhanden seien. Dies ergab ein unrichtiges oder wenigstens entstelltes Bild. BP war und ist der Weltmarktführer beim Absatz von ACN-Katalysator mit einem Marktanteil von über 70 %. DuPont war auf dem Neukatalysatormarkt nicht tätig. Durch das Nichterwähnen der vormaligen und fortdauernden Verbindungen zwischen BP und Asahi sparte Deutsche BP wichtige Informationen zur Ermittlung des Potenzials von Asahi als Wettbewerber von BP aus. Das Gleiche gilt für die Beziehung von BP zu Mitsubishi. Die Angaben in der Anmeldung zu ACN-Katalysator müssen somit als unrichtig oder wenigstens entstellte angesehen werden.

4. Fahrlässigkeit

- (31) In seiner Erwiderung auf die Beschwerdepunkte der Kommission vertritt Deutsche BP die Auffassung, dass sein Versagen, die erforderlichen Angaben zu machen, keine oder, wenn überhaupt, eine nur geringe Fahrlässigkeit gewesen sei. Deutsche BP erklärt die Lücken in der Anmeldung wie folgt: Die Lücken seien im Wesentlichen das Ergebnis interner Kommunikations- und Abstimmungsschwierigkeiten, die auf die Mitwirkung verschiedener Personen aus unterschiedlichen Betriebseinheiten von BP und von außerhalb bei der Ausarbeitung und Erstellung der Anmeldung zurückzuführen seien. Die mit der Ausarbeitung des Entwurfs der Anmeldung betraute Zentraleinheit forderte die Informationen gemäß dem Formblatt CO von der in den Vereinigten Staaten gelegenen zuständigen Geschäftseinheit an. Dies erfolgte offenbar, ohne im erforderlichen Ausmaß die unterschiedlichen Begriffe und Fachausdrücke im Formblatt CO und die Bedeutung bestimmter Geschäftsbeziehungen für eine wettbewerbliche Würdigung gemäß der Fusionskontrollverordnung zu erläutern.
- (32) Laut Deutsche BP wurde die Vereinbarung mit dem amerikanischen Hersteller Sterling und [...] nicht erwähnt, weil die Parteien ursprünglich die Absicht gehabt hätten, eine europaweite Marktdefinition für ACN vorzuschlagen, weshalb die Beziehungen zu den [...] Herstellern [in anderen Regionen] nicht als relevant angesehen wurden. Nachdem beschlossen wurde, zu einer Definition des Weltmarktes überzugehen, wurde der die Vereinbarungen betreffende Abschnitt im Formblatt CO nicht entsprechend geändert.
- (33) Weiter macht Deutsche BP geltend, dass die das Formblatt CO erstellenden Produktexperten nicht der Auffassung waren, dass die ACN-Technik und der Katalysator „vorgelagerte oder nachgeordnete Produkte“ von ACN im Sinne des Formblatts CO sind. Von den Geschäftsleuten wird dieser Begriff eher einem Einsatzrohstoff (wie z. B. Propylen und Ammoniak im Fall von ACN) als einer Technik zugeordnet. Laut Deutsche BP wurden diese anfänglichen Missverständnisse im Verlauf der späteren Abfassung des Formblatts nicht geklärt.
- (34) Deutsche BP führt schließlich aus, dass die von ihm eingerichtete Struktur (d. h. Sammeln von Informationen durch die rechtzeitige Versendung des genauen Wortlauts der entsprechenden Abschnitte im Formblatt CO an die zuständigen Geschäftseinheiten, Hinzuziehung außenstehender Berater und Bemühungen, die Leitlinien von Kommission und ECLF über vorbildliche Verfahren⁽¹⁾ zu befolgen) angemessen gewesen sei und grundsätzlich hätte ausreichen müssen, um Fehler bei der Ausarbeitung der Anmeldung zu vermeiden. Nach Auffassung der Deutschen BP sei die Unvollständigkeit nicht auf organisatorische Nachlässigkeit, sondern ein außergewöhnliches Zusammentreffen unglücklicher Umstände in einem Einzelfall zurückzuführen.
- (35) Es gibt keine Anzeichen dafür, dass Deutsche BP mit Vorsatz gehandelt hat. Die Kommission ist jedoch der Auffassung, dass die Erteilung unrichtiger und entstellter Angaben fahrlässig gewesen ist. In Bezug auf Kooperationsvereinbarungen sind die Fragen in dem Formblatt CO klar und deutlich. Es muss der Deutschen BP bewusst gewesen sein, dass diese Vereinbarungen ein wichtiger Bestandteil für die Bewertung der Stellung der Parteien und der Unabhängigkeit ihrer Wettbewerber sind. Das Vorhandensein von Einfuhren und die Fähigkeit außenstehender Wettbewerber, ACN in Europa auf den Markt zu bringen, ist ein wichtiges Bewertungselement, das der Deutschen BP bekannt gewesen sein musste. Die Relevanz der fehlenden Angaben besteht unabhängig von der schließlich angewandten Definition des räumlich relevanten Marktes. Die entsprechenden Fragen in Abschnitt 8 des Formblatts CO enthalten keine räumliche Beschränkung, und die Antworten in diesem Abschnitt sollten sich auf alle Teile der Welt erstrecken, insbesondere, wenn die Parteien selbst von einer weltweiten Marktdefinition ausgehen. Die Verbindungen zwischen Wettbewerbern sind ein erheblicher Bestandteil der wettbewerblichen Untersuchung sowohl europaweit wie auch auf dem Weltmarkt. Deshalb vermag das Argument der Deutschen BP, wonach die Auslassung darauf zurückzuführen sei, dass im Verlauf der Erstellung der Anmeldung die Marktdefinition für ACN von europaweit auf Weltmarkt geändert, Abschnitt 8 des Formblatts CO jedoch nicht entsprechend angepasst wurde, nichts an der Fahrlässigkeit dieser Auslassung zu ändern.
- (36) Die Tatsache, dass die Vereinbarung mit Sterling zuvor der Kommission gemäß Artikel 81 EGV mit dem Formblatt A/B gemeldet wurde, stützt die Schlussfolgerung der Kommission, dass Deutsche BP nicht die Absicht hatte, Informationen vor der Kommission zu verbergen. Sie ist jedoch kein Indiz für das Fehlen von Fahrlässigkeit. Die Parteien müssen in dem Formblatt CO vollständige und umfassende Angaben einschließlich sämtlicher Gesichtspunkte machen, die für die Bewertung eines Zusammenschlussvorhabens von Bedeutung sind. Die Tatsache, dass einige Angaben in einem anderen Verfahren oder Rahmen der Kommission zur Kenntnis gebracht worden sind, ändert nichts an der Verpflichtung der Parteien, das Formblatt CO in sämtlichen Kapiteln vollständig auszufüllen. Außerdem ist zu bemerken, dass die Parteien in ihrer Anmeldung keinen Hinweis auf das vorangehende Verfahren machten.
- (37) In Bezug auf die ACN-Technik und den Katalysator ist die Definition eines vertikal betroffenen Marktes in Abschnitt 6 III (b) des Formblatts CO eindeutig. Die Ausführung der Parteien, dass die beteiligten Geschäftseinheiten die Vergabe von Techniklizenzen und den Katalysator nicht als einen „Produktmarkt“ im Sinne von Abschnitt 6 des Formblatts CO, sondern lediglich die ACN vorgelagerten oder nachgeordneten Chemikalien in Betracht zogen, ist nur von begrenzter Bedeutung und kein Indiz für das Fehlen von Fahrlässigkeit. Aus der Fallpraxis der Kommission geht eindeutig hervor, dass die Erteilung von Techniklizenzen einen getrennten Produktmarkt bilden kann. Insbesondere in dem Fall Dow Chemical/Union Carbide⁽²⁾ widmete sich die Kommission ausführlich dem Markt für die Vergabe von Lizenzen für die Polyethylentechnik. BP nahm an den Untersuchungen der Kommission in diesem Fall aktiv teil. Selbst wenn dieser Fall ein anderes Produkt, nämlich Polyethylen betraf, ist daraus nicht zu schließen, dass die Vorgehensweise bei der Erteilung von Techniklizenzen auf dieses besondere Produkt zu beschränken sei und nicht auf andere Chemikalien angewandt werden kann.

⁽¹⁾ http://europa.eu.int/comm/competition/mergers/others/best_practice_gl.html.

⁽²⁾ Entscheidung 2001/684/EG der Kommission in der Sache COMP/M.1671 (ABl. L 245 vom 14.9.2001, S. 1), Ziffern 74-95.

(38) Das Argument ist in Bezug auf ACN-Katalysator um so weniger hinnehmbar, als es sich hierbei um ein eigenes chemisches Erzeugnis, einen erforderlichen Zusatzstoff zur Herstellung von ACN handelt. Die Tatsache, dass der Deutschen BP die Bedeutung der Vergabe von Techniken und des Katalysators für die wettbewerbliche Würdigung bewusst war, geht auch daraus hervor, dass sie in dem Formblatt CO unter den Überschriften Zutrittsschranken und Bedeutung von F&E erwähnt werden, jedoch in einer unrichtigen oder zumindest entstellten Art und Weise. Außerdem muss der Deutschen BP ihre sehr starke Stellung auf diesen beiden Märkten bewusst gewesen sein. Schließlich ist zu erwähnen, dass Deutsche BP Bestandteil eines multinationalen Unternehmens ist, das der Kommission auch im Chemiesektor mehrere Anmeldungen bereits vorgelegt hat und deshalb umfangreiche Erfahrungen in Fusionskontrollverfahren und der Auslegung des Formblatts CO haben muss.

(39) Schließlich kann sich die Kommission das Argument der Deutschen BP nicht zu Eigen machen, wonach keine Fahrlässigkeit bestanden habe, weil BP bei der Ausarbeitung seiner Anmeldungen von Fusionsfällen organisiert und gründlich vorgegangen sei, und der vorliegende Fall eine unglückliche Ausnahme darstelle. Die Kommission erkennt an, dass die Fusionsanmeldungen der Mitglieder von BP bisher zufriedenstellend waren. Der vorliegende Fall hat jedoch gezeigt, dass die von BP und der Deutschen BP hierbei angewandten Verfahren, die nach ihren eigenen Aussagen von den bei Fusionsanmeldungen üblichen Methoden abwichen, keine vollständige und zufriedenstellende Anmeldung gewährleisten konnten. Ein vollständig ausgefülltes Formblatt CO mit einem umfassenden Informationsbestand ist von ausschlaggebender Bedeutung für die Fusionskontrollverfahren der Kommission u. a. wegen der knappen Legalfristen, die in diesen Verfahren eingehalten werden müssen. Die anmeldenden Parteien müssen sich dieser Bedeutung bewusst sein. Die Wichtigkeit einer vollständigen Anmeldung muss sich in den internen Vorkehrungen der anmeldenden Parteien bei der Ausarbeitung des Formblattes CO niederschlagen. Deshalb müssen die Anmelder ihre Vorkehrungen mit äußerster Sorgfalt treffen, um zu gewährleisten, dass die Rechtsvorschriften und Auflagen gemäß der Fusionskontrollverordnung allen zuständigen Unternehmenseinheiten mitgeteilt werden, und dass alle zu machenden Angaben ausgewiesen und mit dem Formblatt CO geliefert werden. Die Tatsache, dass in diesem Fall Angaben zu drei verschiedenen Bereichen fehlten, lässt auf unzureichende Vorkehrungen von BP und Deutscher BP schließen, die zur Vorlage eines unvollständigen Formblatts CO führten.

(40) Dieses Versäumnis ist mehr als nur ein Versehen, das bei dem komplexen Aufbau großer multinationaler Unternehmen unvermeidbar sein mag. Die von der Deutschen BP vorgebrachte Erklärung lässt auch nicht auf außergewöhnliche Umstände schließen, die trotz angemessener Bemühungen die Erteilung der fehlenden Angaben unmöglich machten. Es gab drei Bestandteile, die in dem Formblatt CO nicht angemessen behandelt wurden und die von offenkundiger Relevanz und Bedeutung für die wettbewerbliche Würdigung waren. Dies

kann man auch daraus ersehen, dass die fehlenden Bestandteile der Kommission von dritter Seite in einem sehr frühen Stadium der Untersuchung unverzüglich zur Kenntnis gebracht wurden.

(41) Hinsichtlich des Maßes an Fahrlässigkeit ist jedoch zu berücksichtigen, dass ACN in diesem Fall nicht der alleinige Schwerpunkt war. Die Kommission erkennt an, dass dieses Vorhaben eine große Anzahl verschiedener Chemikalien betraf, die in der Anmeldung zu beschreiben waren und von denen ACN lediglich ein Produkt darstellte.

(42) Vor diesem Hintergrund ist die Schlussfolgerung zu ziehen, dass Deutsche BP fahrlässig gehandelt hat, indem sie unrichtige und entstellte Angaben machte und dass diese Fahrlässigkeit ein erhebliches Ausmaß hatte.

5. Art und Schwere der Zuwiderhandlung

(43) Gemäß Artikel 14 Absatz 3 der Fusionskontrollverordnung muss die Kommission bei der Festsetzung der Geldbuße die Art und Schwere der Zuwiderhandlung berücksichtigen.

a) Art

(44) Die von der Deutschen BP begangene Zuwiderhandlung bestand aus dem fahrlässigen Versäumnis, wichtige [Vereinbarungen mit Sterling und ...]* anzugeben und die ACN-Technik sowie die Katalysatoren als betroffene Märkte auszuweisen, und ferner aus entstellenden Angaben zur Wettbewerbslage bei den Technik- und den Katalysatorenmärkten sowie zur Stellung von BP in diesen Märkten.

b) Schwere

1. Argumente der Deutschen BP

(45) Deutsche BP bringt vor, dass folgende Gesichtspunkte als mildernde Umstände angesehen werden sollten: Erstens habe nicht die Absicht einer Irreführung bestanden und habe Deutsche BP zu keiner Zeit vorsätzlich der Kommission Informationen vorenthalten. Deutsche BP macht weiter geltend, dass sein Nichterteilen von Auskünften das Ergebnis sehr unglücklicher Umstände und nicht die Folge eines fahrlässigen Verhaltens gewesen sei.

(46) Zweitens unterstreicht Deutsche BP die beschränkten wettbewerblichen Auswirkungen des Nichterteilens von Angaben. Deutsche BP macht geltend, dass in beiden Fällen die von der Kommission entdeckten, nicht erteilten Angaben nicht erheblich genug gewesen seien, um eine Abhilfe zu rechtfertigen. Deutsche BP bezieht sich hierbei auf vorangehende Fälle, in denen die Kommission eine Geldbuße wegen fehlender Angaben in einer Anmeldung festgesetzt hatte. Es vertritt die Auffassung, dass in diesen Fällen die Angaben entweder vorsätzlich zurückgehalten wurden, oder eine offenkundige Verbindung zwischen der nichterteilten Information und der Entscheidung zur Sache in den betreffenden Fällen dahingehend bestanden habe, dass eine Abhilfe erforderlich wurde oder die Kommission ihre Wettbewerbsbedenken auf diese Informationen stützte.

(47) Drittens hält Deutsche BP die Tatsache, dass es die Unvollständigkeit der Angaben im Formblatt CO nicht bestreitet, für einen mildernden Umstand. Dazu macht es geltend, vollständig und unverzüglich zur Zusammenarbeit bereit gewesen zu sein, als die Kommission das Fehlen von Angaben mitteilte. Hinsichtlich der Informationen zu [der anderen Vereinbarung]* und der Art und Weise, wie die vollständigen Angaben bekannt wurden, bezieht sich Deutsche BP wiederum auf [deren]* begrenzte Auswirkungen auf die wettbewerbliche Würdigung.

2. Bewertung

(48) Für die Kommission ist die Zuwiderhandlung von erheblicher Schwere. Die Anmeldung ist Grundlage und Ausgangspunkt für ihre Untersuchung eines Fusionsfalles. Sie bestimmt weitgehend die jeweilige Vorgehensweise der Kommission und die Bereiche und Schwerpunkte der Untersuchung. Unrichtige und entstellte Angaben bergen die Gefahr, dass wichtige für die wettbewerbliche Bewertung relevante Gesichtspunkte des Vorhabens von der Kommission weder untersucht noch analysiert werden, und dass die endgültige Entscheidung somit auf unrichtigen Informationen beruht. Für die Bewertung von Zusammenschlussvorhaben sind der Kommission äußerst knappe Fristen gesetzt. In diesem Rahmen ist es unerlässlich für ihre Arbeit, dass sie gestützt auf umfassende und richtige Angaben in der Anmeldung ihre Untersuchungen mit Beginn des Verfahrens auf die maßgeblichen Gesichtspunkte konzentrieren kann.

(49) Die Anmeldung war im vorliegenden Fall in drei getrennten Bereichen unrichtig und entstellt. Dabei wurden zwei Gesichtspunkte der Kommission in keiner Weise zur Kenntnis gebracht, weil keine Bezugnahme auf die Kooperationsabkommen gemacht und auch nicht erwähnt wurde, dass BP im Bereich der ACN-Katalysatoren tätig ist. Die Zuwiderhandlungen betreffen drei wichtige Bestandteile der Bewertung des Falles, die für sich genommen erhebliche Wettbewerbsprobleme hätten aufwerfen können. Die unrichtigen und entstellten Angaben im Formblatt CO in Bezug auf den ACN-Markt führten zu einer fehlgeleiteten und unvollständigen Erstuntersuchung durch die Kommission, die diese wichtigen Fragen nicht hatte einbeziehen können. Die betreffenden Informationen wurden erst im Rahmen von Angaben mitgeteilt, die freiwillig von dritter Seite im Laufe der Untersuchungen gemacht wurden und von denen die Kommission ansonsten keine Kenntnis erlangt hätte. Nachdem die Anmeldung für unvollständig erklärt wurde, musste die Kommission umfangreiche Untersuchungen neu beginnen, um neue Tatsachen, die von BP, der Deutschen BP und anderen Marktteilnehmern im Nachhinein mitgeteilt wurden, zu überprüfen und zu bewerten.

(50) Zu den Argumenten der Deutschen BP hat die Kommission Folgendes zu bemerken: Der fehlende Vorsatz und das Ausmaß der Fahrlässigkeit wurden bereits in dem betreffenden Abschnitt vorstehend behandelt, beides ist bei der Anpassung des Betrages der Geldbuße zu berücksichtigen. Die Kommission stimmt überein, dass Deutsche BP ohne Vorsatz gehandelt hat, ist jedoch der Auffassung, dass es in erheblichem Maße fahrlässig gehandelt hat.

(51) Die Tatsache, dass die Nichterteilung von Angaben zu keinen Wettbewerbsbedenken Anlass gab, die Abhilfen erforderlich gemacht hätten, kann nicht als mildernder Umstand gewertet werden. Die Informationspflicht gemäß dem Formblatt CO, die durch Artikel 14 Absatz 1 Buchstabe b) geschützt und gestärkt wird, unterscheidet nicht nach dem zu erwartenden Ergebnis der Wettbewerbsanalyse. Im vorliegenden Fall ist nur von Belang, dass die nicht erteilten Informationen für eine angemessene Untersuchung und Bewertung der Wettbewerbsstellung von BP im ACN-Markt wichtig waren. Dabei ist zu bedenken, dass u. a. zwei eindeutig betroffene Märkte nicht ausgewiesen wurden. Die Tatsache, dass die Bewertung der Kommission auch nach Berücksichtigung der Angaben, die ursprünglich nicht erteilt wurden, keine Wettbewerbsbedenken gegenüber diesem Vorhaben ergeben hat, verringert nicht die Schwere des Versäumnisses. Diese Schwere ist an der Relevanz der Angaben für die Untersuchung und Bewertung, jedoch nicht am Endergebnis dieser Bewertung zu messen.

(52) Somit kann das Geltendmachen mangelnder Wettbewerbsbedenken in der endgültigen Entscheidung der Kommission nicht für die Art und Weise der Erteilung der Informationen über [die andere Vereinbarung]* berücksichtigt werden.

(53) Wie in den Ziffern 8 — 11 dargelegt, hat Deutsche BP, selbst nachdem die Kommission die Vereinbarung mit Sterling gegenüber der Deutschen BP zum ersten Mal zur Sprache brachte, [die andere Vereinbarung]* ihr nicht unverzüglich zur Kenntnis gebracht. Außerdem hat Deutsche BP nicht unverzüglich die vollständigen Angaben zu [der anderen Vereinbarung]* vorgelegt, nachdem die Kommission zusätzliche Auskünfte [...] erbeten hatte. Ein weiteres Auskunftsersuchen war erforderlich, um [den vollen Umfang des wettbewerbswidrigen Inhalts dieser Vereinbarung]* herauszufinden. Angesichts der Tatsache, dass die vollständigen Angaben erst nach wiederholtem Ersuchen und mit einer Gesamtverzögerung von elf Tagen (8. bis 19. März) vorlagen, gibt es keine Grundlage, die Mitarbeit der Deutschen BP als mildernden Umstand zuzulassen.

(54) Als mildernder Umstand ist jedoch zu berücksichtigen, dass Deutsche BP die von der Kommission entdeckten Tatsachen nicht bestritt und darin übereinstimmte, dass die entsprechenden Angaben in dem Formblatt CO hätten gemacht werden müssen.

6. Betrag der Geldbuße

(55) Unter Berücksichtigung der Umstände dieses Falls hält es die Kommission für angemessen, eine Geldbuße von 35 000 EUR gemäß Artikel 14 Absatz 1 Buchstabe b) der Fusionskontrollverordnung gegen Deutsche BP festzusetzen. Im Fall eines Zahlungsverzugs werden Zinsen zu dem Satz fällig, der von der Europäischen Zentralbank in ihren wichtigsten Refinanzierungsgeschäften am ersten Werktag des Monats angewandt werden, in dem diese Entscheidung erlassen wird — für den Monat Juni beträgt dieser Satz 3,5 % (siehe ABl. C 132 vom 4.6.2002) zuzüglich 3,5 % —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Eine Geldbuße von 35 000 EUR wird hiermit gegen die Deutsche BP AG gemäß Artikel 14 Absatz 1 Buchstabe b) der Verordnung (EG) Nr. 4064/89 wegen der unrichtigen und entstellten Angaben in der der Kommission gemäß dieser Verordnung am 23. Februar 2001 vorgelegten Anmeldung festgesetzt.

Artikel 2

Die Geldbuße gemäß Artikel 1 ist binnen drei Monaten vom Datum der Zustellung dieser Entscheidung an auf folgendes Bankkonto der Europäischen Kommission zu überweisen:

Konto-Nr. 642-0029000-95
Europäische Kommission
Banco Bilbao Vizcaya Argentaria (BBVA)
Code Swift: BBVABEBB — Code IBAN: BE 76 6420 0290 0095
Avenue des Arts 43
B-1040 Brüssel.

Nach Ablauf dieser Frist werden automatisch Zinsen zu dem Satz fällig, der von der Europäischen Zentralbank in ihren wichtigsten Refinanzierungsgeschäften am ersten Tag des Monats angewandt wird, in dem diese Entscheidung erlassen wird, zzgl. 3,5 % entsprechend 6,75 %.

Artikel 3

Diese Entscheidung ist gerichtet an:

Deutsche BP AG
Max-Born-Straße 2
D-22761 Hamburg.

Brüssel, den 19. Juni 2002

Für die Kommission
Mario MONTI
Mitglied der Kommission

ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION

vom 23. Juli 2003

betreffend die Beihilfen für Forschung und Entwicklung im Bereich der Luftfahrt Spaniens an das Unternehmen Gamesa

(Bekannt gegeben unter Aktenzeichen K(2003) 2518)

(Nur der spanische Text ist verbindlich)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(2004/286/EG)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere auf Artikel 88 Absatz 2 erster Unterabsatz,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 659/1999 des Rates über besondere Vorschriften für die Anwendung von Artikel 93 des EG-Vertrags⁽¹⁾, insbesondere Artikel 7,

nach Aufforderung an die Beteiligten zur Äußerung gemäß dem genannten Artikel,

in Erwägung nachstehender Gründe:

1. VERFAHREN

- (1) Mit dem am 2. Juli 2001 eingetragenen Schreiben vom 28. Juni 2001 meldete die ständige Vertretung Spaniens gemäß Artikel 88 Absatz 3 des EG-Vertrags das Vorhaben zur Gewährung von Forschungs- und Entwicklungsbeihilfen im Bereich der Luftfahrt an das Unternehmen Gamesa an. Zusätzliche Informationen wurden durch das am 5. Oktober 2001 eingetragene Schreiben vom 3. Oktober 2001 und das am 15. Januar 2002 eingetragene Schreiben vom 11. Januar 2002 übermittelt.
- (2) Die Kommission ließ den Vorgang durch einen unabhängigen wissenschaftlichen Sachverständigen prüfen. Der Vertrag für dieses Gutachten wurde am 14. Dezember 2001 unterzeichnet.
- (3) Mit Schreiben vom 12. März 2002 unterrichtete die Kommission das Königreich Spanien über ihren Beschluss⁽²⁾, ein Verfahren nach Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag betreffend dieses Beihilfevorhaben einzuleiten.
- (4) Mit dem am 29. April 2002 eingetragenen Schreiben vom 26. April 2002 übermittelten die spanischen Behörden der Kommission ihre Stellungnahme.
- (5) Die Entscheidung der Kommission, das Verfahren einzuleiten (nachfolgend „die Entscheidung vom 12. März 2002“ oder die „Entscheidung zur förmlichen Einleitung des Verfahrens“) wurde im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* am 27. April 2002 veröffentlicht. Die Kommission forderte alle Interessierten darin auf, ihre Stellungnahme zu der Beihilfe abzugeben. Innerhalb der von der Kommission gesetzten Frist ging keinerlei Stellungnahme seitens interessierter Dritter ein.

- (6) Mit Schreiben vom 24. Februar 2003 ersuchte die Kommission die spanischen Behörden um zusätzliche Auskünfte, die mit dem am 26. März 2003 eingetragenen Schreiben vom 25. März 2003 erteilt wurden.

2. BESCHREIBUNG DER MAßNAHME

- (7) Das begünstigte Unternehmen ist das Unternehmen Gamesa, das technisch hoch entwickelte Erzeugnisse, Anlagen und Dienstleistungen in den Bereichen Luftfahrt und erneuerbare Energie herstellt und liefert. Die Beschäftigtenzahl und der Umsatz von Gamesa übersteigen die Schwellenwerte für die Einstufung eines Unternehmens als KMU in Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 70/2001 der Kommission vom 12. Januar 2001 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf staatliche Beihilfen an kleine und mittlere Unternehmen⁽³⁾.
- (8) Gamesa ist derzeit an einem Projekt zur Entwicklung der zwei neuen Regionalflugzeuge, dem ERJ-170 und dem ERJ-190, beteiligt, das von dem brasilianischen Unternehmen Embraer begonnen wurde. Gamesa soll den hinteren Rumpf, die Leitwerke sowie die Ruder der beiden Flugzeuge liefern.
- (9) Gamesa hat ein Forschungs- und Entwicklungsprojekt im Baskenland zum Erwerb der notwendigen Technik für die Entwicklung der hinteren Abschnitte von Verkehrsflugzeugen eingeleitet, die sowohl auf das Projekt ERJ-170/190 als auch auf andere künftige Programme Anwendung finden wird. Das Projekt ist auf die vier Jahre von 2000 bis 2003 angelegt.
- (10) Die Gesamtkosten des Projekts belaufen sich auf [...] (*) oder [...].
- (11) Zur Förderung dieses Projekts beabsichtigt die baskische Regierung, eine Beihilfe in Form eines Darlehens von insgesamt 27 772 769,34 Euro zu einem Zinssatz von 0 % zu gewähren.

⁽¹⁾ ABl. L 83 vom 27.3.1999, S. 1.

⁽²⁾ ABl. C 153 vom 27.6.2002, S. 14.

⁽³⁾ ABl. L 10 vom 13.1.2001, S. 33.

(*) Teile dieses Textes wurden ausgelassen, um zu gewährleisten, dass keine vertraulichen Informationen bekannt gegeben werden; diese Teile sind durch eckige Klammern gekennzeichnet.

(12) Nach Angaben der spanischen Behörden umfasst das Arbeitsprogramm des Projekts die folgenden Tätigkeiten:

a) *Durchführbarkeitsstudien*

Diese Tätigkeiten umfassen die technische Projektstudie und die Prüfung der technischen und wirtschaftlichen Bestandsfähigkeit des Projekts.

b) *Industrielle Forschung*

Es handelt sich um die Aneignung der zur Entwicklung des Projekts erforderlichen Technologien:

- Globale mechanische Technologien
 - Flügelkanten: optimale Konstruktion, Metall/Kompositwerkstoffe, Vogelschlag, Vereisung, Simulation, Tests,
 - Druckschotts: Stabilität, Kompression halb gestützter dünner Ringe, Komposit-Druckschotts,
 - Austauschbarkeit von Leitwerken: Spezialwerkzeuge, Lokalfräsen,
 - Blitzschutz,
 - Installation von Systemen (Antennen) am Leitwerk,
 - Zonenanalyse: Installation von Aktoren,
 - Drainagesysteme;
- Werkstoff-, Verfahrens- und Fabrikationstechnologien
 - Kompositwerkstoffe und Kunststoffe: Qualifikation neuer Werkstoffe, Kunststoff-Spritztechniken, Qualifikation von Bestandteilen, Flügelkantenherstellung,
 - Mechanisch beanspruchte Werkstoffe: Einsatz von durch Ausfällung gehärteten Stählen, Einfluss der Wärmebehandlung,
 - geschmiedete Ringe großen Umfangs, Fabrikationstechniken,
 - Formgebung durch Kugelstrahlen,
 - Qualifikation besonderer Schneidtechniken;
- Inspektions-, Instandhaltungs- und Instandsetzungstechniken
 - Techniken zur Gewährleistung der Strukturintegrität,
 - Korrosionsschutz: Galvanisierung, neue Komposit-Inhibitoren, mobile Anodisierung,
 - Komposit-Reparaturen,
 - Reparatur von Lagergehäusen,
 - fortgeschrittene Inspektionsverfahren;
- Projekttechnologien;
- Informationstechnik
 - Simulation und Modellierung,
 - Diagonalspannung,
 - Elektrische Flugregelung (Fly by Wire),

— Berechnungsverfahren.

c) *Tätigkeiten der vorwettbewerblichen Entwicklung*

Ziel des Programms ist die Durchführung technischer Aktivitäten, die für die Konstruktion, Entwicklung, Integration, Prüfung, Zertifizierung, Ablieferung und operationelle Unterstützung der Höhen- und Seitenleitwerke und des hinteren Rumpfs der Flugzeuge ERJ-170/90 erforderlich sind.

Dies umfasst insbesondere Arbeiten in folgenden Bereichen:

- Basisgeometrie: Basislinien der Struktur;
- Festlegung von Standards: Homologisierung der Fabrikationsverfahren;
- Lasten: Berechnung der internen und externen Lasten im Hinblick auf Ausfallverhinderung;
- Konstruktion: Festlegung, Fixierung der Struktur des Produkts, Detailkonstruktion der Struktur, Konstruktion der Systeminstallation, digitale Modelle, Kontrolldokumentation der strukturellen und System-Schnittstellen, Festlegung und Konstruktion von Ausrüstungen zur Unterstützung am Boden usw.;
- Struktur-Engineering: Strukturberechnungen und -analyse (Statik, Ermüdung, Schadenstoleranz) usw.;
- System-Engineering: Unterstützung der Systemintegration, Analyse der Eismassenverteilung, Blitzschutzanalyse, Zonenanalyse (Turbinenausfall, Vogelschlag) usw.;
- Zertifizierungsprüfungen: Entwicklung der erforderlichen Prüfungen zum Erhalt der Zertifizierung durch die zuständigen Behörden;
- Instandhaltungsstudien: Entwicklung von Instandhaltungsprogrammen (allgemeine Zugänglichkeit, Verwendung von Normteilen, Austauschbarkeit, Konstruktionstechniken zur Verhinderung und Eingrenzung von Rissen usw.);
- Entwicklung und Konstruktion von Werkzeugen: Entwicklung besonderer Montagewerkzeuge, Konstruktion von Kalibrierwerkzeugen;
- Entwicklung von Fabrikationsverfahren.

3. GRÜNDE FÜR DIE EINLEITUNG DES VERFAHRENS

(13) In ihrem Beschluss vom 12. März 2002 äußerte die Kommission eine Reihe von Bedenken hinsichtlich folgender Aspekte der geplanten Beihilfe:

- Einordnung der Arbeiten gemäß den in Anlage I des FuE-Gemeinschaftsrahmens⁽¹⁾ (nachfolgend „Gemeinschaftsrahmen“) genannten FuE-Stufen und FuE-Charakter der Zertifizierungsarbeiten und der Wartungsstudien;

⁽¹⁾ ABl. C 45 vom 17.2.1996, S. 5.

- Anreizeffekt der Beihilfe im Sinne von Ziffer 6 des Gemeinschaftsrahmens in Anbetracht der Tatsache, dass die von den spanischen Behörden übermittelten Zahlen zur Aufstockung des FuE-Personals und der FuE-Mittel des Unternehmens kaum auf einen Anreizeffekt schließen lassen. Die spanischen Behörden haben keine Kosten in Verbindung mit einer grenzübergreifenden Zusammenarbeit angegeben und keine Angaben übermittelt, aus denen ein Marktversagen hervorging. Schließlich sind die in erster Linie von der Anwendung der Ergebnisse des Projekts betroffenen Luftfahrzeuge, d. h. die ERJ-170/190, anscheinend bereits sehr ausgereift. Ihr Roll-out erfolgte am 29. Oktober 2001, der erste Flug war Anfang 2002 geplant und die erste Lieferung sollte Ende 2002 erfolgen. Dieser Sachverhalt scheint das Bestehen erheblicher Risiken, die die Finanzierung des Projekts durch eine nichtstaatliche Quelle unmöglich machen, auszuschließen.

4. STELLUNGNAHME DER SPANISCHEN BEHÖRDEN

- (14) Erstens sind die spanischen Behörden der Auffassung, dass die Beihilfeintensität innerhalb der zulässigen Grenzen gemäß dem Gemeinschaftsrahmen liege und man davon ausgehen könne, dass alle Tätigkeiten im Zusammenhang mit dem Projekt als vorwettbewerbliche Entwicklung anzusehen sind. Die Anfangskalkulation, die im April 2001 vorgenommen wurde, gründete auf einem ursprünglichen Zeitplan, nach dem die Zahlungen an Gamesa für die Jahre 2000, 2001, 2002 und 2003 und die Rückzahlungen durch das Unternehmen zwischen 2007 und 2013 vorgesehen waren.
- (15) Was den selektiven Charakter und den mit der Beihilfe gewährten Vorteil betrifft, weisen die spanischen Behörden darauf hin, dass diese Beihilfen im Rahmen der Industriepolitik gewährt werden, die im Interinstitutionellen Plan zur wirtschaftlichen Förderung des Baskenlandes festgelegt ist. Die Beihilfen für Gamesa wurden im Rahmen eines Programms strategischer Projekte gewährt. Es handelte sich nicht um eine selektive Beihilfe, da die beiden im Baskenland angesiedelten Luftfahrtunternehmen Gamesa und ITP zwar in unterschiedlichen Untersektoren tätig seien, jedoch gleichwertige Beihilfeangebote im Rahmen dieses Programms strategischer Projekte erhalten hätten. Im Übrigen werde zugrunde gelegt, dass die Durchschnittshöhe der staatlichen Förderung für FuE-Tätigkeiten im Luftfahrtsektor in Europa unter 50 % liegt. Das Beihilfeprojekt für Gamesa liege also auf der Höhe oder sogar unterhalb der Instrumente, die andere europäische Unternehmen für die Entwicklung ihrer FuE-Tätigkeiten zur Verfügung hätten. Würden sie nicht gewährt, würden ungleiche Bedingungen für das Unternehmen entstehen.
- (16) Was den Anreizeffekt der Beihilfe betrifft, verweisen die spanischen Behörden darauf, dass die Kommission in ihr Rahmenprogramm 2000-2006 für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (nachfolgend „6. Rahmenprogramm“) zur Integration und Stärkung des Europäischen Forschungsraums die Förderung der Forschung auf internationaler Ebene in vorrangigen Schlüsselbereichen von außerordentlichem Interesse und mit Mehrwert für Europa, zu denen die Luftfahrt gehöre, einbezogen habe. Konkret gehören zu den Forschungsschwerpunkten des 6. Rahmenprogramms Vorhaben, die die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie bei der Herstellung von Flugzeugrümpfen stärken, indem die Entwicklungs- und Betriebskosten für das Luftfahrzeug reduziert werden und man sich auf integrierte Projektierungssysteme und -prozesse, intelligentere Produktionstechniken, den Entwurf der Luftfahrzeuge, die Aerodynamik, Werkstoffe und Strukturen, die mechanischen, elektrischen und hydraulischen Systeme usw. konzentriert. Nach Auffassung der spanischen Behörden ist das Projekt von Gamesa ein Beispiel für die Umsetzung dieser Ziele.
- (17) Die Förderung derartiger Tätigkeiten sei nach Ansicht der spanischen Behörden erforderlich, ein Anreizeffekt läge im Fall von Gamesa angesichts der technischen und finanziellen Risiken sowie der Größe des Unternehmens und der Rahmenbedingungen des Projekts auf der Hand. Dabei sollte berücksichtigt werden, dass die Luftfahrtbranche eine stark mit Forschung und Entwicklung verbundene Industrietätigkeit darstellt, die aber bei dieser Art von Unternehmen einen an die Lebensdauer des Produkts gebundenen eindeutig zyklischen Charakter aufweise, der besonders intensiv in den Vorlauf- und Entwicklungsphasen des Projekts sei. Folglich sei die Aufrechterhaltung einer stabilen Forschungsstruktur eine Voraussetzung, die ausschließlich großen Unternehmen zur Verfügung stünde, während es sich bei mittleren Unternehmen wie im Fall von Gamesa nur um ein mittelfristiges Ziel handeln könne.
- (18) Die spanischen Behörden verweisen auf den durch dieses Projekt entstehenden starken Anstieg der Forschungstätigkeit sowohl was die Ausgaben als auch den Personalaufwand betrifft. Als unmittelbare Folge dieses Projekts sowie dank der damit erworbenen Kenntnisse, Technologien und Fertigkeiten könne Gamesa sich heute unter realistischeren Risikobedingungen um gleichwertige Projekte anderer amerikanischer Hersteller bewerben.
- (19) Was die Bedenken der Kommission hinsichtlich der übermäßigen Schwankungen des Forschungsbudgets betrifft, erläutern die spanischen Behörden, dass im Jahr 1999, vor Inangriffnahme des Projekts, der Personalbestand für die Forschung sich auf 109 Personen belief und die durchschnittlichen Ausgaben bei 2 490 Mio. ESP lagen. Nach dem Anlaufen des Projekts hofft man, die Ausgaben auf etwa 4 000 bis 4 500 Mio. ESP steigern und die Mitarbeiterzahl bei etwa 300 Personen stabilisieren zu können. Wie bereits erläutert, sind die zyklischen FuE-Ausgaben im Luftfahrtsektor in den vorgelegten Phasen der Produktentwicklung sehr hoch, um dann rasch wieder abzusinken. Im vorliegenden Fall sieht Gamesa Investitionen in Höhe von [...] über einen Zeitraum von vier Jahren vor, wovon mehr als die Hälfte auf das erste Jahr entfällt. Das Ziel des Unternehmens bestehe darin, zu versuchen, die am Ende des Projekts erreichte FuE-Struktur aufrechtzuerhalten, indem künftig andere Projekte zeitlich parallel durchgeführt werden, die es dem Unternehmen so ermöglichen, das erworbene Humankapital und die technische Entwicklungskapazität zu erhalten.

- (20) Das Projekt ERJ-170/190 erfordere darüber hinaus eine erhebliche grenzübergreifende Zusammenarbeit in der Entwicklungsphase. Es lässt sich der Anteil, den die grenzübergreifende Zusammenarbeit an den Gesamtkosten für das unmittelbar mit der Forschung verbundene Personal ausmacht, je nach den Ergebnissen und dem Entwicklungsstand des Projekts auf 30 % bis 50 % für Mitarbeiter innerhalb der EU und 10 % bis 20 % außerhalb der EU beziffern.
- (21) Was die Marktschwankungen betrifft, verweisen die spanischen Behörden auf den zyklischen Charakter des Luftfahrzeugmarktes, der sich an den jährlichen Veröffentlichungen der Lieferungen und der Aufträge durch die weltweit größten Hersteller (Airbus, Boeing, Bombardier und Embraer) ablesen lässt. Diese Entwicklung verläuft normalerweise parallel zur Entwicklung des weltweiten BIP. Die Luftfahrtgesellschaften reagieren normalerweise unmittelbar auf diese Entwicklung, indem sie ihr Auftragsvolumen erhöhen oder verringern, womit sie Schwankungen in der gesamten Zulieferkette der Luftfahrtindustrie auslösen. Durch diese Rahmenbedingungen, die die mögliche Rentabilität der Investitionen in Frage stellen könnten, verstärkt sich die Rolle der Beihilfen als ein Anreizinstrument angesichts der Unwägbarkeiten des Marktes.
- (22) Nach Auffassung der spanischen Behörden haben sich die Entwicklungszyklen eines Luftfahrtprogramms erheblich verkürzt, was eine höhere Investitionsintensität erforderlich mache und mit einer Erhöhung der Risiken verbunden sei, besonders für Forschungsprojekte, deren Durchführung später die Teilnahme an anderen Luftfahrtprogrammen ermöglicht. So habe sich in den letzten Jahren der Entwicklungszyklus von zehn auf fünf Jahre verkürzt: zwölf Monate für die Planung des Flugzeugs, acht Monate für die Vorprojektierung, 17 Monate für die Detailprojektierung, elf Monate bis zum Erstflug und zwölf Monate bis zur Zertifizierung des Flugzeugs. Angesichts der Wettbewerbsfähigkeit des Sektors hätten sich die Phasen für Planung, Vorprojektierung und Detailprojektierung erheblich beschleunigt, wodurch sich die damit verbundenen Risiken und die notwendigen Investitionen erhöhen.
- (23) Nach Auffassung der spanischen Behörden weist daher eine Beihilfe, die in dieser Situation Abhilfe schafft, einen bedeutenden Anreizeffekt auf.
- (24) Was die Frage des Reifegrades des Projekts betrifft, meinen die spanischen Behörden, dass die Tatsache, dass bereits ein Roll-out und ein Erstflug stattgefunden haben, eher mit dem Produktmarketing zusammenhänge als mit dem Abschluss der Entwicklung des Produkts. Das Projekt diene nicht ausschließlich dem Ziel, ein Produkt zu entwickeln, sondern auch Techniken zu entwickeln, die eine Entwicklungskapazität für eine auf verschiedene Modelle anwendbare Flugzeugstruktur schaffen. Nach Auffassung der spanischen Behörden ist das Datum des Erstflugs ein wichtiger Moment im Entwicklungsprozess eines Flugzeugs, vor allem, um seine aerodynamischen Merkmale und die Vorgaben für die Zertifizierung zu erfüllen. Zugleich sei dieses Datum in kommerzieller Hinsicht von Bedeutung, da es die Absatzkampagne beeinflusse, die beginne, lange bevor das Produkt die Produktionsreife erlangt. So blieben in diesem Stadium
- noch zahlreiche technische Probleme zu lösen, wie die Optimierung des Gewichts oder die Erprobung des Verhaltens des Luftfahrzeugs im Fall von Pannen usw. Andererseits machen die spanischen Behörden geltend, dass zum Zeitpunkt der Entscheidung über die Einleitung des Verfahrens das Modell ERJ-190 seinen Erstflug noch nicht absolviert hatte, und dass es nunmehr 108 Passagiere anstelle der 70 Passagiere des ERJ-170 befördern könne, was einer Steigerung des maximalen Gewichts beim Start des Flugzeugs von 50 % entspreche, die eine umfangreiche Neugestaltung seines inneren Aufbaus erfordere.
- (25) Was die Bedenken der Kommission hinsichtlich des Forschungs- und Entwicklungscharakters der Zertifizierungstätigkeit und der Wartungsstudien betrifft, erklären die spanischen Behörden erneut, dass alle in dem Projekt enthaltenen Prüfungen direkt mit der Entwicklung des Produkts in Verbindung stünden und dass das Projekt keine Zertifizierungsprüfung enthalte, die mit dem Absatz oder auch der Herstellung von Produkten im Zusammenhang steht. Die spanischen Behörden unterstreichen, dass die hohen Kosten und die langen Fristen bei der Entwicklung von Projekten in der Luftfahrt es erforderlich machen, Phasen, die entscheidend für die Rentabilität des Projekts sein können, vorzuziehen. Dies gelte auch für die Entwicklungsprüfungen, die den Risiken bei den künftigen Zertifizierungsprüfungen vorbeugen und die Entwicklung des eigentlichen Produkts unterstützen. Diese Entwicklungsprüfungen dienten dazu, die von Gamesa entwickelten Techniken zu validieren. Man könne diese Studien als der gleichen FuE-Stufe zugehörig ansehen wie die Entwicklung der Technik selbst (industrielle Forschung). Selbstverständlich müssten diese Prüfungen an Modellen durchgeführt werden, die vom Material und den strukturellen Merkmalen her denen ähneln, für die man die entsprechende Technik validieren will, aber nicht notwendigerweise an Versionen des Produkts, die der in den Vertrieb gelangenden Version hinreichend nahe sind.
- (26) Die spanischen Behörden teilen die Einschätzung der Kommission, wonach man die Zertifizierungstätigkeit an einem bereits genehmigten Prototyp zum Zwecke seiner gesetzlichen Betriebszulassung nicht als FuE-Tätigkeit im Sinne des Gemeinschaftsrahmens werten kann. Jedoch schließt nach ihrer Auffassung die Entwicklung eines Produkts zahlreiche Prüfungen, Tests und Zertifizierungen ein, die das Material, die Merkmale und den Entwurf betreffen, das Projekt je nach den Ergebnissen beeinflussen und Veränderungen des Produkts erforderlich machen. Aus der Sicht der spanischen Behörden seien derartige Prüfungen Bestandteil des Entwicklungsprojekts für ein neues Produkt und in den FuE-Projekten aller Branchen durchaus üblich.
- (27) Nach Ansicht der spanischen Behörden gilt dies auch für die Wartungsstudien, die bereits in den ersten Phasen der Planung beginnen müssten, da sie die unmittelbaren Betriebskosten des Projekts und damit dessen Rentabilität beeinflussen. Die Betriebskosten sind die Summe verschiedener Kosten im Zusammenhang mit Flug und Wartung, die sich im Wesentlichen auf die Anschaffungskosten (Abschreibung und Zinsen auf das

investierte Kapital), Versicherung, Flugkosten (Besatzung, Treibstoff und Öl, Lande- und Startgebühren) und die Wartungskosten erstrecken. Die Gesamtwartungskosten umfassen demnach Motor, Flugwerk und Wartungsmargen. Der Einfluss der Strukturgestaltung sei von Bedeutung für die Auswahl des Materials und der standardisierten Prozesse für das Flugzeug, für Werkzeuge, Zugänglichkeit, Zuverlässigkeit, Inspektionszeiträume, Lebensdauer der verschiedenen Bauteile, Möglichkeiten des Ersetzens der Bauteile usw. All das mache es erforderlich, dass man sich in den Anfangsphasen der Projektierung speziell dieser Aufgaben annimmt, um zu möglichst niedrigen Wartungskosten zu gelangen, die ein wesentliches Parameter bei der Entwicklung von Luftfahrtprodukten darstellen.

- (28) Ferner berufen sich die spanischen Behörden darauf, dass die Kommission selbst im 6. Rahmenprogramm in die Forschungsschwerpunkte des Luftfahrtsektors die Forschungen aufgenommen hat, die auf die Reduzierung der Entwicklungskosten für Luftfahrzeuge gerichtet sind. Die spanischen Behörden vertreten die Auffassung, dass es schwer nachvollziehbar wäre, wenn die gleiche Tätigkeit bei der Ausrichtung der Forschung in Europa als Schwerpunkt angesehen, in diesem besonderen Fall aber in Frage gestellt würde.
- (29) Was die Bedenken der Kommission in Bezug auf die Einordnung der Arbeiten nach den in Anlage I des FuE-Gemeinschaftsrahmens genannten FuE-Stufen betrifft, seien die Definitionen dieser Phasen nach Auffassung der spanischen Behörden so allgemein, dass ihre Anwendung auf ein konkretes und komplexes Projekt durchaus zu unterschiedlichen Bewertungen Anlass geben könne. Die spanischen Behörden meinen, ihre Gründe für die Aufnahme der verschiedenen Kosten in jede der Phasen bereits erläutert zu haben. Aus ihrer Sicht könne man wohl kaum davon ausgehen, dass ein Projekt dieser Größenordnung ohne eine Phase der industriellen Forschung durchgeführt werden könnte, vor allem bei einem Unternehmen, das erstmals mit den erforderlichen Technologien für so komplexe Strukturen wie die in diesem Projekt entwickelten zu tun hat.
- (30) Im vorliegenden Fall war man der Auffassung, dass [...] (*) von insgesamt [...] dieser Kostenkategorie entsprechen, wenn die Kosten im Zusammenhang mit dem Erwerb neuer Kenntnisse berücksichtigt werden, die Gamesa in die Lage versetzen, Flugkörper zu entwickeln, was für das Unternehmen Neuland ist. Konkret betreffen diese neuen Kenntnisse folgende Bereiche: Mechanik (Flügeleintrittskanten, Druckwände, Antriebs- und Kontrollsysteme, Elektrokabel, Spezialmomente, Ruder, Drift/Stabilisator, Grenzfläche hinterer Rumpf), Fabrikationstechnik (Verbundwerkstoffe, Schneidetechnik, Fugentechnik), Inspektions-, Wartungs- und Reparaturtechnik (zerstörungsfreie Inspektionen, Wartungspläne, Korrosion, Reparaturtechnik) sowie Projekt- und Qualifikationstechnik (Informationstechnik, Analyse- und Simulationstechnik, Versuchstechnik).

- (31) Alle übrigen Forschungstätigkeiten, die unmittelbarer mit der Produktentwicklung verbunden sind, wurden in die Kategorie der vorwettbewerblichen Forschung einbezogen. In jedem Fall handelt es sich nach Meinung der spanischen Behörden um eine indikative Einordnung, denn in dem der Kommission vorgelegten Beihilfevorschlag werden für das gesamte Projekt der vorwettbewerblichen Entwicklung entsprechende Tätigkeiten zugrunde gelegt.

5. WÜRDIGUNG DER MAßNAHME

- (32) Die von den spanischen Behörden vorgesehenen Maßnahmen gewähren dem begünstigten Unternehmen einen Vorteil, indem sie es von einem Teil der Kosten für die Forschungstätigkeit entlasten, die es eigentlich tragen müsste. Dieser Vorteil ist selektiver Art gegenüber anderen Unternehmen, die derartige Forschungsprojekte durchführen möchten. Er ist geeignet, den innergemeinschaftlichen Handel zu beeinträchtigen, da Gamesa Wettbewerberin von europäischen Unternehmen wie GKN (Vereinigtes Königreich), Hurel-Dubois (Frankreich und Vereinigtes Königreich) oder Latecoère (Frankreich) ist. Schließlich werden die Darlehen zu einem Zinssatz von 0 % direkt durch die Regierung des Baskenlandes gewährt, so dass man davon ausgehen kann, dass die Vorteile aus staatlichen Mitteln gewährt werden. Die fraglichen Maßnahmen stellen somit staatliche Beihilfen im Sinne von Artikel 87 Absatz 1 EG-Vertrag dar.
- (33) Wie in Ziffer (13) dieser Entscheidung dargelegt, hat die Kommission Bedenken hinsichtlich dieses Projekts geäußert. Die sich daraus ergebenden Fragen werden im Folgenden untersucht.

In Bezug auf die FuE-Stufe bestimmter Tätigkeiten im Sinne von Anlage I des Gemeinschaftsrahmens

- (34) Es ist festzustellen, dass die spanischen Behörden keine neuen Argumente beigebracht haben, die rechtfertigen würden, bestimmte Tätigkeiten des Forschungsprogramms der industriellen Forschung im Sinne von Anlage I des Gemeinschaftsrahmens zuzurechnen. Die Kommission ist der Auffassung, dass diese Bedenken nicht ausgeräumt werden konnten, weshalb sie sämtliche Arbeiten als marktnahe Tätigkeiten der vorwettbewerblichen Entwicklung ansehen muss.
- (35) Zur Einstufung der Zertifizierungstätigkeiten ist festzustellen, dass die spanischen Behörden anscheinend eine Unterscheidung machen zwischen Zertifizierungstätigkeiten, die direkter mit der kommerziellen Version des Produkts zu tun haben, und den Verfahren in der früheren Teststufe. Die spanischen Behörden teilen offenbar die Einschätzung der Kommission, wonach die Zertifizierungstätigkeiten nicht der ersten Kategorie von FuE im Sinne des Gemeinschaftsrahmens zuzurechnen sind, sondern vielmehr der zweiten. Die Kommission erkennt an, dass bei der Entwicklung eines Luftfahrzeugs bestimmte Prüfungen erste technische Tests sind, während andere zur gesetzlichen Zertifizierung des

(*) 24 % der von den spanischen Behörden notifizierten beihilfefähigen Kosten.

Produkts gehören. Die Kommission stellt allerdings fest, dass die spanischen Behörden keine zusätzlichen Erläuterungen zu den Arbeiten vorgelegt haben, auf die sich die Bedenken der Kommission bezogen, und auch nicht zum Anteil der Arbeiten, die möglicherweise nicht als Zertifizierungstätigkeiten im eigentlichen Sinne, sondern eher als erste Prüfungen einzustufen wären.

(36) In Ermangelung zusätzlicher Präzisierungen ist die Kommission zu der Auffassung gelangt, dass die in dem Programm enthaltenen Zertifizierungstätigkeiten keine FuE-Tätigkeiten im Sinne des Gemeinschaftsrahmens sind und dass die damit verbundenen Kosten nicht als beihilfefähige Kosten im Sinne des Gemeinschaftsrahmens berücksichtigt werden können. Der entsprechende Betrag in Höhe von [...] muss deshalb von der Gesamtsumme der von den spanischen Behörden angemeldeten beihilfefähigen Kosten abgezogen werden.

(37) Was die Einstufung der Wartungsstudien betrifft, haben die spanischen Behörden angegeben, dass diese Tätigkeit parallel zur Planung des Flugzeugs durchgeführt werde. Diese Studien sollen zur Reduzierung der Kosten für die Entwicklung der Luftfahrzeuge beitragen, was Bestandteil des 6. Rahmenprogramms sei, weshalb es sich bei diesen Tätigkeiten um FuE-Tätigkeiten handle. Nach Auffassung der Kommission lässt die Tatsache, dass bestimmte Tätigkeiten teilweise parallel zur Entwicklung des Flugzeugs ablaufen und als Eingangsdaten die Ergebnisse dieser Entwicklung zugrunde legen, lediglich den Schluss zu, dass sie sich auf dieses Flugzeug beziehen, woraus aber nicht abgeleitet werden kann, dass sie Teil des Forschungsprozesses sind. Somit handelt es sich hierbei um Tätigkeiten, die sich auf den Endzustand des verkaufsfertigen Produkts beziehen. Auch kann aus der Tatsache, dass zu den Zielen des 6. Rahmenprogramms die Reduzierung der Entwicklungskosten für Luftfahrzeuge gehört, nicht gefolgert werden, dass jede Tätigkeit, die auf Kostenreduzierung gerichtet ist, Forschung darstellt, denn die Kostenreduzierung ist eines der Ziele, die von jedem Unternehmen im Wettbewerb verfolgt werden. Von Forschung kann in diesem Bereich nur die Rede sein, wenn die Kostenreduzierung sich auf neue Verfahren oder neue technische Konzepte stützt, wofür im vorliegenden Fall die spanischen Behörden keinen Beweis vorgelegt haben. Deshalb werden die Bedenken der Kommission hinsichtlich des FuE-Charakters der Zertifizierungstätigkeiten im Sinne des Gemeinschaftsrahmens nicht ausgeräumt.

(38) Die Kommission ist deshalb zu der Auffassung gelangt, dass die Tätigkeiten im Zusammenhang mit den Wartungsstudien keine FuE-Tätigkeiten im Sinne des Gemeinschaftsrahmens darstellen und dass die damit verbundenen Kosten nicht als beihilfefähige Kosten im Sinne des Gemeinschaftsrahmens berücksichtigt werden können. Der entsprechende Betrag von [...] muss also von der Gesamtsumme der von den spanischen Behörden gemeldeten beihilfefähigen Kosten abgezogen werden.

(39) Der Betrag der beihilfefähigen Kosten ist demnach auf 8 206 000 000 ESP (49 319 053,29 EUR) zu reduzieren.

Anreizeffekt der Beihilfe

(40) Aufgrund der von den spanischen Behörden übermittelten Präzisierungen zum Umfang der Daten zum Anreizeffekt der Beihilfe konnten die Bedenken der Kommission hinsichtlich der Möglichkeit der Berücksichtigung dieser Daten bei der Bewertung des Anreizeffekts ausgeräumt werden.

(41) Einige der Elemente, die von der Kommission bei der Äußerung ihrer Bedenken hinsichtlich des Reifegrades des Projekts herangezogen wurden, spiegelten wohl nicht den tatsächlichen Reifegrad wider. Das gilt insbesondere für das Roll-out des Flugzeugs, das die Kommission nunmehr als Kommunikationsmaßnahme gegenüber den Kunden wertet und nicht als eine Stufe technischer Art.

(42) Der Beihilfeantrag wurde von Gamesa bei den zuständigen Behörden vor dem Start des Programms gestellt.

(43) In Anbetracht dieser Erwägungen ist die Kommission zu der Einschätzung gelangt, dass man davon ausgehen kann, dass die Beihilfe einen Anreizeffekt im Sinne von Abschnitt 6 des Gemeinschaftsrahmens hat.

Schlussfolgerung

(44) Die Kommission ist zu dem Ergebnis gelangt, dass für den größten Teil der von den spanischen Behörden notifizierten Tätigkeiten Beihilfen gewährt werden können, die mit den Bedingungen des Gemeinschaftsrahmens zu vereinbaren sind. Diesem Teil entsprechen beihilfefähige Kosten von 49 319 053,29 EUR für Tätigkeiten der vorwettbewerblichen Entwicklung im Sinne von Anlage I des Gemeinschaftsrahmens.

(45) Die zulässige Beihilfeintensität liegt gemäß Ziffer 5.5 des Gemeinschaftsrahmens bei 25 %, wobei gemäß Ziffer 5.10.2 Absatz 2 des Gemeinschaftsrahmens ein Intensitätszuschlag hinzukommen kann, da die Arbeiten in einem Gebiet durchgeführt werden, in dem nach Artikel 92 Absatz 3 Buchstabe c) EG-Vertrag Regionalbeihilfen gewährt werden können.

(46) Die betreffenden Beihilfen können in Anwendung des Gemeinschaftsrahmens gewährt werden, sofern ihr Bruttosubventionsäquivalent nicht 30 % von 49 319 053,29 EUR, d. h. 14 795 715,99 EUR übersteigt.

(47) Das Bruttosubventionsäquivalent ist auf der Grundlage des veröffentlichten Referenz- und Abzinsungssatzes zuzüglich 400 Basispunkte zu berechnen, da das vom Staat gewährte Darlehen nicht besichert ist ⁽¹⁾. Für die Berechnung des Bruttosubventionsäquivalents der Beihilfe sei auf Abschnitt 3 des Anhangs I der Leitlinien für staatliche Beihilfen mit regionaler Zielsetzung hingewiesen ⁽²⁾ —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die Beihilfe des Königreiches Spanien zugunsten des Unternehmens Gamesa in Form eines Darlehens mit einem Zinssatz von 0 %, entsprechend 27 772 769,34 EUR, ist mit dem Gemeinsamen Markt gemäß Artikel 87 Absatz 3 Buchstabe c) EG-Vertrag zu vereinbaren, sofern das Bruttosubventionsäquivalent 14 795 715,99 EUR nicht übersteigt.

Das Bruttosubventionsäquivalent ist nach dem von der Kommission veröffentlichten Referenz- und Abzinsungssatz zuzüglich 400 Basispunkte zu berechnen.

Artikel 2

Das Königreich Spanien unterrichtet die Kommission innerhalb von zwei Monaten nach Erhalt dieser Entscheidung über die zur Umsetzung von Artikel 1 ergriffenen Maßnahmen.

Artikel 3

Diese Entscheidung ist an das Königreich Spanien gerichtet.

Brüssel, den 23. Juli 2003

Für die Kommission

Mario MONTI

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. C 273 vom 9.9.1997, S. 3.

⁽²⁾ ABl. C 74 vom 10.3.1998, S. 7.

ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION

vom 24. März 2004

über das vorübergehende Inverkehrbringen von bestimmtem, den Anforderungen der Richtlinien 66/401/EWG bzw. 2002/57/EG des Rates nicht entsprechendem Saatgut der Arten *Vicia faba* und *Glycine max*

(Bekannt gegeben unter Aktenzeichen K(2004) 884)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(2004/287/EG)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Richtlinie 66/401/EWG des Rates vom 14. Juni 1966 über den Verkehr mit Futterpflanzensaatgut ⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 17 Absatz 1,

gestützt auf die Richtlinie 2002/57/EG des Rates vom 13. Juni 2002 über den Verkehr mit Saatgut von Öl- und Faserpflanzen ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 21 Absatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die in Frankreich verfügbare Menge Saatgut von Ackerbohnen (*Vicia faba*) und Sojabohnen (*Glycine max*), das den Anforderungen der Richtlinien 66/401/EWG und 2002/57/EG im Hinblick auf die Keimfähigkeit entspricht und für die klimatischen Gegebenheiten geeignet ist, reicht nicht aus, um den Bedarf dieses Mitgliedstaats zu decken.
- (2) Auch in anderen Mitgliedstaaten und Drittländern steht allen Anforderungen der Richtlinien 66/401/EWG und 2002/57/EG entsprechendes Saatgut dieser Art nicht in einer Menge zur Verfügung, die ausreicht, um den Bedarf zu decken.
- (3) Frankreich sollte daher ermächtigt werden, bis zum 30. April 2004 Saatgut dieser Art, das weniger strengen Anforderungen genügt, zum Verkehr zuzulassen.
- (4) Außerdem sollte das Inverkehrbringen solchen Saatguts in anderen Mitgliedstaaten, die Frankreich mit Saatgut dieser Art beliefern können, zugelassen werden, unabhängig davon, ob das Saatgut in einem Mitgliedstaat oder in einem unter die Entscheidung 2003/17/EG des Rates vom 16. Dezember 2002 über die Gleichstellung von Feldbesichtigungen von Saatgutvermehrungsbeständen in Drittländern und über die Gleichstellung von in Drittländern erzeugtem Saatgut ⁽³⁾ fallenden Drittland geerntet wurde.
- (5) Frankreich sollte als Koordinator fungieren, um sicherzustellen, dass die Gesamtmenge des gemäß dieser Entscheidung zugelassenen Saatguts die in dieser Entscheidung festgesetzte Höchstmenge nicht übersteigt.

- (6) Die in dieser Entscheidung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Ausschusses für das landwirtschaftliche, gartenbauliche und forstliche Saat- und Pflanzgutwesen —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Saatgut von Ackerbohnen (*Vicia faba*), dessen Keimfähigkeit nicht den Mindestanforderungen der Richtlinie 66/401/EWG entspricht, wird bis zum 30. April 2004 zu den im Anhang dieser Entscheidung festgelegten Bedingungen in der Gemeinschaft zum Verkehr zugelassen, sofern

- a) die Keimfähigkeit zumindest derjenigen im Anhang dieser Entscheidung entspricht;
- b) die mittels der amtlichen Prüfung gemäß Artikel 2 Absatz 1 Abschnitt C Buchstabe d) der Richtlinie 66/401/EWG bestätigte Keimfähigkeit auf dem amtlichen Etikett angegeben ist;
- c) das Saatgut erstmals gemäß Artikel 3 dieser Entscheidung in Verkehr gebracht wurde.

Artikel 2

Saatgut von Sojabohnen (*Glycine max*), dessen Keimfähigkeit nicht den Mindestanforderungen der Richtlinie 2002/57/EG entspricht, wird bis zum 30. April 2004 zu den im Anhang dieser Entscheidung festgelegten Bedingungen in der Gemeinschaft zum Verkehr zugelassen, sofern

- a) die Keimfähigkeit zumindest derjenigen im Anhang dieser Entscheidung entspricht;
- b) die mittels der amtlichen Prüfung gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstaben f) und g) der Richtlinie 2002/57/EG bestätigte Keimfähigkeit auf dem amtlichen Etikett angegeben ist;
- c) das Saatgut erstmals gemäß Artikel 3 dieser Entscheidung in Verkehr gebracht wurde.

⁽¹⁾ ABl. 125 vom 11.7.1966, S. 2298/66. Richtlinie zuletzt geändert durch die Richtlinie 2003/61/EG (ABl. L 165 vom 3.7.2003, S. 23).

⁽²⁾ ABl. L 193 vom 20.7.2002, S. 74. Richtlinie zuletzt geändert durch die Richtlinie 2003/61/EG.

⁽³⁾ ABl. L 8 vom 14.1.2003, S. 10. Entscheidung zuletzt geändert durch die Entscheidung 2003/403/EG (ABl. L 141 vom 7.6.2003, S. 23).

Artikel 3

Saatgutlieferanten, die das in den Artikeln 1 und 2 genannte Saatgut in Verkehr bringen wollen, beantragen die entsprechende Zulassung in dem Mitgliedstaat, in dem sie ansässig sind oder in den sie einführen.

Der betreffende Mitgliedstaat ermächtigt den Lieferanten, das Saatgut in Verkehr zu bringen, es sei denn,

- a) es bestehen begründete Zweifel daran, dass der Lieferant in der Lage ist, die von ihm beantragte Menge Saatgut in Verkehr zu bringen, oder
- b) die Gesamtmenge, die nach der betreffenden Ausnahmeregelung in Verkehr gebracht werden darf, würde die im Anhang festgesetzte Höchstmenge übersteigen.

Artikel 4

Zur Durchführung dieser Entscheidung leisten die Mitgliedstaaten einander Amtshilfe.

Frankreich fungiert als koordinierender Mitgliedstaat in Bezug auf die Artikel 1 und 2, um sicherzustellen, dass die zugelassene Gesamtmenge die im Anhang festgesetzte Höchstmenge nicht übersteigt.

Mitgliedstaaten, in denen ein Antrag gemäß Artikel 3 gestellt wird, melden dem koordinierenden Mitgliedstaat unverzüglich die im Antrag genannte Menge. Dieser teilt dem meldenden Mitgliedstaat unverzüglich mit, ob die Bewilligung des Antrags zu einer Überschreitung der Höchstmenge führen würde.

Artikel 5

Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission und den anderen Mitgliedstaaten unverzüglich mit, wie viel Saatgut gemäß dieser Entscheidung zum Verkehr zugelassen worden ist.

Artikel 6

Diese Entscheidung ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.

Brüssel, den 24. März 2004

Für die Kommission

David BYRNE

Mitglied der Kommission

 ANHANG

Art	Sorte	Höchstmenge (in Tonnen)	Mindestkeimfähigkeit (% der reinen Körner)
Glycine max	(Reifeklasse: mittelspät) Dekabig, Zen, Sapporo, Fukui, Safrana, Nikko, Celior, Giulietta, Paoki	2 500	75
	(Reifeklasse: mittelspät bis spät) Imari, Mariana	700	
Vicia faba	Divine, Gloria, Maya, Melodie, Victoria	3 980	80

ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION

vom 26. März 2004

über den vorübergehenden Zugang Australiens und Neuseelands zu den MKS-Antigenreserven der Gemeinschaft

(Bekannt gegeben unter Aktenzeichen K(2004) 967)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(2004/288/EG)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Richtlinie 2003/85/EG des Rates vom 29. September 2003 über Maßnahmen der Gemeinschaft zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche, zur Aufhebung der Richtlinien 85/511/EWG sowie der Entscheidungen 89/531/EWG und 91/665/EWG und zur Änderung der Richtlinie 92/46/EWG⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 83 Absatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) In Übereinstimmung mit der Entscheidung 91/666/EWG des Rates vom 11. Dezember 1991 über die Bildung gemeinschaftlicher MKS-Impfstoffreserven⁽²⁾ wurden Antigenvorräte für die Schnellverarbeitung zu Impfstoffen gegen die Maul- und Klauenseuche angelegt.
- (2) Bis zum Abschluss der Vorbereitungen für die Schaffung von eigenen MKS-Antigenreserven haben Australien und Neuseeland um vorübergehende Unterstützung der Gemeinschaft gebeten, falls Notimpfungen zur Bekämpfung eines möglichen MKS-Ausbruchs erforderlich würden.
- (3) Die zuständigen australischen und neuseeländischen Behörden haben Informationen über ihre Risikobewertung und Schätzungen der im Rahmen ihrer Notstandspläne erforderlichen Antigenmengen und -subtypen übermittelt.
- (4) Nach Bewertung der Anfrage der Behörden Australiens und Neuseelands erscheint es unter Berücksichtigung der Kapazitäten und der Verfügbarkeit der in den Antigenreserven der Gemeinschaft gelagerten Mengen und Subtypen möglich, die erbetene Hilfestellung zu gewähren, ohne die Notstandspläne der Gemeinschaft unnötig zu gefährden.
- (5) Australien und Neuseeland sollten daher vorübergehend unter bestimmten Bedingungen Zugang zu den Antigenreserven der Gemeinschaft erhalten.

- (6) Die in dieser Entscheidung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Ausschusses für die Lebensmittelkette und Tiergesundheit —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Australien und Neuseeland wird unter folgenden Bedingungen vorübergehend Zugang zu den Antigenreserven der Gemeinschaft zur Formulierung von Impfstoffen gegen die Maul- und Klauenseuche gewährt:

1. Der Zugang wird bis zum 31. Dezember 2004 in Form eines Entnahmerechts für bis zu 500 000 Rinderimpfdosen für jedes der beiden Länder und in keinem Fall für beide Länder zusammen für mehr als 50 % der Bestände jedes der Antigene in den Gemeinschaftsreserven gewährt.
2. Je nach Spezifizierung in der schriftlichen Anfrage der zuständigen Behörden Australiens oder Neuseelands sorgt die Kommission unverzüglich für die dringende oder unmittelbare Bereitstellung der geeigneten Antigene und die Herstellung, Abfüllung, Kennzeichnung und Lieferung der Impfstoffe unter den Bedingungen der bestehenden Verträge zwischen ihr und dem Hersteller.
3. Die Kommission trifft die notwendigen Vorkehrungen um sicherzustellen, dass im Fall gemäß Absatz 2 die Kosten für die folgenden Maßnahmen anteilmäßig von den zuständigen australischen oder neuseeländischen Behörden getragen werden, wenn eines der beiden oder beide Länder die Herstellung von Impfstoffen aus Antigenen aus Gemeinschaftsbeständen beantragt haben:
 - a) der Transfer der Antigene vom Lager zum Betrieb des Herstellers,
 - b) die Formulierung und Herstellung von Impfstoffen einschließlich zusätzlicher Tests die erforderlich sein könnten,
 - c) die Abfüllung und Kennzeichnung der Impfstoffe und ihr Transport zum angegebenen Lieferort,
 - d) die unverzügliche Ersetzung verwendeter Mengen von Antigenen durch Antigenen von mindestens derselben Qualität und demselben Ursprung.

⁽¹⁾ ABl. L 306 vom 22.11.2003, S. 1.

⁽²⁾ ABl. L 368 vom 31.12.1991, S. 21. Entscheidung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 807/2003 (AbL. L 122 vom 16.5.2003, S. 36).

Artikel 2

Diese Entscheidung ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.

Brüssel, den 26. März 2004

Für die Kommission
David BYRNE
Mitglied der Kommission

BERICHTIGUNGEN

Berichtigung der Entscheidung 2004/161/EG des Rates vom 10. Februar 2004 zur Verlängerung der Geltungsdauer der Entscheidung 2000/185/EG zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, auf bestimmte arbeitsintensive Dienstleistungen einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz in Übereinstimmung mit dem Verfahren gemäß Artikel 28 Absatz 6 der Richtlinie 77/388/EWG anzuwenden

(Amtsblatt der Europäischen Union L 52 vom 21. Februar 2004)

Auf der Umschlagseite sowie auf Seite 62, Titel der Entscheidung:

Statt: „Entscheidung 2004/161/EG des Rates ...“;

muss es heißen: „Entscheidung 2004/189/EG des Rates ...“.